



# HESSISCHER LANDTAG

8. Wahlperiode

Stenographischer Bericht **8/6**

20. 02. 75

## 6. Sitzung

Wiesbaden, den 20. Februar 1975

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> .....	173		
<i>Entgegengenommen</i> .....	173		
Präsident Dr. Wagner .....	173		
 16. Antrag des Abg. Windfuhr (CDU) und Fraktion betreffend Studienordnung für Gesellschaftslehre der Gesamthochschule Kassel und zwei Prüfungsord- nungen vom 22. März 1974 (GVBl. I S. 181 und 188) — Drucks. 8/139 — .....	173		
<i>Dem Kulturpolitischen Ausschuß (federfüh-</i> <i>rend) und dem Rechtsausschuß (beteiligt)</i> <i>überwiesen</i> .....	181		
Windfuhr .....	173		
Minister Krollmann .....	174		
Schroeder .....	175		
Dr. Brans .....	175		
Windfuhr .....	176		
Sälzer .....	176		
Holzapfel .....	177		
Schroeder .....	177		
Minister Krollmann .....	178		
Windfuhr .....	178		
Dr. Brans .....	179		
Dr. Schwarz-Schilling .....	180		
Vizepräsidentin Frau Dr. Engel .....	181		
 17. Antrag der Abg. Trageser, Lenz, Immel, Lenge- mann, Sturmowski (CDU) und Fraktion betreffend Novellierung des Eigenbetriebsgesetzes — Drucks. 8/140 — .....	181		
<i>Dem Innenausschuß (federführend) und dem</i> <i>Sozialpolitischen Ausschuß (beteiligt) über-</i> <i>wiesen</i> .....	183		
Trageser .....	181		
Minister Bielefeld .....	182		
Trageser .....	182		
Trageser .....	183		
Wilke .....	183		
Vizepräsidentin Frau Dr. Engel .....	183		
		18. Antrag der Abg. Frau Philippi (CDU) und Fraktion betreffend Anpassung der Einkommensgrenze für Familienerholung — Drucks. 8/143 — .....	183
		<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuß (federfüh-</i> <i>rend) und dem Haushaltsausschuß (beteiligt)</i> <i>überwiesen</i> .....	186
		Frau Philippi .....	183
		Frau Vater .....	184
		Frau Dr. Streletz .....	184
		Alfred Schmidt .....	185
		Frau Philippi .....	185
		Alfred Schmidt .....	186
		Präsident Dr. Wagner .....	186
		 8. Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Staatsgerichtshofs .....	186
		<i>Gewählt als Präsident:</i> <i>Dr. Karl Heinz Nieders</i>	
		<i>Gewählt als Vizepräsident:</i> <i>Rudolf Mädrich</i> .....	187
		Präsident Dr. Wagner .....	186
		 9. Vereidigung des Vizepräsidenten des Staatsgerichts- hofs .....	187
		<i>Vollzogen</i> .....	187
		Präsident Dr. Wagner .....	187
		 10. Vereidigung des Landesanwalts und seines Stellver- treters .....	187
		<i>Vollzogen</i> .....	188
		Präsident Dr. Wagner .....	188
		 11. Vereidigung der ständigen Mitglieder des Staats- gerichtshofs .....	188
		<i>Vollzogen</i> .....	188
		Präsident Dr. Wagner .....	188

Ausgegeben am 18. März 1975

Druck: Carl Ritter & Co. Wiesbaden

Vertrieb: Verlag Dr. H. Heger 53 BN-Bad Godesberg Goethestr. 56 Tel. (02221)/363551

	Seite		Seite
19. Antrag der Abg. Buss, Frau Beckmann, Borsche, Frank, Friedrich, Lenz, Trageser (CDU) und Fraktion betreffend <b>Schulentwicklungsplan III der Stadt Frankfurt (Main)</b> — Drucks. 8/178 — .....	188	26. Bericht und Empfehlung des Haushaltsausschusses zu der Vorlage des Hessischen Ministers der Finanzen und des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik vom 12. Februar 1975 betreffend <b>Konjunkturprogramm 1975</b> — Drucks. 8/247 — .....	198
<i>Abgelehnt</i> .....	197	<i>Ausschußempfehlung angenommen</i> .....	198
Borsche .....	188	Vizepräsident Schäfer .....	198
Frau Dr. Engel .....	189	22. Antrag der Abg. Runtsch, Roth, Rippert, Friedrich, Frau Seitz (CDU) und Fraktion betreffend <b>konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit</b> — Drucks. 8/181 — .....	198
Borsche .....	190	<i>Dem Ausschuß für Wirtschaft und Technik überwiesen</i> .....	198
Holzapfel .....	191	Milde .....	198
Frank .....	192	Vizepräsident Schäfer .....	198
Borsche .....	193	20. Antrag der Abg. Karl-Heinz Koch, Dr. Bartelt, Roth (CDU) und Fraktion betreffend <b>Stand der Sonderprüfungen bei der Hessischen Landesbank</b> — Drucks. 8/179 — .....	198
Trageser .....	194	<i>Dem Haushaltsausschuß überwiesen</i> .....	200
Minister Krollmann .....	195	Karl-Heinz Koch .....	198
Sälzer .....	195	Minister Reitz .....	199
<i>Karl Schneider</i> .....	196	Vizepräsident Schäfer .....	200
<i>Karl Schneider</i> .....	196	21. Antrag der Abg. Frau Seitz, Buss, Weiß, Trageser, Badeck, Brockmann, Firmhaber (CDU) und Fraktion betreffend <b>Grund- und Fachstufen im beruflichen Schulwesen</b> — Drucks. 8/180 — .....	200
<i>Holzzapfel</i> .....	197	<i>Dem Kulturpolitischen Ausschuß (federführend), dem Sozialpolitischen Ausschuß und dem Ausschuß für Wirtschaft und Technik (beteiligt) überwiesen</i> .....	202
<i>Welteke</i> .....	197	Frau Seitz .....	200
Vizepräsident Schäfer .....	197	Stöckl .....	201
23. Bericht und Empfehlung des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Amt des Präsidenten der Gesamthochschule Kassel</b> — Drucks. 8/160 zu Drucks. 8/45 — .....	198	<i>Frau Seitz</i> .....	202
<i>Ausschußempfehlung angenommen</i> .....	198	Vizepräsident Schäfer .....	202
Vizepräsident Schäfer .....	198		
24. <b>Empfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen</b> — Drucks. 8/162 — .....	198		
<i>Ausschußempfehlungen angenommen</i> .....	198		
Vizepräsident Schäfer .....	198		
25. Bericht und Empfehlung des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Abg. Roth, Dr. Bartelt, Lenz, Demke, Runtsch, Weiß, Sturmowski, Jagoda (CDU) und Fraktion betreffend <b>Prüfung der Flughafen Frankfurt (Main) AG durch den Landesrechnungshof</b> — Drucks. 8/217 zu Drucks. 8/75 — .....	198		
<i>Ausschußempfehlung angenommen</i> .....	198		
Vizepräsident Schäfer .....	198		

Im Präsidium:

Präsident Dr. Wagner  
Vizepräsident Schäfer  
Vizepräsidentin Frau Dr. Engel

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Osswald  
Minister des Innern Bielefeld  
Minister der Finanzen Reitz  
Minister der Justiz Dr. Günther  
Kultusminister Krollmann  
Sozialminister Dr. Schmidt  
Minister für Wirtschaft und Technik Karry  
Minister für Landwirtschaft und Umwelt Görlach  
Staatssekretär Dr. Bovermann  
Staatssekretär Dr. Vogler  
Staatssekretär Werner  
Staatssekretärin Frau Dr. Rüdiger  
Staatssekretär Schnorr  
Staatssekretär Seiboth

Abwesende Abgeordnete:

Buss  
Ernst  
Lauterbach  
Lenz

(Beginn: 9.05 Uhr)

**Präsident Dr. Wagner:**

Meine Damen und Herren, ich eröffne die 6. Plenarsitzung des Hessischen Landtags und stelle die Beschlußfähigkeit fest. Von der gestern bereits beschlossenen Tagesordnung sind noch die Punkte 8 bis 11, die — wie wir gestern schon vereinbart hatten — gegen 11 Uhr aufgerufen werden, und die Punkte 16 bis 24 offen. Außerdem weise ich auf Drucks. 8/247 hin: Bericht und Empfehlung des Haushaltsausschusses. Die Drucksache ist schon verteilt. Es wird vorgeschlagen, diese Drucksache unter Punkt 26 in die Tagesordnung aufzunehmen. Sie enthält den Bericht über die Haushaltsausschußsitzung, die gestern abend stattgefunden hat.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich wohl kein Widerspruch. — Dann können wir mit der Tagesordnung beginnen. Ich rufe den Punkt 16 unserer Tagesordnung auf:

**Antrag des Abg. Windfuhr (CDU) und Fraktion betreffend Studienordnung für Gesellschaftslehre der Gesamthochschule Kassel und zwei Prüfungsordnungen vom 22. März 1974 (GVBl. I S. 181 und 188) — Drucks. 8/139 —**

Zur Begründung hat Herr Abg. Windfuhr das Wort.

**Windfuhr (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei dem Antrag, der Ihnen vorliegt, geht es um die Glaubwürdigkeit des Koalitionspapiers von SPD und F.D.P. In diesem Koalitionspapier heißt es:

Nach Ablauf einer festzusetzenden Erprobungszeit ist die Grundsatzentscheidung darüber, ob die Fächer Geschichte, Geographie und Sozialkunde in der Sekundarstufe I als integriertes Fach Gesellschaftslehre oder kooperativ unterrichtet werden sollen, neu zu treffen.

Unter Bezugnahme auf die Lehrerbildung heißt es:

Sollte die Auswertung der Erprobungsergebnisse für die Einführung eines integrierten Faches Gesellschaftslehre sprechen, ist Gesellschaftslehre im Rahmen der Lehrerbildung als ein Schulfach einzuführen.

Also nur dann! Hier ist von einer Erprobung, von einer Erprobungszeit und von einer Entscheidung, die nach einer Erprobungszeit zu fällen ist, die Rede.

Dem steht aber nun folgendes gegenüber: In zwei Prüfungsordnungen vom 22. März 1974 für die Stufenlehrausbildung ist als Studien- und Prüfungsfach das Fach Gesellschaftslehre vorgesehen, während es die Fächer Erdkunde und Geschichte nicht mehr gibt. Pendant dazu ist eine Studienordnung für das Fach Gesellschaftslehre der Gesamthochschule Kassel, die am 27. Juni 1974 vom Gründungsbeirat verabschiedet und dem Kultusminister zur Genehmigung vorgelegt wurde und nach der schon verfahren wird, obwohl sie noch nicht genehmigt ist. Alle drei zusammenhängenden Dokumente kennen Gesellschaftslehre nur als integriertes Fach, in dem die herkömmlichen Fächer Geschichte, Sozialkunde und Erdkunde unter Aufgabe ihrer Eigenständigkeit aufgehen.

Lassen Sie mich das mit zwei kurzen Zitaten aus der Kasseler Studienordnung belegen. Dort heißt es:

Diese Qualifikationen sind vornehmlich folgende: die Fähigkeit, Schülern Fragestellungen und Sachverhalte verschiedener Teilgebiete der Gesellschaftslehre interdisziplinär zu vermitteln.

Also nicht mehr nach Fächern geordnet!

Unter Bezugnahme auf das, was der Student zu leisten hat, heißt es:

Die Überlegungen zum inhaltlichen Aufbau des Gesellschaftslehre-Studiums gehen davon aus, daß das Studienangebot nicht den isoliert gelehrtten Wissenschafts-

**Windfuhr**

disziplinen und den ihnen entsprechenden Didaktiken entnommen werden kann. Ebenso wenig entspricht eine additive Vermittlung der genannten Disziplinen den Zielsetzungen der Gesellschaftslehre. Vielmehr lassen sowohl die Anforderungen der Schulpraxis als auch die Komplexität des Gegenstandes nur eine integrative Anlage des Studienganges zu.

Integrative Anlage des Studienganges bedeutet, daß auch der Student nicht mehr einzelne Fächer studiert. Vielmehr gilt für ihn — ich nehme den Lehramtsstudenten der Sekundarstufe I —: Er soll vier Problembereiche bearbeiten: 1. Sozialisation, 2. Wirtschafts- und Sozialstruktur, 3. Herrschaft, Staat, Gesellschaft, 4. internationale und intergesellschaftliche Beziehungen. Dabei soll er in 6 Fachdisziplinen eingeführt werden und diese zur Anwendung bringen. Es sind dies: Geschichtswissenschaft, Politologie, Geographie, Soziologie, Ökonomie und Sozialpsychologie.

Für das Studium des Faches Gesellschaftslehre sind 36 Semester-Wochenstunden vorgesehen, von diesen ein Drittel, also 12, für die Fachdidaktik. Das bedeutet, für das eigentliche fachwissenschaftliche Studium — ich wiederhole: Bearbeitung von 4 Problembereichen mit Hilfe von 6 Fachdisziplinen — stehen ihm in 6 Semestern 24 Semester-Wochenstunden zur Verfügung.

In einem herkömmlichen Studium studiert ein Student 70 bis 90 Semester-Wochenstunden pro Studienfach in 11,3 Semestern. Wenn man davon ausgeht, kann man nur feststellen: Ein Studium nach der Kasseler Studienordnung schafft bestenfalls beschränkten Dilettantismus. Schon deshalb muß diese Studienordnung abgelehnt werden. Sie muß weiter abgelehnt werden, weil die Frage der inhaltlichen Integration der am Fach Gesellschaftslehre beteiligten Fachdisziplinen noch nicht einmal in Ansätzen geklärt ist. Die Hochschullehrer haben bisher noch keine Lösungsvorschläge für die Integrationsproblematik geliefert. Der einzige, der zur Integration der 6 Einzelfächer verdammt ist, ist der Student. Aber gerade er ist überfordert. Die Kasseler Studienordnung verhindert ja das systematische Studium eines wissenschaftlichen Faches und damit das Erlernen wissenschaftlichen Arbeitens überhaupt.

Die Hilflosigkeit in allen fachlichen und Wissensfragen, die Gesellschaftslehre-Studenten in ihren Schulpraktika zeigten, sind hierfür ein sprechender Beweis. Es ist unbestreitbar, daß es zu einer engeren Zusammenarbeit der gesellschaftlich bedeutsamen Fächer kommen muß, und zwar in Schule und Lehrerausbildung. Man mag von Lernfeldern oder Lernbereichen sprechen, aber bei dem gegenwärtigen Stand der Entwicklung der Wissenschaften kann das doch nur so geschehen: Der Lehrerstudent erwirbt solide wissenschaftliche Erkenntnisse und methodische und didaktische Fähigkeiten in einem Fach oder in zwei Fächern und unternimmt dann bei begrenzten Fragestellungen den Versuch einer fächerübergreifenden Integration. Alles andere ist Dilettantismus. Deshalb auch muß das Fach Gesellschaftslehre wieder aus den Prüfungsordnungen herausgenommen und durch die Fächer ersetzt werden, die klassischen Fachdisziplinen eindeutiger zugeordnet sind, wie Geschichte oder Erdkunde.

Wir haben im übrigen — wie ich durch meine Anfangszitate ja deutlich machte — den Eindruck, daß auch die Damen und Herren von SPD und F.D.P. sich solchen Auffassungen wieder stärker nähern. Da heißt es im Koalitionspapier — ich darf das noch einmal zitieren —:

Die Rahmenrichtlinien Gesellschaftslehre sind zu überarbeiten und neu zu formulieren. Die Materialien sind zu überprüfen, die eingegangenen und weiterhin eingehenden Stellungnahmen und Ergebnisse der laufenden Erprobungen sind von einer besonderen Kommission auszuwerten, die mit der für die Erarbeitung der Rahmenrichtlinien verantwortlichen Kommission nicht personen- gleich sein darf.

*Windfuhr*

Es wird die Absicht kundgetan, die Rahmenrichtlinien Gesellschaftslehre zu überarbeiten. Nun folgt aber die Kasseler Studienordnung in ihrem Konzept konsequent den Rahmenrichtlinien, wie sie bisher vorliegen. Wenn Sie also, meine Damen und Herren von SPD und F.D.P., die Rahmenrichtlinien Gesellschaftslehre überarbeiten wollen, wäre eine Genehmigung der Studienordnung damit unvereinbar. Sie müßten zumindest die Neufassung abwarten und die Kasseler Studienordnung anpassen. Aber die Aussagen des Koalitionspapiers sind ja noch deutlicher. Ich habe zu Beginn meiner Ausführungen zitiert und deutlich gemacht, daß zunächst einmal erprobt werden soll, ob das Fach Gesellschaftslehre überhaupt als integriertes Fach eingeführt werden soll oder nicht.

Die Frage ist also auch nach Auffassung von SPD und F.D.P. noch offen und muß in einem wissenschaftlichen Verfahren ermittelt werden. Wenn das wirklich so ist, dann darf man nicht auf dem Wege über die Lehrerbildung durch Prüfungs- und Studienordnungen vollendete Tatsachen schaffen, die gewünschte Ergebnisse vorwegnehmen und unerwünschte Ergebnisse verhindern. Konkret: Dann darf man nicht durch die Einführung der Gesellschaftslehrausbildung als Regel bei gleichzeitiger Beseitigung der Ausbildung von Geschichts- und Erdkundelehrern die Weichen schon jetzt einseitig auf Gesellschaftslehre stellen. Deshalb muß eben der jetzige Kultusminister eine Bestimmung seines Vorgängers zurücknehmen. Diesen Mut müssen wir von ihm verlangen.

(Dr. Schwarz-Schilling [CDU]: Sehr richtig!)

Und für Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von SPD und F.D.P., gilt: Nur wenn Sie unserem Antrag zustimmen, können Sie die Glaubwürdigkeit Ihres Koalitionspapiers beweisen.

(Beifall bei der CDU.)

**Präsident Dr. Wagner:**

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Kultusminister.

**Krollmann, Kultusminister:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die gründliche Exegese des Koalitionspapiers, die hier vorgenommen worden ist, vernachlässigt — was den Antrag angeht — den wirklich wesentlichen Punkt, den wesentlichen Punkt nämlich, daß es sich hier um die Erprobung eines integrierten Studienganges Gesellschaftslehre handelt, und zwar allein an der Gesamthochschule Kassel. Alle drei Punkte des Antrags der CDU stellen darauf ab, die Studienordnung und die beiden Prüfungsordnungen aufzuheben, eben diese in Kassel durchgeführte Erprobung aufzugeben. Es handelt sich um eine Erprobung im Rahmen der Stufenlehrausbildung, die seinerzeit einmütig vom Landtag durch die Einfügung des § 16a in das Lehramtsgesetz gebilligt wurde. In der Exegese wird nun begründet, daß zunächst die Grundsatzentscheidung darüber abgewartet werden müsse, ob die Fächer Geschichte, Geographie und Sozialkunde in der Sekundarstufe I als integriertes Fach Gesellschaftslehre oder aber kooperativ unterrichtet werden sollten.

Dieser Antrag erklärt sich nach meiner Auffassung aus der Befürchtung der Opposition, die Kasseler Lehrerausbildung in Gesellschaftslehre präjudiziere eben eine solche Grundsatzentscheidung. Eine solche Grundsatzentscheidung ist unstreitig in der Koalitionsvereinbarung vorgesehen. Ich kann diese Befürchtung nicht teilen.

Noch einmal: Der Studiengang Gesellschaftslehre wird lediglich an der Gesamthochschule Kassel erprobt, also nur an einer der Hochschulen, die in Hessen Lehrerausbildung betreiben. Ich halte eine solche Erprobung auch und gerade für die künftige Entscheidung für richtig und wichtig, um nicht nur gesicherte Grundlagen für das „wie“ in der schulischen

*Minister Krollmann*

Praxis zu haben, sondern auch in der universitären Ausbildung. Nur so kann das „ob“ richtig entschieden werden.

Zum anderen: Der auf das Erfordernis eines Berufsfeldes abgestellte Studiengang Gesellschaftslehre wird zwar stärker, als das bisher üblich war, interdisziplinär betrieben. Das ergibt sich schon aus dem Ansatz. Er muß aber — ich möchte versuchen, das hier deutlich zu machen — seinerseits an disziplinorientierten Studien aufbauen. Das bedeutet: Was den Aufbau des Studienganges Gesellschaftslehre von den Studiengängen für die traditionellen Unterrichtsfächer unterscheidet, ist, daß er in Problemfeldern und Arbeitsbereichen die Geschichtswissenschaft, die Geographie, die Politologie und die Soziologie auf der Grundlage gewissermaßen querlaufender Fragestellungen verbindet. So vereinigt dieser Studiengang von Anfang an — und dies ist nicht zuletzt ein Problem und ist nicht zuletzt in Gesichtspunkten der Studienökonomie begründet — methodisch die Praxis sozialwissenschaftlichen Arbeitens mit der Vermittlung von theoretischen Kategorien. Er vermittelt aber auch das Handwerkszeug der beteiligten Disziplinen.

Dies sei an einem Beispiel verdeutlicht. Der thematische Problemkreis Wirtschafts- und Sozialstruktur wurde im Wintersemester 1974/75 an der Gesamthochschule Kassel unter anderem durch die folgende Lehrveranstaltung behandelt: „Südostasien — naturräumliche, ethnographische und sozioökonomische Strukturen sowie politische Spannungsfelder im indochinesischen Kulturerdteil“. Diese Thematik kann nur interdisziplinär behandelt werden. Der Student, der an ihr arbeiten will, muß jedoch fachspezifische Grundkenntnisse mitbringen, zum Beispiel in Geschichte Südasiens, im allgemeinen Bereich der Geographie und Ethnologie und im Bereich der Wirtschaftsgeographie. Diese Grundkenntnisse — das ist selbstverständlich — können allein durch die jeweiligen Fachdisziplinen vermittelt werden. Einen solchen Vermittlungsansatz bot zum Beispiel die Lehrveranstaltung „Wirtschaftsgeographie — Problemstellung und Methoden“ im letzten Wintersemester an der Gesamthochschule Kassel. Ich will mit diesem Beispiel deutlich machen, welche Bedeutung fachspezifischem Grundlagenwissen, also Studium der Bezugswissenschaften, für ein Studium in integrierter Form beizumessen ist.

Die Studienordnung, um die es im ersten Punkt des CDU-Antrags geht, ist noch nicht genehmigt. Sie ist unter anderem auch deshalb noch nicht genehmigt, weil die Bedeutung, die fachspezifische Studien haben, nach meiner Auffassung noch nicht klar genug in ihr zum Ausdruck kommt. Das bedeutet nicht etwa, daß hier noch nichts vorhanden sei, nach dem sich Student und Lehrender an der Gesamthochschule Kassel zu richten haben, sondern dies ist ein Prozeß, der sich im Meinungsaustausch zwischen der Gesamthochschule und dem Ministerium abspielt. Noch einmal: Die Bedeutung von fachspezifischem Grundlagenwissen muß nach meiner Auffassung auch in der Studienordnung für Gesellschaftslehre klar und praxisnah zum Ausdruck kommen.

Wir werden prüfen, ob die Studienordnung um Regelungen für ein disziplinorientiertes Grundstudium zu ergänzen ist. Dann könnte zum Beispiel, was die Sekundarstufe II angeht — und deshalb ist der in Kassel erprobte Studiengang Gesellschaftslehre für spätere Grundsatzentscheidungen über ein integriertes Unterrichtsfach auch nicht präjudizierend —, durch entsprechendes Vertiefungsstudium und anschließende Prüfung die Qualifikation für Sozialkunde, Geschichte oder Erdkunde erworben werden, und man könnte so auch den Anforderungen gerecht werden, die nach den KMK-Vereinbarungen an Unterricht in der Sekundarstufe II zu stellen sind.

Lassen Sie mich noch einmal zusammenfassen. Hier handelt es sich um eine Erprobung an einer Hochschule in unserem Lande, um eine Erprobung, die gerade nötig ist, um endgültige Entscheidungen über Vermittlung von Gesellschaftslehre möglich zu machen, und um eine Erprobung, die in keiner Weise die dort Studierenden, die als künftige Fakultas zwei Fächer

*Minister Kröllmann*

betreiben müssen, benachteiligt, was ihre Verwendung in Hessen und außerhalb Hessens angeht.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

**Präsident Dr. Wagner:**

Das Wort hat Herr Abg. Schroeder.

**Schroeder (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach den sachlichen Ausführungen des Herrn Kultusministers kann ich mich relativ kurz fassen. Ich möchte zunächst einmal sagen, daß sich die sachliche Art, in der der neue Kollege Windfuhr seine Begründung vorgelesen hat, sehr wohlthuend von einigen anderen kulturpolitischen Sprechern der Opposition unterscheidet,

(Zurufe von der CDU: Was soll denn das? — Weber [CDU]: Das, was Sie jetzt sagen, ist auch wohlthuend!)

obwohl ich sagen muß, daß der Inhalt sowohl des Antrags als auch der Begründung sich in die Reihe derjenigen Sprecher der CDU-Fraktion einreicht, die Kulturpolitik bisher nach dem Motto betrieben haben: viel Getöse und eigentlich nichts dahinter. Ich möchte dies begründen.

(Frau Geier [CDU]: Nach der Einleitung ist das nötig!)

Der Antrag beginnt damit, daß eine Studienordnung nicht genehmigt werden soll, die von einer Genehmigung, wie Sie eben hören konnten, weit entfernt ist. Dies wird hoffentlich den Kollegen Windfuhr daran hindern, in Kassel zu verkünden, daß die Nichtgenehmigung sein Verdienst sei; denn er hätte die Auskünfte, die er eben vom Kultusminister bekommen hat, sicherlich auch vorher bekommen können, so daß der Punkt 1 hinfällig ist.

Nach Punkt 2 und 3 wird offensichtlich erwartet, daß Studenten, die seit geraumer Zeit dieses Fach studiert haben, nun nicht geprüft werden können. Ich weiß nicht, wie das bei den betroffenen Studenten in Kassel ankommt; aber das ist nicht mein Problem, sondern das Problem des Kollegen Windfuhr. Was hier versucht wird, ist ganz offensichtlich folgendes: Zwar wird unten in dem Absatz, der ein bißchen der Begründung dienen soll, davon ausgegangen, daß im Unterricht erprobt werden soll, ob Gesellschaftslehre kooperativ oder integriert unterrichtet werden soll. Wenn ich einen solchen Versuch mache — und das will ja wohl auch Herr Windfuhr —, dann muß ich dafür Lehrer haben, also auch Lehrer, die in der Lage sind, dieses Fach integriert zu unterrichten. Aber genau diese Lehrer will Herr Windfuhr nicht ausbilden lassen. Entweder ist das der Versuch, auf einem Umweg, in der Hoffnung, daß wir dies nicht merken, die Erprobung dieses integrierten Studiengangs überhaupt zu verhindern, oder Herr Windfuhr hat das selbst nicht gemerkt. Ich kenne ihn zuwenig, um zu wissen, was richtig ist.

Wenn er dann zum Schluß sagt, daß er unsere Treue zum Koalitionspapier daran messen will, ob wir seinem Antrag zustimmen oder nicht, dann muß ich ihn sehr enttäuschen. Wir sind für die Erprobung, und folglich sind wir auch dafür, daß Lehrer ausgebildet werden, die integriert Gesellschaftskunde unterrichten können.

(Beifall bei SPD und F.P.D.)

**Präsident Dr. Wagner:**

Das Wort hat Herr Abg. Dr. Brans.

**Dr. Brans (F.D.P.):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nur wenn die SPD und die F.D.P. dem CDU-Antrag zustimmen, sind sie glaubwürdig, hat der Kollege Windfuhr hier bei Begründung des Antrags der CDU erklärt. Meine Damen und Herren von der CDU, ich glaube nicht, daß es fair ist, und ich glaube auch

*Dr. Brans*

nicht, daß Sie es ernst meinen, wenn Sie sagen, daß Sie die Glaubwürdigkeit eines Koalitionsabkommens daran messen können, ob wir Ihren Anträgen zustimmen oder nicht.

(Beifall bei F.D.P. und SPD.)

Zur Sache selbst. Der Herr Minister hat eindeutig erkennen lassen, daß die Studienordnung in der vorgelegten Form von ihm nicht genehmigt wird und bis jetzt auch nicht genehmigt worden ist. Er hat hier klargemacht, welche Bedingungen die Studienordnung enthalten muß, damit sie genehmigt werden kann. Die wesentlichste Bedingung ist gewesen, daß im Grunde nur dort integriert werden kann, wo bereits fachspezifische Kenntnisse vorliegen. Es muß also von Kassel der Nachweis erbracht werden — und zwar nach meinem Dafürhalten im Angebot an Studienfächern, auch im personellen Angebot, also im Vorhandensein von Lehrpersonal, das geeignet ist, diese Fächer zu lehren —, daß man die genannten fachspezifischen Kenntnisse in Geographie, Geschichte, Politologie und Soziologie als Mindestvoraussetzung für eine Integration erwerben kann.

Herr Windfuhr hat gesagt, man müsse die Studienordnung deswegen ablehnen, weil das Fach noch nicht ordentliches Lehrfach sei und weil es, so wie es angelegt sei, unwissenschaftlich sei. Ich halte beide Argumente für falsch. Die Tatsache, daß das Fach noch nicht ordentliches Lehrfach ist, kann nicht ausschließen, nichtsdestoweniger den Versuch zu machen, Lehrer für ein solches Fach auszubilden. Vorauszusetzen ist natürlich, daß für den Fall, daß es nach einer gewissen Erprobungszeit nicht ordentliches Lehrfach werden kann, die Lehrer anderweitig eingesetzt werden können. Dies ist dann möglich, Herr Kollege Sälzer, wenn die wissenschaftlichen Schwerpunktfächer, die fachspezifischen Fächer hinreichend studiert sind. Warum sollte es nicht denkbar sein, einen Fachlehrer für Gesellschaftslehre mit dem Schwerpunkt Politologie als Sozialkundelehrer für die Mittelstufe auch dann einzusetzen, wenn das integrierte Fach nicht eingeführt werden sollte? Warum sollte es nicht denkbar sein, daß jemand mit dem Schwerpunkt Geschichte im Rahmen der Gesellschaftslehre als Geschichtslehrer in den klassischen Fächern eingesetzt wird? Ich würde darauf den allergrößten Wert legen, daß der Nachweis dieser Schwerpunkte in einer Weise erfolgt, die ganz selbstverständlich die Anerkennung dieses Lehrers auch außerhalb des Landes Hessen mit sich bringt.

(Stein [F.D.P.]: Das ist wichtig und entscheidend!)

Hinzu kommt, daß Herr Windfuhr ganz offensichtlich einen Punkt der Koalitionsvereinbarung mißverstanden hat.

(Clauss [SPD]: Nicht nur einen!)

Hier wird davon gesprochen, daß für den Fall, daß das Fach Gesellschaftslehre auf Grund einer Erprobungszeit eingeführt werden kann, zu erwägen ist, ob man nicht den sogenannten Ein-Fach-Lehrer in diesem Punkt ausbilden sollte. Warum wohl? Weil die Summe an fachspezifischen Kenntnissen als Voraussetzung für ein integriertes Fach so groß ist, daß man dem Mann eigentlich nicht zumuten kann, noch ein zweites Schulfach dazu zu studieren. Aber gerade die Notwendigkeit der Anerkennung dieses Lehrers auch außerhalb der Grenzen Hessens verlangt bis zur endgültigen Entscheidung, daß er ein zweites Schulfach mitstudiert, damit er nicht unter Umständen zurückgewiesen werden kann, indem man sagt: Für Ihre Fächer haben wir hier — also außerhalb dieses Landes — keinen Bedarf. Darauf ist zu achten. Der Herr Minister wird deswegen darauf bestehen müssen, daß neben dem Fach Gesellschaftslehre ein zweites Schulfach studiert wird, solange diese Entscheidung nicht gefällt ist. Es wird noch einige Jahre dauern, bis diese Entscheidung fallen kann.

Grundsätzlich muß nur gesagt werden: Es wäre absolut falsch, heute Anträge zu stellen mit dem Ziel, die Lehrerausbildung in Richtung auf Gesellschaftslehre überhaupt zu stoppen, indem man sagt: Wir schaffen es sowieso nicht, daß ein solches Fach zustande kommt. Dann hätte man hier nicht verbal erklären dürfen — alle drei Fraktionen haben dies hier

*Dr. Brans*

getan, die CDU inklusive —, daß dann, wenn die Voraussetzungen es zulassen, man ein solches integriertes Fach Gesellschaftslehre sehr wohl für richtig hielte. Wer das hier erklärt, muß daraus auch Konsequenzen ziehen, und zwar nicht nur in bezug auf Lehrpläne — sprich: Rahmenrichtlinien —, sondern auch im Hinblick auf die Lehrerausbildung. Aus diesem Grunde geht der Antrag des Abg. Windfuhr ins Leere. Wir haben abzuwarten, welche Studienordnung in Kassel schließlich eingeführt wird.

Noch ein letztes Wort zum Problem der Studienordnung in diesem Land überhaupt. Niemand wird bestreiten, daß wir mit der Lehrerausbildung in der gesamten Bundesrepublik große Schwierigkeiten haben. Diese Schwierigkeiten hängen damit zusammen, daß es sehr schwer ist, zu definieren, was denn eigentlich jemand in den einzelnen Fächern inhaltlich, faktisch nachweisen muß, wenn er das Studium bescheinigt bekommen will. Daher beschränken sich Prüfungsordnungen, die ja von einer anstellenden Behörde, also einem Ministerium, zu erlassen und zu verantworten sind, vorwiegend auf formale Bestimmungen dessen, was jemand können muß. Wir halten dies aus vielerlei Gründen nicht mehr für ausreichend. Herr Minister, wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie sich in einer gewissen Zeit in der Lage sähen, für alle Fächer, nicht nur für Gesellschaftslehre, Prüfungsordnungen vorzulegen, die solche inhaltlichen Mindestvoraussetzungen enthalten, damit die Universitäten gehalten sind, ihre Studienordnungen an diesen Prüfungsordnungen zu orientieren, und nicht umgekehrt

(Beifall bei der F.D.P.)

das Land oder die Regierung ihre Prüfungsordnungen an den Studienordnungen orientiert. Die Wünsche derjenigen, die studieren, können beim besten Willen nicht allein für das maßgebend sein, was zum Schluß geprüft wird. Dies wollte ich in diesem Zusammenhang noch einmal gesagt haben. Es ist zu erwägen, ob man mit einer genehmigten Studienordnung für das Fach Gesellschaftslehre in Kassel nicht zugleich eine Prüfungsordnung mitliefert.

(Beifall bei F.D.P. und SPD.)

**Präsident Dr. Wagner:**

Das Wort hat noch einmal Herr Abg. Windfuhr.

**Windfuhr (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Kultusminister hat sich auf die Position zurückgezogen, es handele sich lediglich um einen Versuch, bei dem letztlich die Voraussetzungen dafür geschaffen werden sollten, am Ende einer Erprobungszeit entscheiden zu können, was eingeführt werden solle und was nicht. Wenn dem so ist, dann ist die Frage berechtigt, warum man nicht in Kassel auch die Fächer Erdkunde, Sozialkunde und Geschichte studieren kann,

(Dr. Schwarz-Schilling [CDU]: So ist es!)

und zwar auch im Rahmen der Stufenlehrerausbildung, damit man in echter Weise Vergleichsmöglichkeiten hat. Das ist nicht der Fall. Man strebt in Kassel lediglich Gesellschaftslehre an. Da kann man sich jetzt nicht auf die Studienordnung berufen, sondern da muß man sich auf die längst rechtsgültig gewordene Verordnung der Prüfungsordnung berufen. Da dem nicht so ist, kann nur der Schluß übrigbleiben, daß das Fach Gesellschaftslehre von vornherein gewollt ist und alles andere, was man über Erprobung sagt, leeres Gerede ist, mit dem man es nicht ernst meint.

(Beifall bei der CDU. — Dr. Schwarz-Schilling [CDU]:  
Das kennen wir hier nämlich!)

Ich möchte noch etwas zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. Brans sagen. Sie haben darauf hingewiesen, daß man im Rahmen des integrierten Faches Gesellschaftslehre nur

*Windfuhr*

integrieren könne, wenn man vorher fachspezifische Kenntnisse erworben habe.

(Dr. Brans [F.D.P.]: Das hat der Herr Minister selbst gesagt!)

So ungefähr habe ich es hier aufgeschrieben. Wenn es der Herr Minister gesagt hat, so bekommt es dadurch nur noch höhere Weihen, und es wird noch interessanter, es hier zu untersuchen.

(Zurufe von der F.D.P.)

Ich möchte das nur durch die Feststellung noch erweitern: Die Integration im Rahmen eines möglichen Faches Gesellschaftslehre ist nur dann möglich, wenn man auch die fachspezifischen Methoden beherrscht, die fachspezifischen, wissenschaftlichen Methoden eines Faches.

Nun will ich wiederum die Studienordnung in Kassel beiseitelassen und mich lediglich auf das Koalitionspapier beziehen. Dort heißt es über die Lehrer für das Fach Gesellschaftslehre — ich zitiere noch einmal —:

Sollte die Auswertung der Erprobungsergebnisse für die Einführung eines integrierten Faches Gesellschaftslehre sprechen, ist Gesellschaftslehre im Rahmen der Lehrerbildung als ein Schulfach einzuführen.

Soweit hatte ich zitiert. Und nun weiter:

Soziologie, Geschichte, Geographie, Politologie und Wirtschaftswissenschaften werden Pflichtbereiche für den Lehrer, der dieses Lehramt anstrebt.

Herr Kollege Dr. Brans, als jemand, der auch ein wissenschaftliches Studium hinter sich hat, möchte ich Sie fragen: Sind Sie sich eigentlich dessen bewußt, daß jeder dieser Pflichtbereiche — ich nehme die Formulierung des Koalitionspapiers — eine Wissenschaft für sich darstellt?

Und dann möchte ich Sie fragen, wie es einem Studenten möglich ist, jede dieser Wissenschaften ernsthaft zu betreiben, um zu den fachspezifischen Kenntnissen und zu den fachspezifischen methodischen Fähigkeiten zu kommen,

(Beifall bei der CDU.)

die er braucht, um im Rahmen des Faches Gesellschaftslehre Integration zu betreiben.

(Claus [SPD]: Ich kenne welche, die haben studiert und können es trotzdem nicht!)

Wenn Sie über diese Dinge einmal nachdenken, dann können Sie nur zu dem gleichen Ergebnis kommen wie ich, daß das Ergebnis nur beschränkter — ich betone dieses Wort —, beschränkter Dilettantismus sein kann. Das, was in Kassel im Bereich der Gesellschaftslehre produziert wird, ist beschränkter Dilettantismus. Wenn das auf unsere Schüler losgelassen wird, dann ist das etwas, worüber wir als Eltern nur erschrecken können.

(Beifall bei der CDU.)

**Präsident Dr. Wagner:**

Das Wort hat Herr Abg. Sälzer.

**Sälzer (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Was mich veranlaßt, hier noch einmal Stellung zu nehmen, sind die Ausführungen des Kollegen Dr. Brans. Herr Kollege, was Sie vorgetragen haben, hat mich persönlich zutiefst enttäuscht, hatten Sie doch noch in Ihrem Beitrag bei der Aussprache zur Regierungserklärung Hoffnungen geweckt, daß tatsächlich gewisse Formulierungen des Koalitionspapiers eine Verbesserung der Bildungsinhalte und der Entwicklung der hessischen Schulpolitik insgesamt ermöglichen könnten. Nach dem Beitrag, Herr Dr. Brans, den Sie hier geleistet haben, ist es für mich persönlich klar, daß Sie und die F.D.P. im Grunde genommen der Motor für die Integration der Gesellschaftslehre

**Sälzer**

und für die Abschaffung der Fächer Geschichte, Erdkunde und Sozialkunde sind.

(Beifall bei der CDU.)

Denn, Herr Dr. Brans, wer sich hier herstellt in Kenntnis eines Koalitionspapiers, das glauben machen will, mit der endgültigen Entscheidung über die Integration dieses Schulfaches, d. h. doch im Klartext die Abschaffung von Geschichte und Erdkunde, werde gewartet, bis entsprechende Erprobungsergebnisse vorliegen, und der dann bereit ist, hier zu verteidigen, daß es notwendig sei, schon jetzt Lehrer in großem Umfang eben in diesem Fach auszubilden, der sagt doch, daß er draußen nur Augenwischerei betreiben will und daß er im Grunde genommen alle Voraussetzungen schaffen möchte, damit die Abschaffung von Geschichte und Erdkunde an unseren Schulen zwingend notwendige Konsequenz sein wird.

(Stein [F.D.P.]: Hat er doch gar nicht gesagt! —  
Weitere Zurufe Stein [F.D.P.] — Trageser [CDU]:  
Umfaller!)

Nun hat der Kollege Windfuhr in seiner ruhigen Art vom Dilettantismus gesprochen und an Sie die Frage gerichtet, wie man denn überhaupt einigermaßen seriös ein solches Fächerbündel studieren kann.

**Präsident Dr. Wagner:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Sälzer [CDU]: Sehr gern!)

Herr Abg. Holzapfel!

**Holzapfel (SPD):**

Herr Kollege Sälzer, nachdem Sie sich offensichtlich zu Wort gemeldet haben, weil Ihnen die bisherige Debatte zu sachlich war, wollte ich Sie ganz ruhig fragen: Wie stellen Sie sich vor, daß man etwas erprobt, ohne es zu erproben?

**Sälzer (CDU):**

Herr Holzapfel, ich weiß nicht, was Sie unter Sachlichkeit verstehen. Ich habe Ihren politischen Werdegang bisher einigermaßen verfolgen können, soweit dies in den Zeitungen möglich war.

(Kronawitter [SPD]: Die Frage beantworten!)

Ich darf Ihnen eines versichern: Das, was Sie unter Sachlichkeit verstehen, Herr Kollege Holzapfel, verstehe ich mit Sicherheit nicht unter Sachlichkeit.

(Beifall bei der CDU.)

Um die Frage zu beantworten: Herr Holzapfel, Erprobung bedeutet — übrigens nicht nur in diesem Fach, sondern auch dann, wenn Sie angeblich von Erprobung bei der Einführung der integrierten Gesamtschule und ähnlicher sogenannter Reformmodelle sprechen —, Erprobung bedeutet doch, daß man offen ist für das Ergebnis und daß man nichts unternimmt, um Festschreibungen vorzunehmen, die für den Fall greifen, daß das Ergebnis danebengeht.

(Beifall bei der CDU.)

Integrierte Gesamtschule erproben, heißt für uns auch, integrierte Gesamtschule im Prinzip wieder zur Disposition zu stellen, wenn, wie es der Fall ist, sich herausstellt, daß für die betroffenen Schüler, Lehrer und Eltern nichts, sondern nur Schlechteres dabei herauskommt. Erprobung bedeutet für Sie doch ganz offensichtlich — falls das Risiko, daß es sich negativ entwickeln sollte, beinhaltet ist —, alle Voraussetzungen zu schaffen, damit man trotzdem hinterher keine Konsequenzen mehr zum Besseren ziehen kann, und das ist auch Ihr Beitrag zur Lehrerbildung in Kassel.

Wenn der Kollege Windfuhr, um in diesem Gedanken fortzufahren, hier von Dilettantismus gesprochen hat, dann hat er ja, wie Sie wissen, im Grunde genommen untertrieben.

**Präsident Dr. Wagner:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

(Sälzer [CDU]: Ja, bitte schön!)

Herr Abg. Schroeder!

**Schroeder (SPD):**

Herr Kollege, da ich von Ihnen auch etwas über meinen politischen Werdegang hören möchte, frage ich Sie — deutlichend zu Herrn Holzapfel —: Wie wollen Sie in der Schule die integrierte Unterrichtung des Faches Gesellschaftslehre erproben, wenn Sie dafür keine Lehrer haben?

**Sälzer (CDU):**

Herr Schroeder, Sie haben selbstverständlich Lehrer, die in der Lage sind, weil sie ein fachwissenschaftliches Studium absolviert haben oder auch in zwei dieser fachwissenschaftliche Studiengänge absolviert haben, diese Fächer seriös und solide zu unterrichten. Dann muß man doch nicht hergehen und muß einen Lehrer, wenn man erproben will, im Bereich des Faches Gesellschaftslehre alles unterrichten lassen, weil es diesen Superlehrer nicht gibt, es sei denn, Sie lassen ihn 30 Semester studieren, weil er nämlich in Politologie, in Geschichte, in Wirtschaftswissenschaften und in Soziologie ein seriös fundiertes, fachwissenschaftlich einigermaßen qualifizierendes Studium absolvieren muß. Oder wollen Sie denn Halbbildete auf die Schüler loslassen? Mit welchen Konsequenzen? Wenn der Lehrer als System die Halbbildung schon in sich tragen soll, was soll denn dann als Konsequenz für die Schüler dabei herauskommen?

(Beifall bei der CDU.)

Sie wissen ja, daß wir in der Beurteilung dieser Entwicklung in Kassel überhaupt nicht alleinstehen. Fragen Sie doch einmal die seriösen Wissenschaftler an der Gesamthochschule. Selbst Herr Prof. Wendt ist jemand, der dort oben in Kassel eifrige Aufbauarbeit mit geleistet hat und sicherlich gestern auch in den Dank des Kultusministers mit einzubeziehen war. Herr Wendt, der, wie Sie alle wissen, der CDU in keiner Weise nahesteht, spricht ja nicht von Dilettantismus, sondern von Super-Dilettantismus, und beweist dies auch.

(Krüger [F.D.P.]: Das war aber wirklich schön eben!)

— Bitte?

(Krüger [F.D.P.]: Das war schön mit dem Super-Dilettantismus!)

— Herr Kollege Krüger, ich könnte mir vorstellen, daß Sie persönlich und vielleicht auch Ihre Fraktion ein ganz großes Interesse daran haben, möglichst viele Super-Dilettanten als Lehrer und Schüler an unseren Schulen und Hochschulen zu haben, weil Sie sich dann vielleicht eine bessere politische Überlebenschance ausrechnen können. Aber das kann doch nicht das Fundament unserer ganzen zukünftigen Entwicklung sein.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU. — Krüger [F.D.P.]:

Nicht nur daß Sie albern sind, jetzt klatschen die dazu auch noch Beifall! — Weitere Zurufe.)

Sie wissen sehr wohl, daß dies ja nicht nur ein Detailproblem der Frage der Gesellschaftswissenschaften in Kassel ist, sondern Sie wissen, daß dies ja für den gesamten Wissenschafts- und Forschungsbereich in Kassel gilt. Ich habe gerade gestern einen Hilferuf von einem Professor der theoretischen Physik bekommen, der darauf hinweist, daß anlässlich seiner Berufsverhandlung vier Hochschullehrer für theoretische Physik angekündigt worden sind. Bisher ist er nach wie vor allein, und es wird dort auch keinen weiteren Vertreter dieses Faches geben. Allerdings gibt es schon drei Fachdidaktiker, und der vierte Fachdidaktiker wird jetzt dazukommen. Nichts



**Sälzer**

gegen die Fachdidaktik, nur, wie wollen Sie denn ein wirklich wissenschaftlich-seriöses Studium in Kassel ermöglichen, wenn Sie die Fachwissenschaften kappen und nur die Didaktiken laufen lassen? Sie erwecken den Anschein, als wenn es in Ihren sozialistischen — ich muß schon fast sagen — Wahnvorstellungen jemanden gäbe, der in der Lage wäre, in einem angemessenen Lehrstudium fünf qualifizierende wissenschaftliche Fächer, die doch alle ein umfangreiches Studium erfordern, seriös zu absolvieren.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, wir hatten die Hoffnung, daß Sie unserem Antrag zustimmen, weil damit glaubhaft gemacht werden könnte, daß es Ihnen wirklich darauf ankommt, einen Kurswechsel innerhalb der hessischen Bildungspolitik,

(Lachen bei der F.D.P.)

insbesondere was die Bildungsinhalte und die Lehrerbildung angeht, einzuleiten. Sie wollen dies nicht. Herr Dr. Brans, ich darf es noch einmal sagen, Sie und Ihre Fraktion tragen in erster Linie die Verantwortung, wenn Sie sich hier weiterhin in dieser Weise zum Motor für das Abschaffen von Geschichte und Erdkunde in unseren Schulen machen.

(Beifall bei der CDU.)

**Präsident Dr. Wagner:**

Das Wort hat der Herr Kultusminister.

**Krollmann, Kultusminister:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe — ich kann mich da dem Kollegen Holzappel voll anschließen — ebenfalls den Eindruck, daß Herr Sälzer geradezu peinlich davon berührt war, daß hier eine kulturpolitische Debatte versehentlich einmal zu einer sachlichen Diskussion geriet.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Ich muß jetzt leider sagen: geraten könnte. Ich persönlich werde jedenfalls das, was an mir ist, dazu tun, um das in diesem Hause zu ermöglichen. Ich meine, die Sache wäre es wert.

(Beifall bei der SPD.)

Es ist auch nötig. Es ist insbesondere nötig, daß wir den Versuch unternehmen, das, was uns bewegt, auch und gerade in diesem Hause so umzusetzen, daß es von denen, die nicht kraft Amtes oder kraft Berufung kulturpolitisch interessiert sind, aufgenommen werden kann. Wenn wir weiter so fortfahren, entweder auf der einen Seite in Polemik zu machen oder aber auf der anderen Seite über die Köpfe derer, die es angehen müßte, hinwegzureden, dann brauchen wir uns nicht darüber zu wundern, wenn in allen Parteien eine Situation eintritt, in der derjenige, der von schulpolitischen Fragen auch nur zu reden anfängt, besser gleich aufgehört hätte.

Ich habe einmal gesagt, es ist gelegentlich im Lande eine Situation — ich möchte das hier wiederholen — vorhanden, in der man wie weiland den Göttern einen Hahn jetzt jeweils vor manchen Versammlungen immer einen Lehrer rituell opfern könnte. Das ist nicht die Art, die wir anstreben sollten, sachlich solche Debatten zu betreiben. Wir sollten, bitte, alle etwas dazu tun, daß unsere Auseinandersetzung über Sachprobleme aus solchen atmosphärischen Schwierigkeiten herauskommt.

Gestatten Sie mir einige Bemerkungen zu den Problemen, die hier angesprochen worden sind. Zunächst eine Bemerkung zur Studienordnung. Ich möchte nicht den Eindruck, der entstanden sein könnte, stehenlassen, als gäbe es gewissermaßen kein Prinzip, nach dem der Studiengang Gesellschaftslehre in Kassel angeordnet ist. Es gibt praktisch seit Beginn dieses Studienganges einen intensiven Austausch zwischen dem verantwortlichen Ministerium und den Gremien der Gesamthochschule über diese Studienordnung.

**Minister Krollmann**

Es gibt inzwischen einen Entwurf. Zu diesem Entwurf gibt es Gegenvoten. Wir machen das in einem sehr demokratischen Prozeß. Wesentlich an Votum und Gegenvotum — um jetzt einmal so zu polarisieren — ist, daß sich niemand gegen den integrativen Ansatz von Gesellschaftslehre wendet. Ich möchte das ganz deutlich betonen. Ich kann in diesem Zusammenhang nur aufgreifen: Wer will, daß Gesellschaftslehre erprobt werde, der muß die Chance schaffen, daß es Lehrer gibt, die — ich will sehr vorsichtig formulieren — besser als andere darauf vorbereitet werden, diesen integrativen Ansätzen Rechnung zu tragen. Ich halte das für keine Sache, über die Erregung am Platze wäre.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang zu folgender Frage etwas sagen: Wieso kann, wenn Sie solches offenhalten wollen, in Kassel nicht auch ein Abschluß in Erdkunde und Geschichte gefunden werden? Das ist ein Problem der Lehrkapazität in Kassel. Ich möchte daran erinnern, daß ich gestern als der verantwortliche Minister doch sehr frank und frei gesagt habe, daß mir die Probleme der Gesamthochschule Kassel nicht nur in zweifellos auch vorhandenen Strukturfragen zu stecken scheinen, sondern ganz simpel auch in der Ausstattung, die wir vom Haushalt her in der Lage sind, diesem Modell zu geben.

Wenn ich dann Prioritäten setzen muß, wieso sollte ich ausgerechnet in Kassel jetzt neue Kapazitäten für Fachrichtungen schaffen, die sehr wohl und zureichend an anderen hessischen Hochschulen vertreten sind?

**Präsident Dr. Wagner:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Minister Krollmann: Gewiß!)

Herr Abg. Windfuhr!

**Windfuhr (CDU):**

Der Unterschied zu anderen Hochschulen besteht nur darin, daß die anderen Hochschulen nicht die Stufenlehrausbildung haben. Sind Sie unter dieser Voraussetzung bereit, in Kassel die Voraussetzungen zu schaffen, daß auch im Rahmen der Stufenlehrausbildung Ausbildungsgänge für Erdkunde und Geschichte angeboten werden?

**Krollmann, Kultusminister:**

Auf dieses Problem komme ich jetzt insofern zurück, als ich jetzt etwas sagen möchte über das Qualifizieren derer, die dort studieren, als Dilettanten und über das böse Wort von der Halbbildung, das hier gefallen ist. Es gibt auch ein anderes Problem als das Problem Halbbildung. Das ist das Problem der sektoralen Bildung. Man kann das Stichwort „Scheuklappen“ hier in die Debatte werfen. Welchen Popanz erschießen Sie eigentlich, wenn Sie so tun, als hätte jemals irgend jemand behauptet, unter der Ausbildung für Gesellschaftslehre verberge sich die komplette wissenschaftliche Ausbildung für die hier gefragten Fachdisziplinen?

(Windfuhr [CDU]: Herr Dr. Brans vorhin!)

— Das mag Herr Dr. Brans selbst erklären. Er kann das nicht behauptet haben,

(Zuruf von der CDU.)

— Entschuldigung — er kann das nicht gemeint haben, denn es handelt sich hier um ein berufsorientiertes Studium. Wir wollen hier Lehrer ausbilden, und zwar — jetzt bin ich beim Stichwort — Stufenlehrer. Sagen Sie einmal, ist das eigentlich in diesem Lande und irgendwo sonst in der Bundesrepublik der Brauch gewesen — lassen Sie es mich jetzt einmal so sagen —, unterhalb der gymnasialen Ebene oder außerhalb des gymnasialen Sektors voll ausgebildete Historiker an die Schulen zu schicken? Ist das jemals wahr gewesen? Ist es jemals wahr gewesen, daß jemand, der die Fakultät Erdkunde hat, so in aller Breite eingesetzt worden ist?

**Minister Krollmann**

Sie wissen sehr genau, daß das nicht stimmt. Das, was hier jetzt, auch und gerade im Zusammenhang mit der Stufenlehrausbildung, versucht wird, ist, eine Ausbildung an der Universität mitzugeben, die sich an den Anforderungen in der Schule orientiert. Das ist ganz zweifellos etwas anderes als ein Studiengang, der — um bei Erdkunde zu bleiben — auch nur eine der Fachdisziplinen umfaßt, die wiederum das Schulfach Erdkunde bilden. Alles das ist Ihnen, wie ich sicher bin, sehr geläufig. Dann frage ich Sie: Warum versuchen Sie, hier so zu tun, als gäbe es die Absicht oder auch nur den Versuch, einen solchen Superwissenschaftler als Lehrer an hessische Schulen zu schicken? Ich kann mir nicht vorstellen, daß jemand, der mit Nüchternheit an diese Frage herangeht, Ihnen das abnimmt.

Klar ist auch, daß hier, wenn über Gesellschaftslehre beraten wird, in der Tat das Problem auftritt, daß die Vertreter der Fachdisziplinen ihren Rang und ihre Rolle gefährdet sehen. Ich möchte deshalb einmal mehr betonen, daß weder die Bedeutung von Geschichte noch die Bedeutung — ich sage das jetzt bewußt — von Geographie noch die Bedeutung von Politologie und Soziologie in irgendeiner Form gemindert werden soll durch das, was wir in Kassel als integrierten Studiengang in der Stufenlehrausbildung betreiben.

Es fragt sich dann — das habe ich insbesondere anvisiert, und hier treffe ich mich, glaube ich, vollinhaltlich mit dem, was der Kollege Brans hier vorgetragen hat —: Wie sieht es mit denen aus — auch und gerade wenn es um die Anerkennung in anderen Ländern geht —, die wir als Stufenlehrer in der Sekundarstufe II ausbilden, ein Bereich, in dem nach Vereinbarung zwischen den Ländern der geschichtliche Schwerpunkt, um nur dieses Beispiel zu nennen, eine besondere Rolle spielt? Ich hatte die Möglichkeit angedeutet, hier durch die Gestaltung von Studienordnungen Möglichkeiten zu schaffen, die klarmachen, daß der in Kassel ausgebildete Lehrer, auch wenn er Lehrer an Sekundarstufen II werden will, diese Qualifikation nicht nur in Hessen, sondern auch außerhalb Hessens hat. Das zu dem Problem, so wie ich es sehe.

Noch ein Wort zur Frage der Studien- und Prüfungsordnung. Ich bin bereit, die Frage nach dem Inhalt staatlicher Prüfungsordnungen zu stellen, zu überdenken und daraus Schlußfolgerungen zu ziehen. Nur ist das kein Problem von Kassel allein, sondern das ist ein generelles Problem im ganzen Lande. In bezug auf das angestrebte Lehramt und das Verhältnis zum Lehrangebot von Universitäten ist das eine zu stellende und zu prüfende Frage.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

**Präsident Dr. Wagner:**

Meine Damen und Herren! Ich mache vorsorglich darauf aufmerksam, daß die heutige Plenarsitzung voraussichtlich bis in die Nachmittagsstunden dauern wird.

Das Wort hat Herr Abg. Dr. Brans.

**Dr. Brans (F.D.P.):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir könnten sicher zügiger beraten, wenn nicht Beleidigungen an die Stelle von Argumenten gesetzt würden.

(Beifall bei F.D.P. und SPD.)

Herr Kollege Sälzer, ich muß mit aller Entschiedenheit zurückweisen, daß Dilettantismus — in welcher Form auch immer —, gewollt als Ausbildung, im Interesse einer Partei liegen könnte, schon gar nicht im Interesse meiner Partei. Eine solche Behauptung ist eine Flagelei und kein Argument.

(Beifall bei F.D.P. und SPD.)

Nun zu dem hier angeschnittenen Problem, daß der Gesellschaftskundelehrer möglicherweise der Gefahr der Halbbildung in ganz besonderer Weise ausgesetzt sei. Ich halte dieses Argu-

**Dr. Brans**

ment im Prinzip für diskussionswürdig. Aber lassen Sie mich einmal die Frage stellen: Wie gebildet, das heißt, wie fähig, den aktuellen Aufgaben des Unterrichts zu entsprechen, ist denn der Lehrer mit der klassischen wissenschaftlichen Ausbildung, Herr Kollege Windfuhr? Was hat denn der Historiker zum Beispiel heute an asiatischer Geschichte gelernt, wenn er in die Schule geht und dort zu einem aktuellen politischen Thema, beispielsweise der Auseinandersetzung in Vietnam oder wo auch immer, Stellung nehmen muß?

(Beifall bei F.D.P. und SPD.)

Das Beispiel könnten Sie jetzt fortsetzen. Es ist völlig ausgeschlossen, daß ein ausgebildeter Historiker über alle die Kenntnisse verfügt, vor allen Dingen über die Kenntnisse in geschichtlichen Problemen außerhalb der deutschen Geschichte, die immer viel zu sehr im Mittelpunkt der Ausbildung deutscher Historiker gestanden hat und einige zum Teil unfähig gemacht hat, —

**Vizepräsidentin Frau Dr. Engel:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Dr. Brans (F.D.P.):**

Augenblick bitte! Sie hat sie unfähig gemacht, Probleme zu sehen, die außerhalb ihres eigenen Landes lagen. So ist der Geschichtsunterricht in England beispielsweise und die Ausbildung von Geschichtslehrern in England ganz anders angelegt als bei uns. Internationale Geschichte hat eine viel größere Rolle gespielt als die nationale Geschichte. Mit Rücksicht auf die Notwendigkeit dessen, was wir heute im Unterricht brauchen, wäre es nur zu begrüßen, wenn das bei uns auch Platz griffe. Damit kommen Sie aber sofort in eine Situation, in der Sie sagen: Das kann ja gar keiner leisten. Das kann er nicht leisten in sechs Semestern, das kann er nicht leisten in acht Semestern, und das kann er auch nicht in 30 Semestern leisten. Er kann es überhaupt nicht leisten. Das heißt, es ist wichtig, ihm beizubringen, mit welchen Methoden er sich Kenntnisse verschafft, die ihm im Studium gar nicht vermittelt werden können. Auch darauf kommt es an, auf die Methodik der Geschichtswissenschaft, auf die Methodik der Politologie, auf die Methodik der Geographie. Das ist keine Frage der Zeit, sondern das ist eine Frage der Solidität, mit der ausgebildet wird.

Damit sind wir genau bei dem, was der Minister hier gesagt hat. Der Minister hat festgestellt: Ich werde kein Studium der Gesellschaftslehre in Hessen dulden, wenn nicht fachspezifische Kenntnisse in ausreichendem Maße vorhanden sind, die eine Integration erst möglich machen! Wenn das zu leisten ist, ist dies zu begrüßen. Genau in diesem Sinne hat sich auch die CDU bei der Debatte der Rahmenrichtlinien hier verhalten; sie hat das begrüßt. Der Kollege Sälzer hat erklärt: Gäbe es in den Rahmenrichtlinien Gesellschaftslehre nur die ersten 150 Seiten — und zwar der ersten Fassung —, dann brauchten wir die große Debatte, die damals stattgefunden hat, hier gar nicht erst zu führen. Dem könnte zugestimmt werden. Die Frage ist nur, ob es jetzt geleistet werden kann.

Nun wird in Kassel ein Versuch gemacht, und es ist zu fragen, ob die Mittel angemessen sind; aber es ist doch nicht zu fragen, ob das im Ansatz erlaubt oder unerlaubt ist. Darauf haben Sie es praktisch zugespitzt.

Für Dilettantismus würde ich es allerdings halten, wenn in Kassel die fachspezifischen Kenntnisse nicht erworben werden könnten, weil das Lehrangebot unzureichend ist, wenn in Kassel eine dringend erforderliche Berufung von Lehrkräften nicht erfolgt, die diese Kenntnisse erst vermitteln können. Das ist der Punkt! Die Schwierigkeiten in Kassel bestehen darin, daß der Lehrkörper im Grunde genommen zu klein ist, um diese Palette an fachspezifischen Kenntnissen zu vermitteln, die die Voraussetzung für die Integration ist. Das ist das Kasseler Problem! Kassel ist zu früh gestartet, und die Basis ist zu klein, um hier integrieren zu können. Wenn Sie darauf

*Dr. Brans*

ausgingen, Anträge in der Richtung zu stellen, den Lehrkörper zu vergrößern, diese Basis zu verbreitern, damit dieses Fach mit Sinn und Verstand studiert werden könnte, dann könnte man davon reden.

Aber im Grunde genommen spitzt sich das ganze Problem heute darauf hin zu, daß Sie gesagt haben: Jawohl; wir würden unter Umständen auch einem Fach Gesellschaftslehre unsere Zustimmung geben. — Dann haben Sie eine Zeitlang als Argument hinzugefügt: Wenn wir nicht befürchten müßten, daß Indoktrination die Folge wäre. — Was dieses Thema angeht, haben Sie im Augenblick Sendepause. Und jetzt kommt als Argument: Wenn nicht der Dilettantismus folgen würde. — Die Gefahr des Dilettantismus schwebt heute praktisch über der gesamten universitären Ausbildung, praktisch über allen Fächern. Lehrer sind davon nicht ausgenommen; sie waren davon immer in besonderer Weise betroffen, ob sie Gesellschaftslehre studieren oder welches Fach auch immer.

Jetzt muß es um Solidität gehen. Der Herr Minister hat eindeutig erklärt, daß er die Absicht habe, sämtliche Prüfungsordnungen zu überdenken — nicht nur für die Gesamthochschule Kassel — im Hinblick auf das, was ich hier vorgetragen habe, nämlich auf die Notwendigkeit auch der inhaltlichen Fixierung von nachweisbaren Kenntnissen, die einer haben muß, bevor er als Lehrer seine Bestallung erhält. Wenn sich das in einer absehbaren Zeit — und das braucht seine Zeit — durchsetzen läßt — Sie wissen alle, daß das Schwierigkeiten macht und daß die Schwierigkeiten von den Universitäten kommen werden; ich verrate Ihnen hier kein Geheimnis —, dann sind wir auf dem richtigen Wege, und dann bedarf es eines Störfeuers, wie Sie es hier veranstaltet haben, nicht.

(Beifall bei F.D.P. und SPD.)

**Vizepräsidentin Frau Dr. Engel:**

Wollten Sie Ihre Zwischenfrage noch stellen, Herr Kollege Windfuhr?

(Windfuhr [CDU]: Nein, danke!)

Das Wort hat Herr Abg. Dr. Schwarz-Schilling.

**Dr. Schwarz-Schilling (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Brans, Ihre Bemerkungen über die Frage, wie man Bildungsfragen außereuropäischer Kultur in unser Bildungswissen mit einbeziehen kann, ist ein Thema, das mich persönlich sehr stark interessiert, da ich mich fünf Jahre lang mit einem außereuropäischen Kulturkreis intensiv beschäftigt habe und dabei zu dem Ergebnis gekommen bin — nur um Ihnen das einmal zu sagen —, daß nach fünfjährigem Studium der Sprache und der Schrift der chinesischen Kultur für mich am Ende nur ein ganz spezielles Wissen über die Geschichte einer Dynastie herausgekommen ist.

(Dr. Brans [F.D.P.]: Genau das ist es!)

Diese Dynastie hat mich dann besonders interessiert und mir vielleicht auch ein gewisses fundiertes Wissen darüber gegeben, um gewisse Einzelvorgänge dieses Raumes auch heute etwas besser zu begreifen als derjenige, der dieses Studium nicht absolviert hat.

(Pulch [F.D.P.]: Fragen Sie doch Herrn Strauß!)

Mehr würde ich dazu von meiner Warte aus gar nicht sagen.

Aber hier ist ein ganz grundsätzliches Problem angesprochen. Wir haben nämlich noch gar nicht gemerkt, daß die klassischen Fächer Deutsch — ich spreche jetzt auch von Deutsch —, Geschichte, Erdkunde noch voll im Humboldtischen Sinne zwar als umfassende Bildung, aber nach einem europäischen Weltbild in unseren Schulen gelehrt werden.

(Dr. Brans [F.D.P.]: Natürlich, wir haben das gemerkt!)

Das ergibt sich aus einer Kulturtradition, die sich eben in den letzten 300 Jahren gebildet hat. Es ist klar, daß im Zeitalter

*Dr. Schwarz-Schilling*

des Kolonialismus die europäische Geschichte, die europäische Erdkunde und auch die europäische Literatur, um es einmal so zu sagen, als das Bestimmende angesehen wurden und man noch nicht ganz gewahr war, daß es außer der europäischen Kultur nicht nur Barbarenvölkern gegeben hat, bei denen es eben nur eine Frage des Datums war, wann sie in das europäische Weltbild einzugliedern sein würden.

Inzwischen haben aber wahrscheinlich einige Leute gemerkt, daß es in der Welt auch noch andere Kulturen gibt, die in verschiedenen spezifischen Bereichen nicht nur Vergleichbares, sondern weit Überlegenes gegenüber der europäischen Kultur auf ihren Gebieten hervorgebracht haben. Was z. B. Landschaftsmalerei angeht, ist die chinesische Kultur unübertroffen. Aber was Musik angeht, ist die europäische Kultur unübertroffen, wenn wir einmal die Zeit vom Barock bis zur Klassik oder bis zur Romantik einbeziehen. Das gibt dann völlig andere Bewertungsmaßstäbe kultureller Vorgänge.

Aber gerade wenn das so ist — ich möchte Sie doch bitten, hierüber einmal sehr ernsthaft nachzudenken —, besteht die Aufgabe eigentlich darin, unsere fachspezifischen Bildungsgänge — ich nenne hier Deutsch gleich Literatur, Geschichte als Weltgeschichte, Erdkunde weltorientiert — auf dieses Niveau anzuheben, das in unserem Zeitgeist heute längst vorhanden ist, das aber in der Ausbildung aus traditionellen Gründen nicht vermittelt wird.

Warum ist denn heute für einen — sagen wir einmal — lebendigen Geist der Wissenschaft das naturwissenschaftliche Studium so viel befriedigender? Weil es sich mit Dingen befaßt, die in Korea und Japan genauso gültig sind wie in Europa. Das klassische Bildungsstudium hingegen, das wir in eben diesen Fächern ansprechen, bietet nur einen Ausschnitt, der traditionell aus einem bestimmten Geschichtsbewußtsein heraus immer weiter vermittelt wird, jedoch überhaupt nicht mehr verzahnt ist mit den Dingen, die sich heute in der Welt abspielen und die man jeden Abend am Fernsehen sehen, jeden Morgen in der Zeitung lesen kann. Dort erfährt man Dinge, die sich in Südamerika, in Südostasien usw. abgespielt haben. Das Bildungswissen dieses Menschen, der das alles aufnehmen soll, ist aber von der deutschen Geschichte geprägt. Das ist das Problem.

(Clauss [SPD]: Konsequenzen?)

Wenn das das Problem ist, dann werden Sie dieses Problem doch nicht dadurch lösen können, daß Sie diese traditionellen Fächer in ihrer traditionellen Weise zusammenwerfen und jetzt in einem Projektstudium aus diesem traditionellen Bildungswissen heraus ein übergreifendes Fach machen.

(Stein [F.D.P.]: Hat er aber gesagt!)

Sie müssen vielmehr erst einmal die Fachdisziplinen auf den heutigen Bildungsstand, der erforderlich ist, bringen. Da — muß ich sagen — haben unsere Prüfungsordnungen alle glänzend versagt.

(Minister Krollmann: Auch!)

— Nicht: auch, sondern: in erster Linie! Wir können doch den Universitäten nicht den Vorwurf machen, daß sie ihre Studienreform nicht vorangetrieben haben, wenn der Staat, der ja hier das Ausbildungsmonopol an den Schulen und damit auch das Prüfungsordnungsmonopol hat, nicht von vornherein festlegt, daß die Universitäten die Lehrer auf diesen Stand zu bringen haben, so daß die Prüfungsordnungen für die Fächer Deutsch, Geschichte und Erdkunde entsprechend zu modifizieren und auf das heutige Niveau der Weltbildung zu bringen sind, wobei das Wort Deutsch hier wahrscheinlich etwas erweitert werden muß.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es wäre die Aufgabe des Parlaments und des Kultusministeriums, sich über solche Fragen Gedanken zu machen, um den Universitäten dann die entsprechenden Vorschriften zu geben.

(Dr. Brans [F.D.P.]: Lassen Sie mal Schwarz-Schilling sprechen und nicht Windfuhr!)

*Dr. Schwarz-Schilling*

Aber, meine Damen und Herren, mir ist klar, daß das eine Herkules-Aufgabe ist.

(Dr. Brans [F.D.P.]: So ist es!)

Das ist mir völlig klar. Wenn es aber eine Herkules-Aufgabe ist, müßten Sie sich darüber im klaren sein, daß Sie die Problemstellung um so mehr erschweren — es ist ja schon schwer genug, dies für das Fach Geschichte in einen übersichtlichen Prüfungsgang einzuordnen —, wenn Sie das jetzt mit einem integrierten Fach durcheinanderbringen, wie es hier vorgesehen ist. Jetzt entsteht ja die große Gefahr, daß das nicht vorhandene Bildungswissen der Zeit, das durch diese Prüfungsordnungen praktisch nicht gefordert wird, daß dieses Manko nunmehr durch Pseudowissenschaftlichkeit von Projekten ersetzt wird und insofern die wissenschaftliche Aufgabe, die gestellt ist, nicht erfüllt, sondern in eine pseudowissenschaftliche Lösung hineingeführt wird.

(Beifall bei der CDU.)

Das ist die größte Gefahr, weil jetzt natürlich die Pseudowissenschaftler kommen, zunächst ein leeres Feld vor sich finden und sagen: Was wißt ihr denn schon von Südostasien? Hört mal zu: erstens, zweitens, drittens. Und plötzlich kapierten alle Leute den Vietnam-Konflikt, meine Damen und Herren! So einfach ist das dann! Nur müssen Sie sich darüber im klaren sein, daß Sie mit Studiengängen, wie sie hier vorgesehen sind, den Weg in eine solche Pseudowissenschaftlichkeit geradezu freischaufeln. Die Herkules-Aufgabe, die vor uns steht, kann nicht dadurch gelöst werden, daß Sie diesen Berg wissenschaftlicher Arbeit in Prüfungsordnungen in einer breiten Straße der Pseudowissenschaftlichkeit mit dem Wort Integration von drei Fächern umfahren, deren Wissensstand als solcher nicht angepaßt ist an das, was wir heute brauchen. Das ist doch das Problem.

(Beifall bei der CDU.)

Aus diesem Grunde möchte ich Ihnen noch einmal ganz klar sagen: In anderen Ländern wird hier anders vorgegangen.

(Dr. Brans [F.D.P.]: In anderen Bundesländern oder?)

— Nein, ich spreche von anderen Ländern dieser Welt.

(Dr. Brans [F.D.P.]: Das stimmt!)

Schauen Sie sich die Ausbildungsgänge z. B. in den Vereinigten Staaten an. Dort spielen die politischen, geschichtlichen und literarischen Vorgänge in der ostasiatischen Kultur eine ganz andere Rolle als bei uns. Es ist ja auch so, daß die Vereinigten Staaten, ohne daß wir uns das hier ganz klargemacht haben, seit etwa 30, 40 Jahren ganz Europa längst abgelöst haben in der wissenschaftlichen Forschung dieses Erdteils. Wir machen hier heute nur noch Nachforschungen. Wenn Sie heute über Ostasien, sei es China oder Japan, fundierte Arbeiten machen wollen, dann setzen Sie sich am besten in die Bibliotheken in den Vereinigten Staaten und arbeiten an den dortigen Seminaren. Dann werden Sie binnen kürzerer Zeit zu größeren Ergebnissen kommen.

Das ist die Situation: Wir in Europa haben eben nicht gemerkt, daß das europazentrische Weltbild überholt ist.

(Zustimmung Dr. Brans [F.D.P.] )

Wenn Sie in Ostasien oder in Amerika sind, stellen Sie fest, daß Vorgänge in Europa auf der 3. oder 4. Seite der Zeitungen erscheinen, weil sie weltpolitisch nicht mehr relevant sind.

(Dr. Brans [F.D.P.]: So ist es!)

Aber wir fahren in der entsprechenden Weise fort.

Um auf dieses Thema zurückzukommen: Ich möchte dringend davor warnen, die Problemstellung durch die heute modegängigen Worte von Integration von Studienfächern zu verwechseln, anstatt die Einzeldisziplinen auf den heutigen Stand zu bringen. Wir müssen im Deutschunterricht nicht nur von europäischer Literatur etwas wissen, sondern auch einiges darüber wissen, was in anderen Erdteilen an Literatur geleistet

*Dr. Schwarz-Schilling*

worden ist und was es dort gibt. Wer weiß denn schon etwas über chinesische Literatur hier? Wenn man sagt, man verstehe etwas davon, wird man sowieso als ein etwas merkwürdiger Vogel aus dem Zoologischen Garten menschlicher Kultur angesehen.

(Pfuhl [SPD]: Exote!)

Ich will mich bemühen, hier nicht arrogant zu erscheinen. In meinen Augen ist es aber so, daß wir hier immer mehr zu einer Sonderspezies der Weltkultur werden und noch nicht gemerkt haben, daß wir nicht der Nabel dieser Welt sind. Das ist der Vorgang. Aus diesem Grunde möchte ich nochmals dringend davor warnen — vielleicht auch bei allem guten Willen, den ich hier bestimmten Kräften gar nicht ganz absprechen will —

(Dr. Brans [F.D.P.]: Das ist ja etwas ganz Neues!)

— den ich bestimmten Kräften nicht ganz absprechen will, die sich darüber Gedanken machen —, die Gefahr zu unterschätzen, die darin liegt, nicht die wirkliche Aufgabe zu erkennen, nämlich die Fachdisziplinen in den Prüfungsordnungen auf den heutigen Stand in einer Weltorientiertheit zu bringen. Ich möchte dringend davor warnen, statt dessen den Umweg und den falschen Weg der Pseudowissenschaftlichkeit durch die Integration zu gehen.

Darin werde ich bestärkt, wenn ich z. B. in diesen Kasseler Blättern und in diesen Kompendien, die ich zu lesen bekomme, Unterschiede über Wissenschaftlichkeit und Wissenschaftstheorie vorgesetzt bekomme, die darauf hinauslaufen, daß die Pseudowissenschaftlichkeit zur neuen Theorie der Wissenschaft erhoben wird. Wenn ich das lese, dann sage ich allerdings: Das, was Herr Windfuhr und mein Kollege Sälzer gesagt haben, hat erste Priorität. Sonst sehen Sie die politische Landschaft in unserem Lande falsch. Ihnen persönlich unterstelle ich gern, daß Sie etwas anderes im Auge haben. Aber wir sind hier Politiker. Wenn uns als Politikern die Verantwortlichkeit hier obliegt, müssen wir wissen: Wie sieht diese politische Landschaft aus, und können wir Gutmeinende in ihrer Sache weitermachen lassen, obwohl ganz klare politische Zielsetzungen auf der anderen Seite diese Gutmeinenden nur benutzen, um Pseudowissenschaftlichkeit an die Stelle von Wissenschaftlichkeit zu setzen? Dann nützt nachher kein Wehklagen und Jammern mehr: Dann haben die Politiker dieses Landes versagt!

(Beifall bei der CDU und Beifall des Abg. Dr. Brans [F.D.P.] )

**Vizepräsidentin Frau Dr. Engel:**

Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Damit ist die Aussprache zum Tagesordnungspunkt 16 abgeschlossen. Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag dem Kulturpolitischen Ausschuß — federführend — und dem Rechtsausschuß — beteiligt — zu überweisen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. — Gegenstimmen? — Stimmenthaltungen? — Ich stelle fest, daß der Antrag wie vorgeschlagen überwiesen ist.

Wir kommen zu **Punkt 17** der Tagesordnung:

**Antrag der Abg. Trageser, Lenz, Immel, Lengemann, Sturmowski (CDU) und Fraktion betreffend Novellierung des Eigenbetriebsgesetzes — Drucks. 8/140 —**

Herr Abg. Trageser hat das Wort.

**Trageser (CDU):**

Frau Präsident, meine Damen und Herren! Auch für diese Legislaturperiode hat die Koalition ihre Absicht erklärt, das Hessische Eigenbetriebsgesetz zu novellieren. Diese Absichtserklärung ist nicht neu. Auch in der vergangenen Legislaturperiode ist diese Absicht ausgesprochen worden, zuletzt recht deutlich als Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der CDU im März 1973.

*Trageser*

Die Landesregierung hatte damals erklärt, sie halte an der Absicht fest, dem Landtag noch in der 7. Legislaturperiode den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Eigenbetriebsgesetzes zuzuleiten. Sie hat weiterhin erklärt, daß eine Kommission entsprechende Vorarbeiten im Hinblick auf diese Novellierung leiste.

Wir alle wissen, daß zwischenzeitlich die Legislaturperiode zu Ende gegangen ist und eine Novelle zu diesem Gesetz dem Landtag nicht vorgelegt wurde, obwohl — wie gesagt — vom März 1973 an erneut seitens der Landesregierung bekundet worden war, dieses Gesetz zu ändern. Die Landesregierung hat erklärt, sie lege vor Bekanntwerden ihrer Pläne, d. h. vor Veröffentlichung ihrer Pläne, besonderen Wert darauf, die Vorstellungen der kommunalen Spitzenverbände und des Verbandes kommunaler Unternehmer besonders zur Frage der Mitbestimmung kennenzulernen. Sie hat weiterhin in diesem Zusammenhang erklärt, diese Verbände und Organisationen würden Gelegenheit erhalten, ihre Ansichten zu der Novellierung des Eigenbetriebsgesetzes im einzelnen darzulegen.

Diese Aussage aus dem Frühjahr 1973 muß in Verbindung gesehen werden mit der Aussage, daß entsprechende Vorarbeiten zu dieser Gesetzesnovellierung im Gange sind. Wenn entsprechende Vorarbeiten im Gange sind und die Landesregierung bemüht ist, die Vorstellungen der Verbände und Organisationen in dieser Angelegenheit kennenzulernen und auch in ihre Konzeptionen mit einzubauen — uns sind ja Konzeptionen zwischenzeitlich durch das Koalitionspapier bekanntgeworden —, dann ist es nicht nur für die Regierung, sondern auch für das gesamte Parlament von Interesse, diese Vorstellungen der Verbände und Organisationen aus dem Bereich der Kommunen kennenzulernen.

Aus diesem Grund hat die CDU den Antrag eingebracht, das Ergebnis dieses Anhörungsverfahrens, das die Landesregierung zur Vorbereitung der Novellierung des Eigenbetriebsgesetzes durchgeführt hat, um die Vorstellungen der Verbände kennenzulernen, insbesondere auch zu der Frage der Mitbestimmung, den Abgeordneten des Hessischen Landtags zur Kenntnis zu bringen, und zwar — wie wir es in unserem Antrag fordern — in der Form einer Synopse zu ihren eigenen Vorstellungen.

Diese Gesetzgebung betrifft in Hessen mindestens 50 Betriebe mit rund 15000 Beschäftigten. Ich bin der Auffassung, daß es bei der Aufgabe, die hier vor uns steht, nicht allein Sache der Landesregierung sein kann, sondern vielmehr aller Fraktionen, eine solide und fundierte Vorarbeit für die Gesetzgebung zu leisten. Ich wäre deshalb dankbar, wenn die Regierung und die sie tragenden Parteien unserem Antrag folgen würden und die Vorstellungen, die eingegangen sind, dem Parlament insgesamt zur Kenntnis geben würden.

(Beifall bei der CDU.)

**Vizepräsidentin Frau Dr. Engel:**

Der Antrag ist begründet. Das Wort hat der Herr Innenminister.

**Bielefeld, Minister des Innern:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Herr Abg. Trageser, die Landesregierung hält es für eine selbstverständliche Pflicht, die Abgeordneten des Hessischen Landtags möglichst umfassend und möglichst frühzeitig über ihre Gesetzesvorhaben zu unterrichten. Und dieses geschieht, wie Sie wissen, nicht nur durch die Vorlage von sogenannten Arbeitsprogrammen. Auch die einzelnen Gesetzesentwürfe werden den Fraktionen zur Kenntnis übermittelt, bevor sie formell im Landtag eingebracht sind. Denn es hat sich — wie Sie ja auch wissen — für die Unterrichtung der Abgeordneten des Hauses in der Vergangenheit bereits folgende Praxis ergeben — ich darf noch einmal daran erinnern —:

*Minister Bielefeld*

Wenn ein Fachressort einen Gesetzentwurf erarbeitet hat, wird er zunächst dem Kabinett zur Kenntnisnahme vorgelegt mit der Maßgabe, daß der Entwurf den Spitzenverbänden zur Stellungnahme zugeleitet werden soll. Faßt das Kabinett einen entsprechenden Beschluß, dann wird der Entwurf nicht nur den Spitzenverbänden übersandt, sondern gleichzeitig auch den Fraktionen des Landtags. Sobald die Stellungnahmen der Spitzenverbände eingegangen sind, wird der Entwurf vom Fachressort überprüft, gegebenenfalls geändert und dann erneut dem Kabinett zur Beratung vorgelegt, das nunmehr — praktisch also nach dem zweiten Durchgang — die Einbringung in den Landtag beschließt.

Zur Beratung in den Ausschüssen werden üblicherweise, insbesondere bei Gesetzen von grundsätzlicher Bedeutung, die Regelungen in anderen Bundesländern und das Ergebnis der Anhörung der Spitzenverbände in Form von Synopsen zusammengefaßt und als zusätzliches Material den Abgeordneten zur Verfügung gestellt.

Das von mir soeben geschilderte Verfahren hat sich bewährt, und ich bin auch der Meinung, daß wir es bei der Behandlung eines 2. Gesetzes zur Änderung des Gemeindefachrechts und anderer kommunalrechtlicher Vorschriften, das die in Ihrem Antrag angesprochenen Regelungen enthält, beibehalten sollten.

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, von der Landesregierung bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Vorlage des Ergebnisses des Anhörungsverfahrens und die eigenen Vorstellungen der Landesregierung dazu verlangen, so ist mir das schon auf Grund der Tatsachen nicht möglich. In meinem Hause ist zwar ein entsprechender Referentenentwurf erarbeitet worden; eine förmliche Anhörung — ich unterstreiche: eine förmliche Anhörung — der Spitzenverbände hat aber bisher noch nicht stattgefunden. Die Spitzenverbände sind lediglich vor Konzipierung des Entwurfs aufgefordert worden, ihre grundsätzlichen Vorstellungen zu der zu regelnden Materie zu entwickeln. Dabei handelt es sich aber nur um eine Voranfrage, die der Materialsammlung dient.

Es ist mir auch nicht möglich, Ihnen jetzt schon die Vorstellungen der Landesregierung in Form einer Synopse zu den Vorstellungen der kommunalen Spitzenverbände vorzulegen, weil das Kabinett den Entwurf noch nicht behandelt hat. Dieses wird aber mit Sicherheit in Kürze geschehen. Ich muß allerdings darauf hinweisen, daß es sich hier um den sogenannten ersten Durchgang handelt. Das bedeutet — wie ich bereits eingangs geschildert habe —, daß der Entwurf vom Kabinett zur Kenntnis genommen und sodann den kommunalen Spitzenverbänden zur förmlichen Anhörung zugeleitet wird. Erst wenn das Ergebnis dieser Anhörung vorliegt, berät das Kabinett die Vorlage abschließend.

Ich muß Sie unter diesen Umständen um Verständnis dafür bitten, daß ich Ihren Antrag Drucks. 8/140 nicht befürworten kann, möchte aber schon heute erklären, daß Sie selbstverständlich den Entwurf erhalten, wenn er den Spitzenverbänden zugesandt wird, und daß ich Ihnen zur parlamentarischen Beratung des Entwurfs alle gewünschten Unterlagen und Übersichten zur Verfügung stellen werde.

**Vizepräsidentin Frau Dr. Engel:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Minister Bielefeld: Bitte sehr!)

Bitte, Herr Abg. Trageser!

**Trageser (CDU):**

Herr Minister, obwohl Ihre Antwort im Hinblick auf den zeitlichen Ablauf Ihrer Vorhaben für mich enttäuschend ist, denn Sie hatten ja schon im März 1973 erklärt, daß Sie in der vergangenen Legislaturperiode einen solchen Entwurf vorlegen wollten — die Antwort trägt Ihre Unterschrift —, frage

*Trageser*

ich Sie: Wann ist mit der Vorlage eines Entwurfs seitens der Landesregierung zu rechnen?

(Claus [SPD]: Herr Trageser drängt auf Mitbestimmung, Herr Minister!)

**Bielefeld, Minister des Innern:**

Ja, das ist mir bekannt, und wir wissen ja alle, was in dem Entwurf steht. Aber gerade deswegen ist es ja nicht ganz so einfach, das aus dem Handgelenk zu schütteln. Das weiß Herr Abg. Trageser genauso gut wie ich. Ich gehe davon aus, daß der erste Durchgang im Kabinett in Kürze stattfinden kann. Ich gehe weiter davon aus, daß wir dann den Spitzenverbänden eine Frist — und bei dem Umfang der Materie müssen wir dies wohl auch tun — von drei Monaten zur Stellungnahme einräumen. Und dann ergibt sich, wie ich bereits gesagt habe, die weitere Entwicklung, so daß wir sicherlich im Laufe dieses Jahres 1975 uns im Landtag darüber unterhalten können.

(Claus [SPD]: Sehr gut!)

**Vizepräsidentin Frau Dr. Engel:**

Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Trageser?

(Minister Bielefeld: Bitte sehr!)

Bitte, Herr Abg. Trageser!

**Trageser (CDU):**

Herr Minister, sind Sie bereit, die grundsätzlichen Stellungnahmen bzw. Aussagen der von Ihnen genannten Verbände und Organisationen den Fraktionen zur Kenntnis zu geben?

**Bielefeld, Minister des Innern:**

Im Augenblick ist dies gar nicht möglich. Sie bekommen die Stellungnahmen der Spitzenverbände dann, wenn die förmliche Anhörung stattgefunden hat. Sie werden im Grunde identisch sein, davon gehe ich aus. Im übrigen gehe ich auch davon aus, daß Sie einen so guten Kontakt zu den Verbänden haben, daß Sie diese Unterlagen bereits besitzen.

**Vizepräsidentin Frau Dr. Engel:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Wilke?

(Minister Bielefeld: Ja, bitte!)

Herr Wilke!

**Wilke (F.D.P.):**

Herr Minister, sind Ihnen die grundsätzlichen Stellungnahmen der Opposition zur Frage der Mitbestimmung im Bereich der Eigenbetriebe bekannt?

**Bielefeld, Minister des Innern:**

Formell nicht, aber generell ja.

(Claus [SPD]: Was ist da schon grundsätzlich? — Heiterkeit bei SPD und F.D.P. — Haha! bei der CDU.)

**Vizepräsidentin Frau Dr. Engel:**

Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Damit ist die Aussprache abgeschlossen. Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag dem Innenausschuß — federführend — und dem Sozialpolitischen Ausschuß zur Mitberatung zu überweisen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. — Gegenstimmen? — Enthaltungen? — Ich stelle fest, daß der Antrag wie vorgeschlagen überwiesen ist.

*Vizepräsidentin Frau Dr. Engel*

Wir kommen zu **Punkt 18** der Tagesordnung:

**Antrag der Abg. Frau Philippi (CDU) und Fraktion betreffend Anpassung der Einkommensgrenze für Familienerholung — Drucks. 8/143 —**

Ich eröffne die Aussprache. Zur Begründung hat Frau Philippi das Wort.

**Frau Philippi (CDU):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß ich gerade diesen Antrag für meine Fraktion begründen kann; denn meine politische Arbeit hat sich gerade mit den sozialen Belangen befaßt, auf die sich auch dieser Antrag bezieht. Die CDU will mit diesem Antrag eine echte Hilfe für die sozial schwache Familie erreichen; denn so, wie die Richtlinien für die Förderung nichtinvestiver sozialer Maßnahmen in bezug auf die Familienerholung lauten, stellen sie das nicht dar. Das in den Richtlinien festgelegte Pro-Kopf-Familien-Nettoeinkommen von 300 DM für einen Elternteil und von 280 DM für beide Elternteile hat dazu geführt, daß immer weniger Familien von der Förderung der Familienerholungsaufenthalte Gebrauch machen können.

Der Grund liegt einwandfrei in erster Linie in der inflationären Entwicklung, die ganz besonders die kinderreichen Familien stärker als alle anderen trifft. Durch das Überschreiten der Einkommensgrenze, die der inflatorischen Entwicklung nicht mehr entspricht, kommen sie nicht mehr in den Genuß des Zuschusses und damit um ihren Urlaub, der im Zweifelsfalle bei einer Nichtgewährung restlos gestrichen werden muß. Besonders gravierend stellt sich dieser Fall dort dar, wo die Einkommensgrenze nur ganz geringfügig überschritten wird.

Ich möchte Ihnen nur einen Fall darstellen, um Ihnen die Härte zu erläutern, die dann eintritt, und zwar in einem Teilbereich Familienerholung. In meinem heimatlichen Bereich hat eine Familie mit nur einem Elternteil und drei Kindern einen Antrag auf Zuschuß eingereicht. Dieser Antrag ist abgelehnt worden, weil der Richtsatz 1200 DM beträgt, die Einkünfte der Familie sich aber auf 1208 DM belaufen. Ich glaube, hier stellt sich ernsthaft die Frage, ob nach Zahl und Buchstaben entschieden werden muß. Es wird an diesem Fall eklatant klar, daß hier die Einkommensgrenze nicht mehr stimmt. Hier leiden wiederum besonders die sozial schwächsten Familien überhaupt, bei denen der Familienurlaub bei einer Nichtbezuschussung ganz gestrichen werden muß.

Ich möchte nur wenige Zahlen aus einem anderen Teilbereich der Familienerholung nennen, die verdeutlichen, wie rückläufig die Bezuschussung allgemein ist. Das stellt sich in den vergangenen fünf Jahren wie folgt dar: 1970 haben 136 Familien Anträge eingereicht und wurden bezuschußt, 1971 waren es 91 Familien, 1972 waren es 10 weniger, also 81, 1973 waren es 45 und 1974 nur noch 14 Familien. Ich glaube, da ist jeglicher Kommentar überflüssig, man muß nichts mehr dazu sagen, außer daß das wiederum nicht der einzige Teilbereich ist, in dem es sich so verhält. Ich habe mich auch in anderen Bereichen erkundigt und umgesehen; da läuft es genauso.

Es kann also nicht mehr von einer sinnvollen flankierenden Maßnahme im Rahmen der Familienpolitik von Seiten der Landesregierung gesprochen werden; das war die Aussage des Herrn Sozialministers auf eine Anfrage meiner Fraktion über die soziale und wirtschaftliche Stellung der Familie im Juni 1973. Eine wirklich flankierende soziale Maßnahme scheint mir das nicht, wenn eine solche Rückläufigkeit zu verzeichnen ist.

Es gibt noch andere Dinge, die im Rahmen dieser Richtlinien nach Meinung der in der Praxis stehenden Mitarbeiter geändert werden sollten. Ich glaube nicht, daß ich sie alle hier vorbringen sollte; das kann man vielleicht im Ausschuß tun. Nur eines müßte man noch sagen; das war mir das Einleuchtendste. In diesen Richtlinien steht, daß das Einkommen



*Frau Philippi*

der drei letzten Monate angegeben werden muß und als Richtsatz genommen wird. Meistens ist aber der Termin für die Meldung Mitte Februar. Rechnet man dann drei Monate zurück, fällt jedesmal das Weihnachtsgeld in diesen Zeitraum hinein, und die Relation wird restlos verschoben, zuungunsten des Antragstellers. Ich glaube, hier müßte man einen anderen Modus finden.

(Beifall bei der CDU.)

Fest steht auf jeden Fall, daß die inflationäre Entwicklung dazu geführt hat, daß beispielsweise eine Familie mit zwei Kindern nur noch dann einen Zuschuß erlangt, wenn sie sich einkommensmäßig an der Grenze des Fürsorgersatzes bewegt. — Das erfordert wiederum keinen Kommentar.

Die CDU geht davon aus, daß es vorrangig Aufgabe der Familie ist, dem Kind die bestmöglichen Startchancen zu seiner vollen und sozialen Entwicklung und Entfaltung zu vermitteln. Die Familie, die immer noch die beständigste Form des menschlichen Zusammenlebens darstellt, kennt keinerlei gültige Alternative. Der einzelne braucht die Familie vielleicht anders als früher, aber meiner Meinung nach ganz bestimmt noch bedeutend mehr als früher. Er braucht sie also dringend. Wo sonst werden Geborgenheit, persönliche Zuneigung und mitmenschliche Nachsicht kostenlos geboten wie in der Familie, und wo sonst werden Konflikte ausgetragen und wieder geglättet wie in der Familie, weiterhin ein wichtiger Lernprozeß für das spätere Leben. In der Familie geht es eben in erster Linie um menschliche Bewährung und darum, das zu lernen, was im Leben ebenfalls einen wichtigen Bestandteil harmonischen Zusammenlebens bedeutet, nämlich tolerant zu sein.

(Roth [CDU]: Sehr gut!)

Der Familie sind Aufgaben übertragen, wie sie in unserer Gesellschaft sonst niemand ausführen kann. Ihr zu helfen, das muß unser aller Aufgabe sein, und daß das Erhalten der Familie auch ein Teil Gesellschaftspolitik ist, die hier gemacht werden muß, darin werden Sie mir wohl alle zustimmen.

Eine richtige Aussage ist in den Richtlinien, daß auf Grund der Bezuschussung für den Familienerholungsaufenthalt der Familienzusammenhalt und die Erziehungskraft der Familie gestärkt werden sollen. Hier können wir nur sagen, daß das eine Aussage aus der Familienpolitik der CDU ist, die wir seit Jahren vertreten. Dann kann man nicht mehr sagen, daß so weiter verfahren werden soll. Ich meine, daß nichts einem Sturm so trotzen und Widrigkeiten so abhalten kann wie die Familie. Nirgends ist dazu so Gelegenheit gegeben wie im Urlaub, wo man abgeschaltet hat von allem alltäglichen Kleinkram, der einem das Leben schwermacht. Die Eltern haben dann Zeit für die Kinder, und umgekehrt können auch die Kinder ihre Eltern entspannt und gütiger kennenlernen, weil sie außerhalb des täglichen Trotts sind. Es müßte unser vordringlichstes Anliegen sein, hier eine Änderung herbeizuführen, insbesondere deshalb, weil bei der Neufassung der Richtlinien der Hessen-Jugendpläne im Abschnitt 1 der Richtlinien Nr. 8 im Jahre 1968 die Einkommensgrenze der Familienferien wesentlich herabgesetzt wurde.

(Roth [CDU]: Hört, hört!)

Ich meine, daß die damalige Regelung kein Ausgangspunkt sein dürfte, obwohl ich mit 280 und 300 DM den Stand der Richtlinien vom 1. Januar 1973 angegeben habe.

**Vizepräsidentin Frau Dr. Engel:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Frau Philippi?

(Frau Philippi [CDU]: Bitte sehr!)

Frau Abg. Vater!

**Frau Vater (SPD):**

Frau Kollegin Philippi, ist Ihnen nicht bekannt, daß die Einkommensgrenze im Jahre 1972 bereits einmal angehoben wurde? Sie bezogen sich eben auf das Jahr 1968.

**Frau Philippi (CDU):**

Ich habe zum Schluß gesagt, Frau Kollegin, daß ich mich mit der genannten Summe von 280 DM für beide Elternteile und 300 DM für einen Elternteil auf die Richtlinien vom 1. Januar 1973 bezogen habe. Ich habe aber mit dem, was ich zum Schluß in bezug auf das Jahr 1968 gesagt hatte, sagen wollen, daß dann eigentlich damals schon ein noch höherer Satz hätte da sein müssen, wenn im Jahr 1968 im Rahmen dieser Neuplanung nicht herabgestuft, sondern, wie jeder normalerweise angenommen hätte, heraufgestuft worden wäre.

(Beifall bei der CDU.)

**Vizepräsidentin Frau Dr. Engel:**

Meine Damen und Herren, ich darf darauf hinweisen, daß dies die erste Rede der Abg. Frau Philippi war.

(Allgemeiner Beifall.)

Das Wort hat Frau Abg. Dr. Streletz.

**Frau Dr. Streletz (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Herren und Damen! Dieser Antrag entspringt sicher einem sozialen Engagement. Wer mit diesen Dingen vor Ort und in der Praxis zu tun hat, weiß, daß manche Maßnahmen trotz aller Förderungen noch immer unbefriedigend sind. Ich möchte aber hinzufügen, daß das soziale Sicherheitsnetz weitaus enger gezogen worden ist. Wenn ich das auf das Thema der Arbeitslosigkeit beziehe, über das wir gestern diskutiert haben, so möchte ich ergänzen, daß Arbeitslosigkeit heute trotz allem weniger wehtut — ich sage das vorsichtig — als in den 30er Jahren oder auch noch später.

(Beifall bei der SPD.)

Soziales Engagement für die politisch Tätigen — ich sage nicht: für die Politiker, denn so vermessen möchte ich nicht sein — bedeutet Engagement für die Gruppen, die keine Lobby haben, hinter denen keine Eltern- oder Bürgerinitiative steht. Das heißt, daß soziales Engagement aufgefaßt werden kann als Kernstück politischer Arbeit überhaupt.

(Stöckl [SPD]: Sehr gut!)

Frau Philippi, die Frage der Familie möchte ich so beantworten, daß die Familie an sich von niemandem in Frage gestellt wird. Es geht nur um eine Definition des Begriffs Familie. Was verstehen wir unter Familie? Ist das der herkömmliche Begriff der intakten Kleinfamilie, oder ist Familie z. B. auch eine alleinstehende Mutter mit ihrem Kind? Es geht also um die echte Definition des Begriffs Familie, nicht um das, was manchmal vorgeworfen wird, um die Infragestellung des Begriffs Familie überhaupt.

Aber zurück zu diesem Antrag. Ich meine, daß er in dieser Form zu global und die Begriffe darin zu wenig definiert erscheinen. Ich möchte einige offene Stellen aufzeigen. In den Maßnahmen-Förderungsrichtlinien ist gesagt, daß diese Richtlinien für verschiedene Bereiche gelten. Ich zitiere: 1. Kinder-, Jugend- und Familienförderung; 2. Altenhilfe; 3. Behindertenhilfe; 4. Gesundheitsförderung; 5. Sportförderung; 6. Förderung sonstiger sozialer Maßnahmen — da gibt es einen breiten Katalog. Es geht nun, wenn man diesen Antrag liest, um die Frage: Soll dieser Katalog aufgelöst werden durch die punktuelle Herausnahme einer einzigen Maßnahme oder ist — das wurde in der Rede von Frau Philippi angedeutet — zu erwarten, daß zu diesem Themenbereich eine Flut von Anträgen folgt?

*Frau Dr. Streletz*

Die zweite Frage ist die, ob die Erhöhung der Mindesteinkommensgrenze, also die Anhebung der Bemessungsgrundlage, fix oder flexibel gestaltet werden soll. Auch das wird in dem Antrag nicht ausgedrückt. Ich finde, diese Fragen müßten in der Diskussion geklärt werden. Offen bleibt die Finanzierung, das möchte ich ganz deutlich sagen. Wir stehen als politisch Tätige oft vor der Situation, daß wir manche Dinge als wünschenswert gern durchführen möchten, daß es aber eine ganz natürliche und böse Bremse gibt, nämlich die Finanzen. Wir haben als öffentliche Hand keinen Dukatenesel. Es ist einfach, Forderungen zu stellen, und so etwas wird sicher bei den Betroffenen gut ankommen und ist sicher auch motiviert. Nur, Fraktionen, die Regierungsverantwortung tragen, müssen genauso überprüfen, wie die finanziellen Möglichkeiten sind, um diese Dinge durchzusetzen. Diese Frage sollte auch die Opposition beschäftigen, wenn ihre Anträge glaubwürdig sein sollen. Manches, was wünschenswert ist und mit Sicherheit von allen inhaltlich getragen wird, ist in der jetzigen Situation der öffentlichen Haushalte kaum durchführbar.

Noch ein Punkt, der mir sehr wichtig erscheint. Wenn wir im Landtag Gesetze beschließen, müssen wir uns genau überlegen, welche Auswirkungen auch finanzieller Art sie auf die Kommunen haben. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

(Beifall bei der SPD.)

Es ist einfach, wenn wir hier schöne Gesetze machen, aber die Situation vor Ort, auch die finanzielle Situation, nicht berücksichtigen. Es gibt also die Doppelfrage der Finanzierung: einmal die Finanzierung durch die Kommunen, zum zweiten die durch das Land. Diese Frage muß grundsätzlich geklärt werden.

Ich bin der Auffassung, daß die Gruppe, die hier angesprochen wird und unter die Förderungsmaßnahmen fällt, mit Sicherheit eine Gruppe ist, die ganz erhebliche Erleichterungen durch die Steuerreform erfahren hat.

Frau Philippi, Grenzfälle, die einige Mark über der Bewertungsgrundlage liegen, wird es immer geben, egal wie hoch man diese Grenze nun ansetzt. Diese Grenzfälle sind nie auszuschließen.

Wenn ich zu diesem Antrag der Meinung bin, daß verschiedene Dinge genauestens überprüft werden müssen, so würde Herr Barzel sicher sagen: So nicht!, oder, wenn ich aus der Rede des Herrn Wirtschaftsministers von gestern zitiere: Wirklich net! Das heißt, wir müssen die Inhalte und finanziellen Auswirkungen im Ausschuß genauestens überprüfen.

(Beifall bei der SPD.)

**Präsident Dr. Wagner:**

Meine Damen und Herren, Frau Kollegin Dr. Streletz hat heute zum ersten Mal im Plenum gesprochen. Herzlichen Glückwunsch!

(Allgemeiner Beifall.)

Das Wort hat Herr Abg. Alfred Schmidt.

**Alfred Schmidt (F.D.P.):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nicht grundsätzlich auf dieses Thema eingehen; ich glaube, dazu ist die Zeit etwas zu knapp. Ich möchte nur noch einmal darauf aufmerksam machen, daß es sich bei diesem Antrag der Kollegin Frau Philippi um eine Einzelmaßnahme handelt, die aus einem Gesamtmaßnahmenkatalog herausgenommen wurde. Ich weise darauf hin, daß zu diesen Maßnahmen im einzelnen z. B. so wichtige Bereiche gehören wie die kommunale Jugendpflege, Jugendarbeit der Verbände, Eingliederung Behinderteter, Behindertenerholung usw. Ich will damit nur sagen: Wenn man diesen Antrag stellt, muß man wissen, daß das auch Auswirkungen haben muß auf die Gesamtmaßnahmen, die im einzelnen zu überprüfen wären.

*Alfred Schmidt*

Ich möchte hier auch noch einmal betonen, Frau Kollegin Philippi, daß es Grenzfälle in der Tat immer geben wird, und es wird auch immer Härtefälle geben; es wird immer die Situation da sein, daß bei gesetzten Grenzen eine leichte Überschreitung eintritt und daß dann Probleme auftreten bei der Frage, ob eine Maßnahme gefördert werden kann oder nicht. Ich meine, das wäre im Einzelfall zu prüfen.

Die Einkommensgrenzen — Sie haben schon darauf hingewiesen — sind festgelegt mit z. Z. 280 DM pro Kopf Familieneinkommen; hinzugerechnet werden Kindergeld und Ausbildungsbeihilfen. Damit, da möchte ich Ihnen recht geben, wird in der Tat eine kritische Zone erreicht. Insofern meine ich auch, daß dieses Problem geprüft werden sollte. Als Beispiel: Bei einer Familie mit vier Kindern darf das Netto-Einkommen 1680 DM nicht überschreiten.

Meine Damen und Herren, ich möchte auch auf eine Gefahr hinweisen, die dieser Antrag in sich birgt, nämlich die, daß es leicht zu einer sozialen Komponente kommen kann, und zwar dadurch, daß der Kreis der Antragsberechtigten so erweitert wird, daß diejenigen Familien, denen eigentlich geholfen werden soll, den wirklich sozial schwachen Familien, dadurch Konkurrenz erwächst im Bereich der Beantragung, daß zu viele von den Möglichkeiten Gebrauch machen wollen. Von Frau Kollegin Dr. Streletz wurde schon erwähnt, daß das natürlich nicht der Sinn dieses Antrags sein kann. Ich will das auch nicht unterstellen, ich will nur auf das Problem aufmerksam machen.

(Frau Philippi [CDU]: Wie lieb von Ihnen!)

— Ich bin immer nett, wenn ich merke, daß es Ihnen um die Sache geht.

(Trageser [CDU]: Das ist immer der Fall!)

Wenn ich vermuten müßte, daß Sie den Antrag nur gestellt haben, um damit in die Presse zu kommen, und nicht, um sich für die Leute einzusetzen, die betroffen sind —

(Lengemann [CDU]: Das war jetzt ohne Zweifel ganz besonders nett von Ihnen! — Weitere lebhaftes Zurufe von der CDU.)

— Aber ich habe doch nur gesagt: Wenn ich vermuten müßte. Ich vermute es ja gar nicht. Das will ich Ihnen auch gar nicht unterstellen. Dann wäre es nämlich in der Tat schlecht.

Meine Damen und Herren, gesagt worden ist auch schon von Frau Kollegin Dr. Streletz, daß bei einer Anhebung dieser Einkommensgrenzen sicherlich auch eine Belastung der Haushalte der Kommunen und des Landes die Folge wäre. Frage: Ist das z. Z. sinnvoll, ist es überhaupt möglich bei den zur Verfügung stehenden Mitteln?

Ein Punkt darf hier natürlich auch nicht vergessen werden, das ist der Umfang der Förderung; diese Frage ist hier meiner Meinung nach nicht im Detail angesprochen worden. Da müßte ja wohl auch einiges geschehen. Sie wissen, in diesem Katalog sind Sätze zwischen 4 und 6 DM veranschlagt. Da wäre in der Tat auch zu überprüfen, ob das noch mit den Einkommensverhältnissen z. Z. übereinstimmt.

Meine Damen und Herren, meine Fraktion stimmt der Beratung dieses Antrags im entsprechenden Ausschuß zu.

(Beifall bei F.D.P. und SPD.)

**Präsident Dr. Wagner:**

Das Wort hat Frau Abg. Philippi.

**Frau Philippi (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will mich ganz kurz fassen, weil es schon so spät ist.

(Beifall bei der SPD.)

Ich möchte nur etwas ganz grundsätzlich sagen. Herr Kollege, Sie werden es nicht fertigbringen, mir hier, nach dem, was



*Frau Philippi*

ich bisher in all den Jahren meiner Mandatsträgerschaft auf anderen Ebenen bewiesen habe und nachdem ich immer mit sozialen Belangen befaßt war, einen Antrag, der demselben Themenkreis dient, einen Antrag, der den sozialen Belangen dienen soll und der die Verhältnisse auf diesem Gebiet verbessern soll, in einen unsozialen Antrag umzudrehen. Das ist das erste.

(Beifall bei der CDU. — Zurufe.)

— Sie haben gesagt, es könnte ein unsozialer Antrag daraus werden. Aber lassen wir das. Es wird Ihnen nicht gelingen.

Ich möchte hier nur eines sagen. Wir haben Stellung genommen zur Familie. Meine Partei hat auf einem großen familienpolitischen Kongreß ganz klar gesagt, welche Bedeutung der Familie innerhalb unserer Gesellschaft zukommt. Darauf zielt auch dieser Antrag ab, nämlich darauf, gerade den sozial schwachen Familien einen Urlaub zu gewähren und ihnen die Möglichkeit zu geben, Familie zu sein, auch einmal im Urlaub.

(Beifall bei der CDU.)

**Präsident Dr. Wagner:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Frau Abgeordnete?

(Frau Philippi [CDU]: Ja, wenn es Ihnen recht ist! — Heiterkeit.)

Herr Abg. Alfred Schmidt!

**Alfred Schmidt (F.D.P.):**

Frau Kollegin, würden Sie mir darin zustimmen, daß ich vorhin nur aufgezeigt habe, daß auch eine gewisse Problematik darin liegt, diese Einkommensgrenze zu erhöhen? Ich will gar nicht darauf eingehen, was Sie auf Ihren Kongressen alles verabschieden;

(Frau Philippi [CDU]: Das glaube ich!)

das ist ja hier nicht wichtig.

(Karl Schneider [SPD]: Sie haben ja 20 Jahre Zeit dazu gehabt!)

Ich nehme an, daß wir gemeinsam bemüht sind, der Sache wegen hier etwas zu verändern. Aber ich habe auf die Gefahren hingewiesen. Gestehen Sie mir das zu, daß ich das so gesagt habe und nicht etwa in der Richtung, als wollte ich Ihnen absprechen, hier in der Sache etwas zu erreichen?

**Frau Philippi (CDU):**

Ich habe nur zitiert. Sie haben gesagt, hier könnte ein sozialer Antrag in einen unsozialen Antrag umgewandelt werden. Das habe ich mir aufgeschrieben, dazu habe ich Stellung genommen. Was Sie im Innersten Ihrer Brust behaupten oder denken oder hier oben denken, das weiß ich nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU.)

Darf ich damit zum Schluß kommen? Ich möchte nur noch eines zu dem sagen, was Frau Kollegin Streletz ausgeführt hat. Ich habe extra deshalb, weil ich mir gedacht habe, daß so etwas kommen kann, denn von Ihrer Partei, Frau Kollegin, gibt es keine Aussagen zur Familienpolitik —

(Lebhafte Zurufe von der SPD.)

— Ja. Aber wie die aussehen! Auf jeden Fall sehen sie nicht so aus, daß man damit Hoffnung tragen könnte, daß dies gemeint und verlangt wird, was wir verlangen und denken. Und deshalb, wenn ich das noch abschließend sagen darf, habe ich in meinem Beispiel als besonderen Härtefall eine alleinstehende Mutter mit drei Kindern herangezogen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

**Präsident Dr. Wagner:**

Meine Damen und Herren, ich habe es vorhin versäumt, dem Kollegen Alfred Schmidt zu seiner ersten Rede in der Plenarsitzung zu gratulieren.

(Allgemeiner Beifall.)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Ältestenrat empfiehlt, diesen Antrag federführend dem Innenausschuß und mitberatend dem Sozialpolitischen Ausschuß zu überweisen. — Ich höre keinen Widerspruch. Damit ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kehren jetzt zu den Punkten zurück, zu denen wir gestern festgelegt haben, daß sie heute behandelt werden sollen. Zunächst rufe ich den Tagesordnungspunkt 8 auf:

**Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Staatsgerichtshofs**

Gestatten Sie mir zunächst einige Bemerkungen vorweg. Der Präsident und der Vizepräsident des Staatsgerichtshofs werden vom Landtag auf die Dauer ihrer Amtszeit als Mitglieder aus der Gesamtheit aller ständigen Mitglieder gewählt. Sie müssen die Befähigung zum Richteramt haben. Zu jeder der beiden Wahlen, sowohl des Präsidenten wie des Vizepräsidenten, bedarf es der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder dieses Hauses. Nachdem in der gestrigen Plenarsitzung von Ihnen die nichtrichterlichen Mitglieder für den Staatsgerichtshof gewählt worden sind und auch die Wahlmänner für die richterlichen Mitglieder die erforderlichen Wahlen vorgenommen haben, ist heute die Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Staatsgerichtshofs möglich.

Ich will Ihnen aber doch noch das Ergebnis der gestrigen Sitzung bekanntgeben.

In ihrer Sitzung am 19. Februar haben die Wahlmänner zur Wahl der richterlichen Mitglieder des Staatsgerichtshofs zu richterlichen Mitgliedern gewählt Herrn Rudolf Mädlich, Präsident des Landgerichts Limburg, und Herrn Walter Wagenknecht, aufsichtsführender Richter am Amtsgericht in Friedberg.

Die Amtszeit des früheren Präsidenten Dr. Schröder endete am 7. November 1974. Er trat allerdings schon zum 30. Juli 1974 als Präsident des Staatsgerichtshofs zurück. Sie erinnern sich, daß wir ihn hier verabschiedet haben. Der Vizepräsident des Staatsgerichtshofs, Herr Karnath, führte die Amtsgeschäfte des Präsidenten des Staatsgerichtshofs bis zum heutigen Tage, obwohl auch seine Amtszeit schon am 7. November 1974 endete. Allerdings verschob sich die Wahl bis zum heutigen Tage infolge neuer Wahlen zum Hessischen Landtag. — Ich danke Herrn Karnath in Ihrer aller Namen für seine Mitgliedschaft im Staatsgerichtshof seit 1960 und für die Ausübung der Präsidentengeschäfte.

(Beifall.)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Wahlverfahren. Ich glaube, es wird wohl Ihre Zustimmung finden, wenn wir die Wahl sowohl zum Präsidenten als auch anschließend zum Vizepräsidenten in ähnlicher Weise vollziehen, wie wir es gestern bei den Wahlmännern getan haben. Im Augenblick werden an Sie ein Stimmzettel zur Wahl des Präsidenten und ein Stimmzettel zur Wahl des Vizepräsidenten verteilt. Ich rufe die beiden Wahlen nacheinander auf, und nach vollzogener Wahl werde ich Sie bitten, die Stimmzettel in die Urne zu geben, die an Ihnen vorbeigetragen wird. Dann werden wir die Sitzung kurz unterbrechen, um die Stimmen auszuzählen, damit anschließend gleich die Vereidigung vorgenommen werden kann.

Ich darf gleich noch in Abweichung zur Regelung von gestern bitten, daß sich die Abgeordneten Stanitzek, Welteke und Weghorn bereithalten, die Stimmen auszuzählen. — Es widerspricht niemand, auch nicht von den hier Genannten. Dann kann ich wohl Ihre Zustimmung dazu voraussetzen. —

Mir liegt ein schriftlicher Vorschlag für die Wahl des Präsidenten des Staatsgerichtshofs vor. Es wird Herr Dr. Nieders,

*Präsident Dr. Wagner*

Präsident des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs, vorgeschlagen. — Gleich eine Bemerkung hierzu: Heute vormittag kam die telefonische Mitteilung, daß Herr Nieders so schwer erkrankt ist, daß er auf keinen Fall seine Wohnung verlassen kann; der Arzt hat es ihm zwingend untersagt. Dennoch können wir die Wahl hier vornehmen.

Werden weitere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall. Nach § 2 Abs. 3 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof sind alle Wahlen für den Staatsgerichtshof geheim vorzunehmen. Ich bitte daher, daß Sie den Stimmzettel, der für die Wahl des Präsidenten des Staatsgerichtshofs bestimmt ist, jetzt ausfüllen. Die Wahlhandlung hat damit begonnen. — Meine Damen und Herren, ich kann wohl davon ausgehen, daß Sie die Wahlhandlung inzwischen vollzogen haben.

Im Augenblick werden die Stimmzettel für die Wahl des Vizepräsidenten ausgeteilt. Ich habe die Stimmzettel nicht zur gleichen Zeit austeilten lassen, weil beide zufällig weiß sind.

Wir kommen nun zur Wahl des Vizepräsidenten des Staatsgerichtshofs. Vorgeschlagen wurde Herr Rudolf Mädlich, Präsident des Landgerichts Limburg. Werden weitere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall. Dann darf ich bitten, daß Sie wie bei der Wahlhandlung soeben von Ihrem Stimmzettel Gebrauch machen. — Hat jeder einen Stimmzettel? — Das ist der Fall. — Ich darf davon ausgehen, daß Sie in der Zwischenzeit auch diese Wahlhandlung vollzogen haben. Ich bitte, die Stimmzettel in die Urnen einzuwerfen. Beide Stimmzettel können zu gleicher Zeit eingeworfen werden. — Hatten Sie alle Gelegenheit, Ihre Stimmzettel abzugeben?

(Zurufe: Nein!)

— Das Präsidium auch noch nicht. — Ich darf Sie nochmals fragen, ob Sie jetzt alle Ihre Stimmzettel in die Urnen geworfen haben. — Ich stelle fest, daß das der Fall ist. Damit schließe ich die Wahlhandlung. Ich bitte die drei genannten Stimmenzähler, sich bereitzuhalten. Ich unterbreche die Sitzung für zehn Minuten.

(Unterbrechung der Sitzung von 11.09 bis 11.18 Uhr.)

**Präsident Dr. Wagner:**

Meine Damen und Herren! Wir fahren in unseren Beratungen fort. Ich begrüße in unserer Mitte die Mitglieder des Staatsgerichtshofs und heiße sie herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall.)

Ich gebe gleich das Ergebnis der soeben vorgenommenen Wahlen bekannt: Niederschrift über die Wahl des Präsidenten des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen. Vorgeschlagen war Herr Dr. Nieders, Präsident des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs in Kassel. Es ist Ihnen noch in Erinnerung, was ich vorhin sagte, daß er so schwer erkrankt ist, daß er heute an dieser Sitzung nicht teilnehmen kann.

Abgegebene Stimmzettel: 104, ungültige Stimmzettel: keine, Zahl der gültigen Stimmen: 104. Von den gültigen Stimmen entfielen auf den Vorschlag Dr. Nieders 95 Stimmen, Zahl der Nein-Stimmen: 4, 5 Enthaltungen.

Nach § 8 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof bedarf es zur Wahl des Präsidenten des Staatsgerichtshofs der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Landtagsmitglieder, also mindestens 56 Stimmen. Auf Herrn Dr. Nieders entfielen 95 Stimmen. Damit hat er im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigt und ist damit zum Präsidenten des Staatsgerichtshofs gewählt.

(Allgemeiner Beifall.)

Niederschrift über die Wahl des Vizepräsidenten des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen. Vorgeschlagen war Herr Rudolf Mädlich, Präsident des Landgerichts Limburg.

Abgegebene Stimmzettel: 104, ungültige Stimmzettel: keine, Zahl der gültigen Stimmen: 104. Von den gültigen Stim-

*Präsident Dr. Wagner*

men entfielen auf Herrn Mädlich 103 Stimmen. Zahl der Nein Stimmen: 1.

Für die Wahlvoraussetzungen gilt das gleiche, was ich eben zur Wahl des Präsidenten des Staatsgerichtshofs bekanntgegeben habe. Auch hier werden mindestens 56 Stimmen benötigt. Auf Herrn Mädlich entfielen 103 Stimmen. Damit hat Herr Mädlich im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigt und ist damit zum Vizepräsidenten des Staatsgerichtshofs gewählt. Ich beglückwünsche Sie, Herr Mädlich!

(Allgemeiner Beifall.)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

**Vereidigung des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Staatsgerichtshofs**

Wenige Bemerkungen zuvor: Gemäß § 9 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof werden der Präsident und der Vizepräsident des Staatsgerichtshofs vom Landtagspräsidenten vor dem Landtag vereidigt. Da wir am heutigen Tage die Vereidigung des neugewählten Präsidenten nicht vornehmen können, bitte ich nun Herrn Mädlich zu mir.

Herr Mädlich, Sie sind soeben durch das Parlament zum neuen Vizepräsidenten des Staatsgerichtshofs gewählt worden. Ich habe die Aufgabe, Sie zu vereidigen. Der Eid lautet:

Ich schwöre, daß ich ein gerechter Richter sein und die Verfassung getreulich wahren will.

Sie haben die Möglichkeit, die religiöse Eidesformel zu wählen. Ich darf Sie bitten, mir die Eidesformel nachzusprechen.

**Mädlich, Vizepräsident des Staatsgerichtshofs:**

Ich schwöre, daß ich ein gerechter Richter sein und die Verfassung getreulich wahren will, so wahr mir Gott helfe!

**Präsident Dr. Wagner:**

Damit, Herr Vizepräsident, können Sie ab sofort Ihr Amt wahrnehmen. Ich beglückwünsche Sie im Namen des Hauses.

(Allgemeiner Beifall.)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 10 auf:

**Vereidigung des Landesanwalts und seines Stellvertreters**

Auch hier einige Bemerkungen zuvor: Gemäß § 10 Abs. 1 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof werden der Landesanwalt und sein Stellvertreter von jedem Landtag neu gewählt. Die Wahl wurde gestern durch die Wahlmänner vollzogen. Zum Landesanwalt wurde Herr Dr. Lenz wiedergewählt.

(Allgemeiner Beifall.)

Zu seinem Stellvertreter wählten die Wahlmänner Herrn Apel.

(Allgemeiner Beifall.)

Auch die Vereidigung des Landesanwalts und seines Stellvertreters ist vom Landtagspräsidenten vor dem Landtag durchzuführen. Ich bitte Herrn Dr. Lenz und Herrn Apel zu mir.

Herr Dr. Lenz, Sie sind in Ihrem Amt als Landesanwalt wiedergewählt worden. Es entfällt damit die Eidesleistung. Ich verweise Sie auf Ihren bereits früher geleisteten Eid, der Sie auch für Ihre neue Amtszeit bindet, für die ich Ihnen alles Gute wünsche.

(Allgemeiner Beifall.)

Herr Apel, Sie sind erstmalig zum Stellvertreter des Landesanwalts gewählt worden. Die Eidesformel ist bekannt. Ich bitte Sie, mir die Eidesformel nachzusprechen und evtl. nach Ihrer Entscheidung die religiöse Formel zu verwenden.

**Apel, Stellvertreter des Landesanwalts:**

Ich schwöre, daß ich mein Amt gerecht verwalten und die Verfassung getreulich wahren will, so wahr mir Gott helfe.

**Präsident Dr. Wagner:**

Damit können Sie ab sofort das Amt des Stellvertreters des Landesanwalts wahrnehmen. Ich beglückwünsche Sie zu diesem Amt.

(Allgemeiner Beifall.)

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 11** auf:

**Vereidigung der ständigen Mitglieder des Staatsgerichtshofs**

Gemäß § 9 Abs. 1 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof vereidigt der Präsident des Staatsgerichtshofs vor dem Landtag die ständigen Mitglieder bzw. verweist sie, soweit sie wiedergewählt sind, auf ihren früher geleisteten Eid. Ich bitte nun Herrn Vizepräsidenten Mädlich, die Vereidigung vorzunehmen.

**Mädlich, Vizepräsident des Staatsgerichtshofs:**

Ich habe nach dem Gesetz über den Hessischen Staatsgerichtshof die Pflicht, die neugewählten Mitglieder dieses Gremiums zu vereidigen. Ich darf die neugewählten Mitglieder bitten, jetzt vorzutreten. Es handelt sich um die Herren Dr. Strelitz, Dr. Trapp und Knarr. Ich darf Ihnen die Eidesformel vorlesen und Sie dann bitten, nach dieser Eidesformel den Eid zu leisten. Die Formel lautet:

Ich schwöre, daß ich ein gerechter Richter sein und die Verfassung getreulich wahren will.

Sie können die religiöse Eidesformel hinzufügen. Ich darf Sie bitten, den Eid zu leisten.

**Dr. Strelitz, Mitglied des Staatsgerichtshofs:**

Ich schwöre, daß ich ein gerechter Richter sein und die Verfassung getreulich wahren will, so wahr mir Gott helfe.

**Dr. Trapp, Mitglied des Staatsgerichtshofs:**

Ich schwöre, daß ich ein gerechter Richter sein und die Verfassung getreulich wahren will, so wahr mir Gott helfe.

**Knarr, Mitglied des Staatsgerichtshofs:**

Ich schwöre, daß ich ein gerechter Richter sein und die Verfassung getreulich wahren will, so wahr mir Gott helfe.

**Mädlich, Vizepräsident des Staatsgerichtshofs:**

Herzlichen Dank! Die übrigen bestätigten Richter — es handelt sich um Herrn Wagenknecht als richterliches Mitglied, um Herrn Mangold, Herrn Rolleri und Herrn Platner — darf und muß ich auf den früher geleisteten Eid verweisen. Ich darf auch Sie bitten, Ihr Amt im Sinne dieses Eides wahrzunehmen und die Verfassung dieses Landes getreulich zu wahren.

**Präsident Dr. Wagner:**

Ich danke Ihnen, Herr Vizepräsident. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen. Die Mitglieder des Staatsgerichtshofs werden, wie bekannt, um 11.30 Uhr in den Raum neben den Plenarsaal gebeten.

Ich rufe **Punkt 19** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Abg. Buss, Frau Beckmann, Borsche, Frank, Friedrich, Lenz, Trageser (CDU) und Fraktion betreffend Schulentwicklungsplan III der Stadt Frankfurt (Main) — Drucks. 8/178 —**

Zur Begründung hat Herr Abg. Borsche das Wort.

**Borsche (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Unser Ihnen vorliegender Antrag hat in diesen Tagen noch erheblich an Aktualität dadurch gewonnen, daß aus dem Raume Frankfurt, um dessen Schulentwicklungsplan III es

**Borsche**

in diesem Antrag geht, ein Brief an die zuständigen Behörden in Wiesbaden, Darmstadt und Frankfurt gerichtet worden ist, und zwar von der Ernst-Reuter-Gesamtschule. Mit diesem Brief wird die Öffentlichkeit aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen und einzuleiten, um den Zerstörungsaktionen, Frustrationen, Kindesmißhandlungen, Aggressionen u. ä. m., die sich in der Umgebung dieser integrierten Gesamtschule in den letzten Wochen und Monaten gehäuft haben, entgegenzutreten. Dabei haben Schulleitung und Elternbeirat praktisch nur eine Alternative aufzeigen können, nämlich entweder durch den Einsatz zusätzlicher Kräfte die totale Freizeitgestaltung zu ermöglichen oder den Personalbestand des Polizeireviers 14 in der Frankfurter Nordweststadt zu erhöhen.

Für uns ist das ein Zeichen, daß dieser Modellversuch, daß diese integrierte Gesamtschule in Frankfurt praktisch am Ende ist. Ihre pädagogischen Mittel reichen nicht aus. Der Versuch hat seine Bewährungsprobe bisher nicht bestanden. Das muß man mit in die Betrachtungen einbeziehen, die wir zum Schulentwicklungsplan III anzustellen haben, der von der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt im September des vergangenen Jahres verabschiedet worden ist. Mit der Verabschiedung dieses Schulentwicklungsplanes haben die Frankfurter Stadtverordneten von ihrem Recht — oder von dem Recht des Schulträgers — Gebrauch gemacht und haben ihrer Verpflichtung genügt, einen Schulentwicklungsplan vorzulegen. Insoweit stimmen wir mit diesem Vorgang durchaus überein. Unsere Bedenken richten sich aber gegen die Tatsache, daß im Schulentwicklungsplan III, der Gegenstand dieses Antrages ist, für die Gestaltung des Schulwesens in Frankfurt (Main) Richtlinien beschlossen wurden, die mit den bestehenden Gesetzen dieses Landes nicht vereinbar sind.

In dieser Beurteilung wissen wir uns einig mit der überwiegenden Mehrheit der Eltern in Frankfurt, die in zahlreichen Eingaben, Resolutionen, Widersprüchen usw. auf diese Situation hingewiesen und Abhilfe erbeten haben. Auch die Schuldeputation beim Magistrat der Stadt Frankfurt hat sich diesen Meinungsäußerungen angeschlossen. Der Magistrat der Stadt Frankfurt hat sich aber darüber hinweggesetzt und die Magistratsvorlage, den Schulentwicklungsplan III beinhalten, zur Verabschiedung gebracht.

Dabei wurden die Stellungnahmen zahlreicher Eltern, von Schulelternbeiräten, von in Volkshochschulkursen mit diesem Schulentwicklungsplan bekanntgemachten Eltern und ähnlichen Personen mehr in der öffentlichen Sitzung des Frankfurter Stadtparlaments abqualifiziert als Äußerungen von Privilegienbewahrern, als Äußerungen von Interessenvertretern, über die man hinweggehen könnte. In der entsprechenden Magistratsvorlage heißt es hierzu wörtlich:

Die vehement und kontrovers geführten Diskussionen haben deutlich gemacht, daß Schulentwicklung in erster Linie ein gesellschaftspolitisches Anliegen ist, das im Grundsatz nur politisch entschieden werden kann.

Soweit dieses Zitat aus der Magistratsvorlage, aus dem für uns deutlich hervorgeht, daß es hier nicht um eine sachliche Entscheidung, sondern daß es hier um eine gesellschaftspolitische Entscheidung geht, die gegen den Willen der Eltern durchgesetzt werden soll und die — wie wir aufzeigen werden — auch an einigen Stellen mit den bestehenden Gesetzen unseres Landes nicht in Deckung zu bringen ist.

Die Entscheidung über den Schulentwicklungsplan III ist im September 1974 gefallen. Der Kultusminister allerdings schreibt noch am 12. Februar 1975 auf eine Eingabe von Eltern aus Frankfurt, daß seines Wissens die Entscheidung noch nicht gefallen sei und er demzufolge zu dem Schulentwicklungsplan III noch gar nicht Stellung nehmen könne und auch die kritischen Punkte, die, wie er selbst einräumt, seiner Zustimmung bedürften, wenn sie verwirklicht werden sollten, noch gar nicht zu beurteilen in der Lage sei.

**Borsche**

Es geht um drei wesentliche Punkte, die in diesem Schulentwicklungsplan III angesprochen worden sind und derenwegen wir darum bitten, die Einzelmaßnahmen, die zustimmungsbedürftig sind, nicht mit der Genehmigung des Kultusministers zu versehen. 1. Punkt: Vorverlegung des Einschulungsalters auf die Zeit nach dem vollendeten 5. Lebensjahr. Das kann der Schulträger unseres Erachtens nicht isoliert durchführen. Hier muß auf die Landeseinheitlichkeit, Bundeseinheitlichkeit und auf die bestehende Gesetzeslage Rücksicht genommen werden. Demzufolge ist in diesem Punkt die Zustimmung zu verweigern.

Der zweite Punkt betrifft die in dem Schulentwicklungsplan angesprochene und angezielte Horizontalisierung des gesamten Schulwesens in Frankfurt. Die Stufenschule soll in Frankfurt als Regelschule eingeführt werden. Das käme der totalen Aufhebung der vertikalen Gliederung des Schulwesens gleich und stellt unseres Erachtens einen Verstoß gegen das Hamburger Abkommen aus dem Jahre 1964 dar, in dem sich seinerzeit die Bundesländer zur Wahrung der Einheitlichkeit im deutschen Schulwesen verpflichtet haben und in dem sie außerdem im einzelnen festgelegt haben, wie die Schulformen vertikal gegliedert sind, unter welchen Umständen Übergänge von einer zur anderen Schulform möglich sein müssen, sein sollen und sein können und vieles andere mehr.

Das Frankfurter Vorhaben, so wie es im Schulentwicklungsplan III niedergelegt ist, ignoriert dieses Hamburger Abkommen und zielt auf die Verwirklichung der — und das ist der dritte und für uns wesentliche Punkt — integrierten Gesamtschule als Regelschule im gesamten Stadtgebiet Frankfurt hin.

Auch hierzu zwei Zitate aus der Magistratsvorlage, die von den Stadtverordneten mehrheitlich verabschiedet worden ist. Es heißt 1.:

Die Verwirklichung dieser Ziele

— dabei geht es um die weiter vorn in dieser Vorlage beschriebenen Ziele des Magistrats —

für den Sekundarstufenbereich I bedingt die Organisationsform der integrierten Gesamtschule.

Und an anderer Stelle heißt es:

Dies ist nur möglich durch eine Integration der beruflichen und allgemeinen Bildungsziele im Sekundarbereich II.

Hier ist eine klare Entscheidung für die integrierte Gesamtschule ausgesprochen.

Wolfgang Klein hat in einer seiner Schriften unter dem Titel „Gesamtschule — Bilanz ihrer Praxis“ eine solche Entscheidung zur integrierten Gesamtschule als Bekenntnis zur aktiven Gesellschaftsveränderung bezeichnet.

(Rohlmann [SPD]: Wer ist das?)

Durch unseren Antrag wollen wir von der neuen Landesregierung eine eindeutige Stellungnahme dazu, wie Sie es denn von der Koalition mit der integrierten Gesamtschule in Zukunft halten wollen, erreichen. Die Genehmigung der entsprechenden Maßnahmen, die im Schulentwicklungsplan III der Stadt Frankfurt angedeutet und im einzelnen niedergelegt sind, würde der Aussage in der Koalitionsvereinbarung widersprechen, der Aussage, die da lautet: Bis dahin — bis nämlich eine Konsolidierung der laufenden Gesamtschulversuche erreicht ist — werden keine zusätzlichen Schulversuche mit integrierten Gesamtschulen zugelassen. Das heißt also: Wenn die Koalitionsvereinbarung wirksam würde, dürften die für Frankfurt vorgesehenen integrierten Gesamtschulen im Sekundarstufenbereich I und im Sekundarstufenbereich II in der nächsten Zeit nicht Wirklichkeit werden, und es wäre insoweit dem Schulentwicklungsplan III die Zustimmung zu verweigern.

Dieser Passus in der Koalitionsvereinbarung, daß es zu einer Konsolidierung der Gesamtschulversuche kommen müßte und weitere Versuche im Augenblick nicht zugelassen

**Borsche**

werden dürften, ist doch sicherlich nicht nur in Anbetracht der herrschenden Geld- und Personalknappheit in dieses Papier hineingekommen, sondern wohl auch in der Erkenntnis, daß die integrierten Gesamtschulen ihre Bewährungsprobe noch immer nicht bestanden haben.

Und ein besonders deutliches Beispiel dafür dürfte das eingangs von mir zitierte Modell Ernst-Reuter-Schule in Frankfurt am Main sein. Und deswegen, weil uns dieses Beispiel in Frankfurt so dicht vor Augen steht und weil uns gerade jetzt in den letzten Tagen dieser Hilferuf bekanntgeworden ist, meinen wir, ist es geboten, diesem Antrag zuzustimmen. Denn die Eltern, Lehrer und Schüler in Frankfurt würden es kaum verstehen, daß nach einer solchen Bankrotterklärung des Gesamtschulmodells, wie es dieser vierseitige Brief aus der Ernst-Reuter-Schule in Frankfurt darstellt, nun die Zustimmung dazu gegeben würde, daß in Frankfurt weitere Schulen dieser Art eingerichtet werden.

In Anbetracht dieser Situation und in Anbetracht der Tatsache, daß auch in Frankfurt die Schulentwicklung wieder in Bahnen gelenkt werden muß, die den Kindern und Heranwachsenden eine Befriedigung ihres Anspruches auf angemessene Bildung gewährleisten, die den Lehrern und Pädagogen die Möglichkeit geben, diesem Anspruch gerecht zu werden und Schulunterricht in moderner Form zu erteilen, in Anbetracht dieser Vorgänge bitten wir Sie, unserem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall bei der CDU.)

**Vizepräsident Schäfer:**

Das Wort hat Frau Abg. Dr. Engel.

**Frau Dr. Engel (F.D.P.):**

Herr Präsident, meine Herren, meine Damen! Dieser Antrag betreffend Schulentwicklungsplan III der Stadt Frankfurt am Main hat schon eine Geschichte hinter sich. Er stand bereits auf der Tagesordnung der letzten Plenarsitzung, wurde dann zurückgezogen, erschien wieder auf der vorläufigen Tagesordnung zu dieser Sitzung und liegt nun, nachdem offensichtlich Bedenken, die gegen die erste Fassung geltend gemacht worden sind, auf fruchtbaren Boden fielen, in einer neuen Formulierung vor. All dies hat allerdings wenig genützt. Das heißt, Herr Borsche, diese Prozedur hat keineswegs dazu geführt, aus einem schlechten Antrag einen guten zu machen,

(Beifall bei F.D.P. und SPD.)

im Gegenteil, aus einem formal fehlerhaften Antrag — Schulentwicklungsplanung als Ganzes unterliegt eben nicht der Genehmigung des Kultusministeriums — ist ein inhaltlich fragwürdiger geworden. Gemeinsam haben beide Formulierungen, daß hier in eklatanter Weise gegen Artikel 27 der hessischen Verfassung, den Grundsatz der Selbstverwaltung der Gemeinden, verstoßen werden soll. Sie muten diesem Parlament zu, meine Herren und Damen von der Opposition, Mehrheitsbeschlüsse eines Stadtparlaments zu unterlaufen,

(Beifall bei F.D.P. und SPD.)

indem wir durch Beschluß der Exekutive Auflagen machen sollen, die die Durchführung jener Beschlüsse hinfällig machen. Auf diese Weise könnte die gesamte Schulentwicklung Hessens lahmgelegt werden; denn von fast allen hessischen Schulträgern werden zur Zeit Schulentwicklungspläne aufgestellt, und fast überall werden sie hart umkämpft, wobei die Fronten sehr unterschiedlich verlaufen.

Es dürfte Ihnen selbst klar sein, daß Sie hier eine Entscheidung verlangen, die keine Entscheidung des Landtags ist. Das hat nichts mit unserer Beurteilung des Frankfurter Schulentwicklungsplans III zu tun. Wir sind durchaus der Meinung, daß der Schulträger mit seiner ursprünglichen Vorlage zu Recht auf Widerstand bei der Bevölkerung und bei der weit überwiegenden Zahl der Elternbeiräte gestoßen ist. Wir

*Frau Dr. Engel*

bedauern es, daß politisch langfristige Zielsetzungen, die wir teilen, durch mangelndes Fingerspitzengefühl in Mißkredit geraten sind, und wir halten die Art und Weise, wie der ursprüngliche Plan ohne Rücksicht auf Verluste im wahrsten Sinne des Wortes gewachsene Organismen aufzulösen vorsah, auch aus pädagogischen Gründen für fragwürdig.

**Vizepräsident Schäfer:**

Frau Abg. Dr. Engel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Borsche?

(Frau Dr. Engel [F.D.P.]: Ja!)

Herr Abg. Borsche!

**Borsche (CDU):**

Frau Kollegin Dr. Engel, darf ich Sie fragen, wie Sie es mit Ihrer hier bekräftigten Übereinstimmung mit den Einwendungen der Elternschaft gegen den Schulentwicklungsplan III in Einklang bringen, daß Ihre Fraktion im Frankfurter Stadtparlament diesem Schulentwicklungsplan III zugestimmt hat?

**Frau Dr. Engel (F.D.P.):**

Das kann ich Ihnen gern beantworten, Herr Borsche: da meine Fraktion im Frankfurter Stadtparlament sehr wesentliche Änderungen an diesem Schulentwicklungsplan bewirkt hat und er in der jetzt vorliegenden Ausführung nach unserer Auffassung durchaus akzeptabel ist.

Ich möchte als Beispiel für das mangelnde Fingerspitzengefühl, von dem ich eben sprach, auf das Lessing-Gymnasium verweisen. Warum sollte eine solche Schule, die im besten Sinne lebendige Tradition verkörpert — und auch in einer Zeit gesellschaftlichen Wandels brauchen wir lebendige Tradition —, die unter anderem durch ihr weit über die Grenzen von Frankfurt hinaus bewundertes Schulorchester bekannt ist — und so etwas entsteht eben nicht in wenigen Jahren —, warum sollte eine solche Schule nicht auch in einem reformierten Schulwesen ihren pädagogischen Auftrag erfüllen können?

(Trageser [CDU]: Und wie ist es mit der Nordweststadt-Schule?)

Ein anderes Beispiel: Können wir auf Reformimpulse, wie sie beispielsweise die Liebig-Schule aus sich heraus entwickelt hat, im Zuge einer schematischen Umstrukturierung ohne weiteres verzichten? Wenn es uns um die Chancengleichheit ernst ist, wohl kaum. Immerhin bringt dieses Gymnasium einen so hohen Anteil an Arbeiterkindern zum Abitur, wie wir es von den künftigen Gesamtschulen nur wünschen können.

(Frau Beckmann [CDU]: Und dann kriegen sie keine Arbeit!)

Da die Antragsteller alle Frankfurter Abgeordnete sind, müßten sie doch wissen — Herr Borsche, Sie besonders —, daß der Schulentwicklungsplan im Laufe der zweijährigen Diskussion, die in breiter Öffentlichkeit zu Recht sehr heftig geführt worden ist, beträchtliche Modifizierungen erfahren hat — ich wies schon darauf hin —, Modifizierungen, die durch Änderungsanträge unserer Freunde in der Frankfurter Stadtverordnetenfraktion erreicht worden sind. Die Gefahr einer allgemeinen Gleichmacherei im Zuge der Umstrukturierung des Schulsystems von der vertikalen Gliederung nach Schulformen zur horizontalen Gliederung nach Stufen ist gebannt. Unsere Freunde in Frankfurt werden auch weiterhin dafür sorgen, daß Art und Tempo der Schulentwicklung nur in pädagogisch vertretbarer Weise verwirklicht und nicht im Eilverfahren durchgezogen werden, wie Sie der Öffentlichkeit weismachen wollen.

*Frau Dr. Engel*

Ein deutliches Zeichen finden Sie in Punkt 4 und 5 des mittelfristigen Konzeptes:

Jede Maßnahme ist der Stadtverordnetenversammlung unter Beachtung der in den hessischen Schulgesetzen und Rechtsverordnungen vorgeschriebenen Regelungen, das heißt also auch unter Zustimmung der Elternbeiräte, erneut vorzulegen.

Die Opposition will offensichtlich auch hier wie im Wahlkampf bei der Frankfurter Bevölkerung den Anschein erwecken, als stünde die Umkrempelung des gesamten Frankfurter Schulsystems unmittelbar bevor.

Sie wissen doch besser, daß dieser Schulentwicklungsplan unter zwei Gesichtspunkten zu sehen ist. Einmal geht es um langfristige Zielvorstellungen auf dem Boden der Empfehlungen der Bund-Länder-Kommission, nämlich um die Gliederung des Schulwesens nach Stufen. Dieser Prozeß wird einen beträchtlichen Zeitraum in Anspruch nehmen, sicherlich sogar mehr als bis zum anvisierten Jahr 1985. Man kann zweifellos die Frage stellen, wieweit es überhaupt sinnvoll ist, ausgerechnet in den Städten ein solches Konzept derart dezidiert auszuarbeiten, wo durch das Angebot an weiterführenden Schulen einerseits und das Vorhandensein gewachsener pädagogischer Einheiten, sprich Schulen, andererseits ein solches Vorhaben mit beträchtlichem Widerstand zu rechnen hat, während dort, wo das pädagogische Angebot durch die Errichtung von Gesamtschulen erweitert und verbessert wird, die Bereitschaft der Betroffenen für neue Formen naturgemäß groß ist.

Aber abgesehen davon, die konkreten Vorstellungen im mittelfristigen Konzept, um die es hier geht — und nur damit können wir uns hier überhaupt beschäftigen —, können wohl im Ernst auch nicht von den Gegnern einer Stufengliederung des Schulwesens angegriffen werden. Denn hier geht es darum — und dazu ist eben Planung notwendig —, ein ausgewogenes Bildungsangebot über das ganze Stadtgebiet zu verteilen. Nur mit dem mittelfristigen Konzept haben wir es hier zu tun. Alles andere liegt zur Zeit wohl weitgehend im Bereich der Utopie.

Ich will hier nur auf einige wenige Maßnahmen hinweisen, um die Fragwürdigkeit Ihres Antrags zu zeigen. Genehmigungspflichtig ist beispielsweise die Errichtung von Eingangsstufen. Vierzehn sind im mittelfristigen Schulkonzept beantragt. In den Ausführungen des Frankfurter Oppositionssprechers wurde deutlich, daß auch die CDU für den Ausbau des Elementarbereiches positiv gestimmt ist. Dazu bedarf es aber doch zunächst einmal der Einführung der genannten Eingangsklassen.

Weiter werden fünf Gesamtschulen beantragt — ich brauche Ihnen das nicht zu erzählen — für Stadtteile, in denen bisher kein Angebot an weiterführenden Schulen besteht, davon drei additiv und zwei integriert. Wie auch von Ihrer Stadtverordnetenfraktion vertreten, sind die beiden als integrierte Gesamtschulen vorgesehenen Schulen für diese Organisationsform prädestiniert. Denn es wäre doch wohl mehr als sinnvoll, wenn man die einzige Ganztagschule in Frankfurt tatsächlich in die Integration überführte, zumal es sowohl vom Kollegium als auch vom Elternbeirat gewünscht wird.

Wie Sie sehr wohl aus der Koalitionsvereinbarung wissen — Sie haben darauf hingewiesen —, kann kaum damit gerechnet werden, daß das Kultusministerium die entsprechenden Genehmigungen erteilen können wird. Aber daß wir als Parlament eingreifen sollen, kann doch wohl nicht Ihr Ernst sein.

Ich beschränke mich auf diese Beispiele; denn es erscheint uns nicht sinnvoll, die Frankfurter Schuldebatte in diesem Hause fortzusetzen.

(Beifall Dr. Brans F.D.P.)

Aber diese angeführten Beispiele dürften ausreichen, um die Absurdität dieses Antrages deutlich zu machen, abgesehen

*Frau Dr. Engel*

von der eingangs erwähnten Unzuständigkeit dieses Hauses. Meine Fraktion ist deshalb der Meinung, daß es nicht sinnvoll wäre, diesen Antrag dem Ausschuß zu überweisen. Wir sind der Meinung, er sollte bereits hier im Plenum abgelehnt werden.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

**Vizepräsident Schäfer:**

Das Wort hat Herr Abg. Holzapfel:

**Holzapfel (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als ich Ende vergangenen Jahres in Frankfurt mein Stadtverordnetenmandat niederlegte, habe ich nicht damit gerechnet, daß ich hier so bald einem Versuch gegenüberstehen würde, die dort begonnene Debatte im falschen Saal fortzuführen. Schließlich ist in den letzten Jahren in einer ganzen Reihe von Landkreisen in Hessen der Versuch unternommen worden — so wie auch in Frankfurt —, regionale Schulentwicklungspläne aufzustellen, die vom Hessischen Schulentwicklungsplan ausgehen und versuchen, den Weg zur Stufenschule zu beschreiben und zu entwickeln, wie er in der Zwischenzeit auch durch den Bildungsgesamtplan der Bund-Länder-Kommission bestätigt worden ist.

Die CDU hat sich bei diesen verschiedenen regionalen Schulentwicklungsplänen als Partei unterschiedlich verhalten. Es gibt Pläne, denen Sie zugestimmt haben, es gibt Pläne, die Sie abgelehnt haben, so wie ja überhaupt Ihre Art von Schulpolitik dadurch gekennzeichnet ist, daß sie vor Ort von einem regionalen Opportunismus getragen ist, während Sie hier im Landtag zugleich versuchen, uns das Bild einer geschlossenen Konzeption deutlich zu machen.

(Beifall bei der SPD.)

Sie haben dabei bisher allerdings immer respektiert, daß die Ebene, auf der über die Realisierung regionaler Schulentwicklungspläne und die Einzelmaßnahmen zu entscheiden ist, das sachliche Gespräch mit dem zuständigen Ressortminister ist, so wie es als Genehmigung von Einzelmaßnahmen in § 20 des Schulverwaltungsgesetzes auch vorgesehen ist. Dies, meine Damen und Herren von der CDU, ist der erste Versuch, dieses Landesparlament zu dem Zensor eines Kommunalparlaments zu machen

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

und die Sachentscheidung des Ministers durch einen bildungspolitischen Rundumschlag zu ersetzen, alles einfach abzulehnen, nur weil es aus Frankfurt kommt; denn dies ist der Inhalt Ihres Antrages.

Dieser Antrag hat ja — und darauf ist Frau Dr. Engel bereits eingegangen — eine interessante Vorgeschichte, die Sie erfreulicherweise mit der Vorlage der Drucksache 8/77 auch dokumentiert haben, als Sie zunächst beantragt haben, daß der Kultusminister etwas nicht genehmigen soll, was zu genehmigen ohnehin nicht seines Amtes ist. Daß dieser Antrag als Landtagsdrucksache dokumentiert ist, finde ich insofern wertvoll und wichtig, als er ein schönes Beispiel für die Art und Weise ist, in der Sie Bildungspolitik betreiben. Da geht es darum, richtige rechte Gesinnung zu demonstrieren. Ob das schulrechtlich oder inhaltlich sinnvoll ist, ist eine Frage, die man erst auf der zweiten Ebene zu diskutieren hat.

(Beifall bei der SPD.)

Überraschend an dem Antrag Drucks. 8/77 ist daher nicht so sehr, daß Sie ihn eingebracht haben, sondern daß Sie ihn zurückgezogen haben. Offensichtlich ist, nachdem die Frankfurter Kollegen von der CDU ihre Unterschrift darunter gesetzt haben und nachdem auch Herr Milde seine Unterschrift darunter gesetzt hatte, dann doch noch einer des Weges gekommen, der sich den Luxus leistet, über etwas Sachverstand zu verfügen, und der Ihnen deutlich gemacht

*Holzapfel*

hat, daß dieser Antrag schon aus formalen Gründen überhaupt nicht Gegenstand einer wie auch immer gearteten Beschlußfassung sein kann. Nur, was dann als neuer Antrag herausgekommen ist, ist eigentlich noch schlimmer als das erste. Vor allem haben Sie eines vergessen: Sie haben vergessen, bei der Veränderung dieses Antrages dies auch dem Kollegen Borsche mitzuteilen. Denn Herr Kollege Borsche hat hier nicht nur im falschen Saal diskutiert, er hat auch offensichtlich zu einem ganz anderen Antrag gesprochen als dem, der hier vom Herrn Präsidenten aufgerufen worden ist.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Was hier zur Debatte steht, ist eine Vorlage, in der im einzelnen Maßnahmen für die nächsten Jahre von der Stadt Frankfurt beantragt werden sollen. Sie haben hier ausführliche Debatten über die integrierte Gesamtschule geführt, obwohl die integrierten Gesamtschulen ganze 2 von 27 Maßnahmen sind, um die es hier in der M 195 geht. Hier geht es u. a. um die schon erwähnten Eingangsstufen, denen Sie in Frankfurt zugestimmt haben. Hier geht es darum, einen Antrag zu stellen, einen Schulversuch in der Grundschule für verhaltensgestörte Kinder zu entwickeln, den nach der Absicht Ihres Antrages der Kultusminister offensichtlich ablehnen soll. Hier geht es u. a. darum, 3 Schulen nach § 8 als schulformbezogene Gesamtschulen durch den Kultusminister ablehnen zu lassen, obwohl sich darunter nur Schulen befinden, für die Sie in den jeweiligen Stadtteilen mit Macht eingetreten sind, wenn ich nur an das Beispiel Nieder-Eschbach denke.

(Dr. Brans [F.D.P.]: Hört, hört! — Stein [F.D.P.]: Das ist aber nicht neu!)

Und um das Ganze nun wirklich zur Komödie zu machen: Hier geht es darum, abzulehnen, daß in Frankfurt Berufsgrundschuljahre eingerichtet werden. Dies beantragen Sie im Hessischen Landtag mit Datum vom 6. 2., und zwei Tage vorher haben Ihre Kollegen von der CDU-Fraktion im Schulausschuß der Stadt Frankfurt am 4. 2. der Vorlage des Magistrats für die Einrichtung der Berufsgrundschuljahre zugestimmt.

(Heiterkeit bei der SPD. — Klocksin [SPD]: Das ist die Glaubwürdigkeit!)

Wenn Sie dies als eine Politik betrachten, mit der Sie hier eine Alternative erklären könnten, dann muß ich Ihnen sagen, daß das nicht funktionieren wird, obwohl ich verstehe, daß Herr Borsche hier versucht hat, über den konkreten Inhalt dieses Antrages gar nicht zu reden. Er würde Sie nämlich in große Schwierigkeiten bringen. Er würde beispielweise dem Herrn Kollegen Trageser, der ohnehin schon soviel vertreten muß, was er nur schwer vertreten kann, jetzt auch noch das Problem bringen, nach Nieder-Eschbach gehen und den Nieder-Eschbachern erklären zu müssen, weshalb er eigentlich im Landtag beantragt, die Otto-Hahn-Schule nicht zu genehmigen, während er sich zugleich vor Ort für diese Otto-Hahn-Schule so stark gemacht hat.

Man müßte dann beispielsweise fragen, was eigentlich die Kollegen Frank und Friedrich, die mit mir zusammen Frankfurter Stadtverordnete waren, in den letzten Jahren bei den Einzelabstimmungen in Frankfurt gemacht haben, in wieviel Fällen sie eigentlich ihre Hand hochgehoben haben, offensichtlich falsch hochgehoben haben, und ob es bei Ihnen üblich ist, daß der alte Adenauersche Grundsatz: Was kümmert mich mein dummes Geschwätz von gestern! offensichtlich auch Ihre Definition vom freien Mandat des Abgeordneten ist, der in Frankfurt so und in Wiesbaden anders entscheiden kann.

(Beifall bei der SPD.)

Wenn ich nicht davon ausgehe, daß Doppelzüngigkeit eine bei Ihnen geforderte Eingangsqualifikation für einen CDU-Abgeordneten ist,

(Trageser [CDU]: Das ist eine Frechheit!)



**Holzappel**

dann muß ich Sie ernsthaft bitten, uns zuzustimmen und es gemeinsam in diesem Hause abzulehnen, daß wir uns mit diesem in der Sache und im Verfahren unseriösen Antrag im Kulturpolitischen Ausschuß überhaupt beschäftigen.

(Beifall bei SPD und F.D.P. — Dr. Schwarz-Schilling [CDU]: Diese Bemerkungen balten wir nur einem Neuling zugute!)

**Vizepräsident Schäfer:**

Herr Abg. Holzappel, ohnè bei Ihnen in Schwierigkeiten zu kommen, darf ich feststellen, daß das Ihre Jungferrede war.

(Beifall bei der SPD.)

Herzlichen Glückwunsch! — Das Wort hat Herr Abg. Frank.

**Frank (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Zurufe.)

„Er traut sich noch nach dieser Rede“, denn ich komme ja von der sozialistischen Spielwiese Frankfurt, und wir haben ja in ähnlicher Weise diese Debatte geführt.

(Beifall bei der CDU. — Lachen bei der SPD.)

Weil ich von dieser sozialistischen Spielwiese Frankfurt komme, bin ich sehr gut in der Lage zu berichten, wie es wirklich in Frankfurt war. Ich muß sagen, Frau Dr. Engel, Sie sind schlecht unterrichtet über das, was Ihre Fraktion in Frankfurt beschlossen hat.

(Zuruf Nitzling [SPD].)

Sie haben gesagt, Sie hätten wesentliche Änderungen eingebracht. Das waren ein paar Schönheitskorrekturen, die Sie angebracht haben,

(Krüger [F.D.P.]: Das ist nur mangels Sachverstand bei Ihnen so angekommen!)

und Sie haben der Schulentwicklungsplanung in Frankfurt zugestimmt. Herr Holzappel, Sie haben vergessen, darauf hinzuweisen, daß es die CDU in Frankfurt war, die eine gute Alternative vorgelegt hat. Das ist die alte Platte, die Sie gestern den ganzen Tag hier haben laufenlassen von der Alternative. In Frankfurt hat es eine Alternative gegeben, eine vernünftige Alternative,

(Nitzling [SPD]: Das war eine alte Naive, nicht eine Alternative! — Heiterkeit bei der SPD.)

die sich aufgebaut hat auf der Zusammenarbeit mit den Betroffenen, mit den Lehrern und mit der Elternschaft.

Auf Grund dieser Alternative haben wir einen Änderungsvorschlag mit 19 Änderungen gemacht. Diese 19 Änderungen hätten wesentliche Verbesserungen im Frankfurter Schulwesen bewirkt.

Frau Dr. Engel, Sie sagen, der Antrag sei eine schlechte Sache.

(Zurufe von der SPD: Sehr richtig!)

Darüber kann man im einzelnen reden.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

— Sie haben an der falschen Stelle geklatscht.

(Beifall bei der CDU.)

Denn ich wollte Ihnen gerade sagen, daß nicht der Antrag schlecht ist, sondern daß es eine schlechte Sache ist, die Sie damals in Frankfurt verabschiedet haben

(Sehr richtig! und Beifall bei der CDU.)

und daß ich es heute als meine Aufgabe ansehe, noch einmal diese schlechte Sache in aller Deutlichkeit hier vor dem Landparlament darzulegen.

In ein paar kurzen Worten: Worum geht es denn eigentlich bei diesem Schulentwicklungsplan III und bei unserem An-

**Frank**

trag? Sehen Sie, in Frankfurt sollte doch dieses sozialistische Musterbeispiel einmal durchehexert werden.

(Zuruf von der SPD: Auf der Spielwiese!)

Das sozialistische Musterbeispiel hatte begonnen mit der Einführung der Rahmenrichtlinien, und für die brauchte man nun doch ein Experimentierfeld. Da glaubte man, in Frankfurt könnte man das mit der noch vorhandenen SPD-Mehrheit im Stadtparlament einmal ausprobieren. Daraufhin hat man die Kitas eingeführt; das ist die erste Stufe der Durchführung der Rahmenrichtlinien,

(Lachen bei SPD und F.D.P. — Krüger [F.D.P.]: Wissen Sie überhaupt, um was es hier geht?)

und dann war man geneigt, über den Schulentwicklungsplan III in seiner ersten Fassung eine Einheitsschule in Frankfurt einzuführen, und zwar eine Einheitsschule, wie wir sie ja schon kennen in der Ernst-Reuter-Schule, die heute so große Schwierigkeiten hat.

Die Diskussion hat in anderthalb Jahren gezeigt, daß die Frankfurter Bevölkerung nicht bereit ist, — —

**Vizepräsident Schäfer:**

Herr Abg. Frank, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Krüger?

**Frank (CDU):**

Zum Schluß!

Die anderthalbjährige Diskussion hat gezeigt, daß die Frankfurter Bevölkerung nicht gewillt ist, sich ihr Schulsystem zerschlagen zu lassen.

(Beifall bei der CDU. — Frau Vorbeck [SPD]: Deswegen hat sie die SPD gewählt!)

Die überwiegende Mehrzahl der Stellungnahmen der Schulenternbeiräte spricht sich gegen den Schulentwicklungsplan III aus. Alle Stellungnahmen der Fachgremien sind gegen den Schulentwicklungsplan III. Trotzdem hat die Abstimmungsvalze der SPD in Frankfurt diese neue Magistratsvorlage durchgepaukt mit ihren Stimmen und unter Mithilfe der Stimmen der F.D.P. Das muß eindeutig festgestellt werden.

Nun noch einmal die Frage: Was wollen wir mit unserem Antrag erreichen?

(Krüger [F.D.P.]: Ja, ja!)

Unser Antrag soll den Herrn Kultusminister zu einer klaren Aussage bringen, wie er es in Zukunft mit dem Frankfurter Schulsystem halten will. Soll das Frankfurter Schulsystem uniformiert werden nach den Vorstellungen, wie sie im Schulentwicklungsplan III niedergelegt sind, oder soll, wie es auch in der Koalitionsvereinbarung zum Ausdruck kommt, ein differenziertes Schulsystem in Frankfurt weiterhin möglich sein? Das ist eine entscheidende Frage. Dies geht nicht aus der Magistratsvorlage hervor. Sie enthält ja den Satz, sie solle nur die Einleitung sein für die Einführung der integrierten Gesamtschule in Frankfurt. Hier muß eine klare Aussage des Kultusministers auf dem Tisch liegen; das ist er den Frankfurter Bürgern schuldig.

(Beifall bei der CDU.)

**Vizepräsident Schäfer:**

Auch hier, meine Damen und Herren, möchte ich anmerken: die Erstlingsrede des Abg. Frank. Herzlichen Glückwunsch!

(Allgemeiner Beifall.)

Nun hat das Wort Herr Abg. Borsche.

**Borsche (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil einige Dinge geradzurück sind,

(Krüger [F.D.P.]: Jetzt korrigiert er den Frank!)

Es ist wohl kaum angängig, daß sich die kulturpolitische Sprecherin der F.D.P.-Fraktion hier an dieses Pult stellt und unserem Antrag vorwirft, er sei gesetzwidrig, er wolle die Selbstverwaltung einer Stadt strangulieren und ähnliches mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD.)

Frau Dr. Engel, ich glaube doch, Sie haben das gegen besseres Wissen gesagt.

(Frau Dr. Engel [F.D.P.]: Nein, nein! Ausdrücklich!)

Sie müssen doch ganz genau wissen, wenn es mit Ihrer kulturpolitischen Kenntnis wirklich soweit her ist, wie Sie 'uns immer glauben machen wollen,

(Oh, oh! bei SPD und F.D.P.)

daß es eben in einem Lande nicht angehen kann, daß jede Stadt für sich das Einschulungsalter festlegt, so wie es der Schulentwicklungsplan III mit dem 5. Lebensjahr machen will, oder daß jede Stadt für sich die Schulform festlegt, ohne Beachtung der Bundes- oder Landeseinheitlichkeit. Diese Dinge, Frau Dr. Engel, sind — das wüßten Sie, wenn Sie sich mit dem Schulentwicklungsplan befaßt hätten —, diese Dinge sind wörtlich in dem Schulentwicklungsplan zum Ausdruck gebracht und als Zielsetzung dargestellt. Deswegen ist es, glaube ich, legitim für eine Fraktion, die die Interessen der Eltern wahrnimmt, die zu ihrem Recht in Frankfurt nicht gekommen sind, weil sich auch die F.D.P. dazu hergegeben hat, diese Eltern zu übergehen und als Privilegienvertreter und ähnliches —

**Vizepräsident Schäfer:**

Herr Abg. Borsche, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmidt?

**Borsche (CDU):**

Nein, ich möchte eben auf die Ausführungen von Frau Dr. Engel antworten.

Deswegen ist es legitim, daß diese Fraktion nun diese Eltern hier vertritt, wo es die Möglichkeit gibt, noch einmal deutlich zu machen, daß hier Dinge verwirklicht werden sollen, die auch mit unseren bestehenden Gesetzen im Lande, die auch die F.D.P. zu achten hat, im Augenblick nicht in Einklang zu bringen sind.

Wenn sich dann Frau Dr. Engel hinstellt und einige Frankfurter Schulen als Beispiele für die Vielfalt des Schulsystems darstellt, dann hat Sie natürlich recht damit. Nur, Frau Dr. Engel, uns geht es darum, daß diese Vielfalt des Schulsystems in einer liberalen Großstadt auch in Zukunft erhalten bleibt und nicht eine Nivellierung über die Gesamtschule eingeführt wird, wie es dem Plan dieser Stadtverwaltung entspricht.

**Vizepräsident Schäfer:**

Herr Abg. Borsche, gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage der Frau Abg. Dr. Engel?

**Borsche (CDU):**

Nein. Ich möchte auf diese Unterstellungen, die gegen uns erhoben worden sind, in einem Zuge antworten können und möchte deshalb meinen Gedankengang fortsetzen.

(Krüger [F.D.P.]: Was ist das? Ein Gedankengang?)

Wenn es Frau Dr. Engel ernst wäre mit der Absicht, sich mit diesen Dingen auseinanderzusetzen, dann würde sie sich nicht hierherstellen und würde hier verlangen, daß dieser An-

**Borsche**

trag in der Plenarsitzung abgelehnt wird und damit eine Ausschußberatung und eine Diskussion der einzelnen Punkte unmöglich gemacht wird. Meine Damen und Herren, dieses Verfahren, eine Auseinandersetzung über eine tiefgreifende und unendlich viele Menschen in Frankfurt bewegende Änderung des Schulsystems einfach abzublocken, nennen wir schlicht undemokratisch. Es muß die Möglichkeit gegeben sein, solche kontroversen Fragen auszudiskutieren, sachlich auszudiskutieren und das Pro und Contra gegeneinanderzustellen.

(Anhaltende Zurufe von der SPD.)

Meine Damen und Herren, Sie vergessen, daß der Herr Kultusminister selbst in einem Brief mitgeteilt hat, daß Einzelmaßnahmen dieses Schulentwicklungsplans seiner Zustimmung bedürften,

(Zurufe von der F.D.P.: Ja eben! — Krüger [F.D.P.]:

Das hat lange gedauert, jetzt hat er es begriffen! —

Beifall bei der F.D.P.)

und genau darum geht es uns.

— Lesen Sie doch den Antrag nach. Dort steht doch eindeutig, daß die genehmigungspflichtigen Maßnahmen nicht die Zustimmung finden sollten.

(Lachen bei der F.D.P.)

Die Einführung der integrierten Gesamtschule als Regelschule ist in unseren Augen, wie ich auch vorhin schon begründet habe, eine zustimmungspflichtige Maßnahme. Wir wollen, daß die Genehmigung einstweilen nach den Erfahrungen, die wir in der Frankfurter Nordweststadt gemacht haben und die Ihnen ebenso bekannt sind wie uns, nicht gegeben wird.

**Vizepräsident Schäfer:**

Herr Abg. Borsche, eine weitere Zwischenfrage ist von Herrn Holzapfel angemeldet worden. Gestatten Sie diese Zwischenfrage?

**Borsche (CDU):**

Nein, Herr Präsident; nachdem ich gerade auf die Ausführungen von Herrn Holzapfel eingehen wollte, halte ich es für unnötig, daß ich ihm eine Zwischenfrage gestatte; denn er hatte vorhin Gelegenheit, zu den einzeln aufgeführten Punkten wie Einschulungsalter, Horizontalisierung, Einführung der integrierten Gesamtschule in Frankfurt und auch zu dem angeführten Beispiel der Ernst-Reuter-Schule, deren Mißerfolge in den letzten Tagen offenkundig geworden sind, klar und sachlich Stellung zu nehmen. Er hat nichts anderes gewußt, als eine perfide Polemik hier vom Stapel zu lassen, und er hat nicht einen Punkt konkret angesprochen.

(Beifall bei der CDU. — Krüger [F.D.P.]: Ist das Ihre Sachlichkeit?)

Deshalb, meine ich, brauchen wir in diesem Fall auch jetzt an diesem Punkt keine Zwischenfragen zu beantworten, sondern wir sollten den Versuch machen, hier zur Sachlichkeit zurückzukehren.

(Zurufe von der SPD.)

Wir sollten diese Dinge, die wir im ersten Durchgang in aller Sachlichkeit Punkt für Punkt angesprochen haben, diskutieren.

Wir stellen erneut den Antrag, diese Vorlage im Ausschuß, so wie das normalerweise üblich ist, eingehend zu beraten und den Wert dieses Schulentwicklungsplans dort einmal genau durchzusprechen. Wir sollten die einzelnen Maßnahmen, die genehmigungspflichtig sind, dort diskutieren und feststellen, ob der Kultusminister bereit ist, unter den gegebenen Umständen seine Zustimmung zu geben.

(Beifall bei der CDU.)

**Vizepräsident Schäfer:**

Das Wort hat Herr Abg. Trageser.



**Trageser (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das, was von den Sprechern der SPD und der F.D.P. — insbesondere der F.D.P. — hier in diesem Zusammenhang vorgebracht wurde, kann nur als der Ausdruck eines schlechten Gewissens registriert werden.

(Beifall bei der CDU.)

Darüber täuscht auch der Stil des Vortrags, der bei Herrn Holzapfel außerordentlich arrogant war, nicht hinweg.

(Zurufe von der SPD.)

— Herr Holzapfel, daß Ihre bildungspolitischen Vorstellungen nicht nur in Hessen, sondern vor allem auch in Frankfurt zunehmend nicht akzeptiert werden, mögen Sie bitte daran erkennen, daß die Bevölkerung Sie nicht gewählt hat.

(Beifall bei der CDU.)

**Vizepräsident Schäfer:**

Herr Trageser, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abg. Frau Vorbeck?

**Trageser (CDU):**

Ich möchte jetzt keine Zwischenfragen beantworten.

Es ist hier die Rede davon gewesen, daß die von der Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt heiß diskutierte und von der Mehrheit beschlossene Schulentwicklungskonzeption unterlaufen würde, die in diesem Hause überhaupt nicht Gegenstand der Diskussion oder eines solchen Antrags sein dürfte.

Ich darf Sie, wie es Herr Borsche bereits getan hat, auf folgendes hinweisen: Im Hamburger Abkommen von 1964 haben sich die Bundesländer einschließlich des Landes Hessen zur Wahrung der Einheitlichkeit des deutschen Schulwesens verpflichtet, d. h. daß auch die bisherige vertikale Gliederung des Schulwesens bewahrt bleiben soll. Daß unabhängig von einem solchen Grundsatz, der im Hamburger Abkommen mit Zustimmung des Landes Hessen niedergelegt ist, Schulversuche mit der integrierten Gesamtschule durchgeführt werden, ist der Wille aller Bundesländer, die dieses Hamburger Abkommen unterzeichnet haben.

(Dr. Schwarz-Schilling [CDU]: Sehr richtig!)

Was nicht akzeptiert werden kann und was ich für die CDU-Fraktion als ein Unterlaufen des Hamburger Abkommens ansehe, ist, wenn eine kommunale Gebietskörperschaft wie die Stadt Frankfurt versucht, die integrierte Gesamtschule als obligatorische Schule für die Kinder aller Bürger in Frankfurt einzuführen. Dagegen, meine Damen und Herren von der SPD und der F.D.P., wendet sich ganz klar und eindeutig unser Antrag. Das sei hier noch einmal in aller Deutlichkeit gesagt.

(Beifall bei der CDU. — Karl Schneider [SPD]: Eben nicht!)

Herr Kollege Brans und die anderen Damen und Herren von der F.D.P., für mich ist es außerordentlich interessant, daß Sie einerseits auf Ihre angeblichen „Erfolge“ im Koalitionspapier im Hinblick auf die Frage der integrierten Gesamtschule hinweisen, daß Sie andererseits aber hier bekennen, daß für Sie die integrierte Gesamtschule das Ziel ist, das Sie teilen, das aber in Frankfurt — wie Frau Dr. Engel sich hier ausdrückte — durch zuwenig Fingerspitzengefühl in Mißkredit gebracht worden sei.

**Vizepräsident Schäfer:**

Herr Abg. Trageser, gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage des Abg. Herrn Welteke?

**Trageser (CDU):**

Nein.

Es ist für uns interessant, Frau Kollegin Engel, daß hierin wiederum Ihre Zielsetzung, die integrierte Gesamtschule als obligatorische Schule in Hessen einzuführen, erneut von Ihnen bestätigt wurde, obwohl Sie offensichtlich im Koalitionspapier versucht haben, das zu vermeiden, wobei aber die Vorlage des Landesvorstands der SPD Hessen als Kommentar zum Koalitionspapier ausdrücklich und eindeutig den Willen der sozialdemokratischen Fraktion und der SPD in Hessen noch einmal unterstreicht: Die integrierte Gesamtschule wird für uns die Regelschule. Sie schließen sich dem an. Das ist hier heute noch einmal insbesondere durch die Ausführungen von Frau Dr. Engel klargestellt.

In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, daß die ganze Frage der integrierten Gesamtschule auch eine Frage ist, wie Schulversuche durchgeführt werden. Jedem, der eigentlich von seiner Überzeugung her ein Anhänger der Idee der integrierten Gesamtschule ist, müssen sich sämtliche Haare sträuben, wenn er beobachtet, was Sie in diesem Lande aus den Schulversuchen mit der integrierten Gesamtschule machen.

(Beifall bei der CDU.)

Was sich in Frankfurt unter der Überschrift „Schulversuch“ abspielt, ist eine Verhöhnung und eine Verspottung jedes Versuchs, eine so wichtige bildungspolitische Maßnahme mit der Überschrift „Wissenschaftlich begleiteter Schulversuch“ zu versehen.

(Beifall bei der CDU.)

Wenn Sie die Zeitungen von heute lesen —

(Frau Dr. Engel [F.D.P.]: Da haben Sie nicht richtig zugehört!)

— Frau Engel, ich fand es so nett, als Sie hier erklärten, es sei doch möglich, daß ein Schulorchester eines jetzt noch bestehenden Gymnasiums nachher auch an einer integrierten Gesamtschule — so habe ich Sie verstanden — weitergeführt werden kann. Als wenn es darum ginge!

Man muß sich einmal betrachten, was sich bei den Jugendlichen und den Schülern in der integrierten Ernst-Reuter-Schule in Frankfurt abspielt. Lesen Sie heute die Zeitungen! Sie werden ihnen entnehmen können, diese Schule klage darüber, daß der „Schulversuch“ in seiner Ausstattung auch nicht annähernd so versorgt ist, wie es für einen wissenschaftlich begleiteten Schulversuch — ich würde sagen: auch nur als Minimalausstattung — notwendig ist. Man muß nach zusätzlichen Sozialarbeitern und Schulpsychologen rufen, weil man dort die Entwicklung, die die Jugendlichen nehmen, einfach nicht mehr so treiben lassen kann, wie das geschieht.

Meine Damen und Herren, Sie sollten erst einmal das, was Sie als Schulversuche begonnen haben — das ist auch unser Wille — unter vernünftiger wissenschaftlicher Begleitung, unter vernünftigen Bedingungen fortführen, bevor Sie in einem Schulentwicklungsplan die integrierte Gesamtschule, wie das in Frankfurt am Main geschehen ist, obligatorisch für die Kinder einer ganzen Stadt verordnen.

(Stein [F.D.P.]: Das müssen Sie den Frankfurtern sagen! Das ist die Schlacht im falschen Saale! — Weitere Zurufe von der SPD.)

— Es ist unsere Auffassung, Herr Stein, daß dieses Parlament und diese Regierung die Aufgabe haben, über das Hamburger Abkommen von 1964 zu wachen, das zum Inhalt hat — ich erkläre es noch einmal —, die Einheitlichkeit des deutschen Schulwesens zu erhalten. Auch als Landesgesetzgeber können wir davon nicht abweichen. Sie dürfen deshalb einen Einbruch in dieser Weise in einer so bedeutenden Stadt wie Frankfurt nicht dulden.

(Beifall bei der CDU. — Nitzling [SPD]: Von manchem versteht er etwas, aber davon nichts!)

**Vizepräsident Schäfer:**

Das Wort hat der Herr Kultusminister.

**Krollmann, Kultusminister:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte ursprünglich nicht die Absicht, an der Fortsetzung einer kommunalpolitischen Debatte, die in Frankfurt im Römer geführt werden müßte, hier in diesem Hause teilzunehmen. Nachdem aber wiederholt der Kultusminister angesprochen worden ist, darf ich versuchen, folgendes klar festzustellen: Der Schulentwicklungsplan III der Stadt Frankfurt, der in diesen Anträgen zweimal in unterschiedlichen Zusammenhängen angesprochen wurde, ist nicht Gegenstand einer Genehmigung durch Landesregierung oder Kultusminister, und das wissen Sie auch sehr wohl.

(Milde [CDU]: Das wissen wir!)

— Das wissen Sie sehr wohl.

Jetzt bin ich bei meinem zweiten Punkt, der diesen schlampig formulierten Antrag vielleicht einmal zum allgemeinen Verständnis aufklären soll. Es ist nach dem zweiten Antrag vom Schulentwicklungsplan III auch im Grundsatz überhaupt nicht mehr die Rede. Was ist denn wirklich sachlich Gegenstand des Antrags und der Einzelmaßnahmen, von denen hier gesprochen wird? Eine Magistratsvorlage, die in der Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt beschlossen worden ist, diese M 195, und die enthält ein mittelfristiges Konzept in der sogenannten Beschlußphase des Schulentwicklungsplanes von 1974 bis 1978.

Wenn nun Herr Kollege Holzapfel darauf hingewiesen hat, daß diese ganzen Einzelmaßnahmen solche Maßnahmen sind, die durchaus in einer auch von mehreren Fraktionen getragenen Weise in Frankfurt diskutiert worden sind, dann ist das nicht perfide, sondern, Herr Borsche, es ist für Sie peinlich, daß offenbar geworden ist, daß es eben nicht gelungen ist, das Ziel, Propagandasprüche zu formulieren mit der Vorgabe, es handele sich um eine grundsätzliche schulpolitische Auseinandersetzung, an diesem ganz nüchternen kommunalpolitischen Thema festzumachen.

Ich komme nun zur Frage der Einzelmaßnahmen. Der Kultusminister ist gehalten, auch diesen mittelfristigen Plan nicht mit einer globalen Genehmigung oder Versagung zu begleiten, sondern er hat Einzelmaßnahme für Einzelmaßnahme, wenn sie konkret vorgelegt wird, sorgfältig zu prüfen, und zwar insbesondere darauf,

(Milde [CDU]: Das steht in dem Antrag!)

ob die für die Zustimmung notwendigen rechtlichen Voraussetzungen vorliegen. Genau das steht nicht in dem Antrag.

(Milde [CDU]: Doch! — Gegenruf Karl Schneider [SPD]: Sie wissen selbst nicht, was Sie schreiben!)

— In dem Antrag erdreisten Sie sich — darf ich das einmal sagen? —, in die Exekutive insoweit einzugreifen, als pauschal diese Beurteilung in einem Zuge von diesem Parlament, und seinem Ausschuß in Vorbereitung, vorgenommen werden kann, und dieses ist nicht Rechtens.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Dieses ist nicht Rechtens.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Dies ist weder Rechtens, was die Aufteilung der Funktionen auf der Ebene des Landes angeht, noch ist es nach dem, was unser Schulverwaltungsgesetz vorschreibt, Rechtens gegenüber dem Schulträger. Das sollte hier gesagt werden. Deshalb halte ich es für richtig, klarzumachen, daß solche Fortsetzung von Frankfurter Kommunalpolitik mit anderen Mitteln hier im Hause nicht Ausschüsse dieses Hauses beschäftigen sollte. Ebenso klar ist, daß diese Prüfung, von der ich sprach, von Fall zu Fall stattfinden muß und daß die parlamentarische

**Minister Krollmann**

Verantwortung für die Entscheidung auf diese Prüfung dann vom zuständigen Minister übernommen werden muß.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

**Vizepräsident Schäfer:**

Das Wort hat Herr Abg. Sälzer.

**Sälzer (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Krüger, ich kann mir vorstellen, daß Sie nach der Rede von Herrn Holzapfel gedacht hatten: Nach dieser Rede wagt er noch zu sprechen. So hätten Sie es ja am liebsten: sich hier hinstellen und alles runterputzen; dann hält die Opposition den Mund.

**Vizepräsident Schäfer:**

Herr Sälzer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Krüger?

**Sälzer (CDU):**

Herr Präsident, Sie wissen, daß ich Zwischenfragen liebe. Wirklich! Er kriegt sie am Ende.

(Krüger [F.D.P.]: Gut!)

Meine Damen und Herren, der Kultusminister hat mir und der CDU-Fraktion gestern im Zusammenhang mit der Debatte um die Gesamthochschule Kassel universitäre Arroganz vorgeworfen.

(Zurufe von der SPD.)

Ich hätte einmal gerne aus seinem Munde — offensichtlich zeigt der Beifall, Herr Schneider, bei Ihnen: Sie auch! — gehört, wie er denn nun den Auftritt des Kollegen Holzapfel unter diesem Kriterienkatalog wertet. Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier wurde doch ganz offensichtlich intellektuelle Arroganz an die Stelle intellektueller Redlichkeit gesetzt.

(Beifall bei der CDU.)

Denn der Kollege Holzapfel ist hier vorgegangen und hat sich, um mit dem Kultusminister zu sprechen, erdreistet zu behaupten, der Bildungsgesamtplan decke die hessische Schulpolitik auch insofern ab, als er als Zielvorstellung — wie dies übrigens auch der Frankfurter Schulentwicklungsplan tut — die integrierte Gesamtschule als Regelschule einführen wolle. Sie wissen, daß der Bildungsgesamtplan genau dies nicht tut. Frau Kollegin Engel, Ihr Scholorchester —

(Frau Dr. Engel [F.D.P.]: Es war nicht nur das Orchester, es war die Schule, Herr Sälzer!)

— Aber das Scholorchester ist für mich auch ein ganz wesentlicher Punkt. Der Kollege Trageser ist ja schon darauf eingegangen. Ich fürchte nur, daß Ihr Scholorchester, für das Sie sich hier zu Recht einsetzen, in der integrierten Gesamtschule, wenn wir die Beispiele an der Ernst-Reuter-Schule zur Kenntnis nehmen, in Zukunft darin bestehen wird, alles kaputtzuschlagen, und daß das dann die Töne sind, nach denen man meint, Schulmusik machen zu sollen.

(Beifall bei der CDU. — Zurufe von der SPD und der F.D.P. — Kanther [CDU]: Dann wird die Internationale gespielt!)

— Dabei, Herr Kollege Kanther, kann ja die Internationale gesungen werden, wenn alles zerhackt wird.

Herr Kollege Holzapfel, nun zu Ihrer „intellektuellen Unredlichkeit“. Sie haben hier behauptet, die CDU bediene sich bei der Verabschiedung von Schulentwicklungsplänen draußen im Lande eines regionalen Opportunismus.

(Dr. Brans [F.D.P.]: Das ist so!)

Sälzer

Wenn Sie redlich wären, Herr Holzapfel, dann hätten Sie dazugesetzt, daß diese Landesregierung und insbesondere der vorangegangene Kultusminister alles unternommen haben, um bei der Diskussion über Schulentwicklungspläne das Erpressungsmittel des Schulbaus mit einzubauen.

(Beifall bei der CDU.)

Er hat nämlich gesagt: Wenn Ihr gegen einen solchen Schulentwicklungsplan seid, dann bekommt Ihr keine Schule, und dann seid Ihr diejenigen, die verhindern, daß Schulraumnot abgebaut wird.

(Beifall bei der CDU.)

Diese Erpressungsstrategie, Herr Holzapfel, haben Sie in Ihrer früheren Eigenschaft als Pressesprecher dann ja auch nach außen vertreten.

**Vizepräsident Schäfer:**

Herr Kollege Sälzer, Herr Schneider wünscht eine Zwischenfrage zu stellen.

(Sälzer [CDU]: Bitte!)

Herr Schneider!

**Karl Schneider (SPD):**

Herr Sälzer, ist Ihnen bekannt, daß der Landkreis Darmstadt 1969 einen Schulentwicklungsplan mit den Stimmen der CDU beschlossen hat, also auch einschließlich der Zustimmung des Herrn Oppositionsführers Milde? Dies war zu einem Zeitpunkt, zu dem es überhaupt noch nicht um Schulbaumaßnahmen ging und noch keine Rede von dem sein konnte, was Sie eben gesagt haben.

**Sälzer (CDU):**

Herr Kollege Schneider, ohne jetzt im einzelnen zu wissen, wie sich der Kollege Milde damals verhalten hat, kann ich Ihnen eines abschließend sagen. Der Kollege Milde und die CDU-Fraktion im Landkreis haben mit Sicherheit keinem Schulentwicklungsplan zugestimmt, der die integrierte Gesamtschule als die Regelschule für ihren Kreis vorsieht.

(Milde [CDU]: So ist es! — Beifall bei der CDU.)

Dies, Herr Kollege Schneider, weiß ich deswegen so genau, weil ich nämlich den Herrn Kollegen Milde als jemanden kenne, der sich ganz entschieden dafür einsetzt, Schulen für die Zukunft unserer Kinder und nicht für die Zukunft von irgendwelchen Parteiideologen zu bauen.

(Beifall bei der CDU.)

**Vizepräsident Schäfer:**

Herr Kollege, lassen Sie eine weitere Zwischenfrage des Kollegen Schneider zu?

(Sälzer [CDU]: Ja, bitte!)

Herr Schneider!

**Karl Schneider (SPD):**

Herr Sälzer, sind Sie bereit, von mir das Beschlußprotokoll des damaligen Kreistages und den Schulentwicklungsplan des Landkreises Darmstadt anzunehmen, der dieses aussagt, um sich davon überzeugen zu lassen, daß das so war?

**Sälzer (CDU):**

Herr Schneider, ich lasse mich von allem überzeugen, was ich prüfen kann. Ich werde immer das sagen, was den Tatsachen entspricht.

(Lachen bei der SPD.)

— Ich kann mir vorstellen, Herr Kronawitter, nach Ihrem gestrigen Auftritt in der Aktuellen Stunde, daß Sie es mit der Wahrheit nicht so ernst nehmen.

(Beifall bei der CDU.)

Sälzer

Ich darf also nochmals festhalten: Unter „intellektueller Redlichkeit“ hätte man hier auch verstehen müssen, daß eben deutlich gesagt wird, welchen Erpressungsstrategien unsere Kommunalpolitiker zum Teil ausgesetzt sind. Ich darf hier nochmals verbindlich und abschließend für die hessische CDU erklären: Jeder, der einen solchen Schulentwicklungsplan vertritt und der Meinung ist, daß die integrierte Gesamtschule die Regelschule in diesem Lande werden soll, hat mit dem entschiedenen und geschlossenen Nein der CDU zu rechnen.

(Beifall bei der CDU.)

Nun zum dritten Punkt, den auch der Herr Kultusminister sehr weitgehend angesprochen hat. Ich meine die Behauptung, daß eine Diskussion hier im falschen Saale stattfindet, daß sich hier im Grunde genommen nichts anderes vollziehe, als die Fortsetzung Frankfurter Kommunalpolitik. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer solche Grundsatzfragen wie die schulpolitische Entwicklung im Lande Hessen in den letzten vier Jahren und — wie wir spätestens nach diesen beiden Parlamentstagen wissen werden — nach der Absicht dieser Koalition und der Regierung auch in den nächsten Jahren nur einfach auf die Ebene der Kommunalpolitik hinunterspielen will, der hat nicht verstanden, um welche fundamentale Herausforderung es sich hier handelt.

(Dr. Brans [F.D.P.]: Haben Sie den Antrag eigentlich wirklich einmal gelesen? Darum geht es doch überhaupt nicht!)

— Herr Kollege Dr. Brans, es geht darum, ob in der Stadt Frankfurt die integrierte Gesamtschule als Regelschule eingeführt werden soll, während Frau Dr. Engel draußen z. B. —

(Zuruf Frau Dr. Engel [F.D.P.].)

— Frau Dr. Engel, ich hatte gestern das Vergnügen, in Hofheim zu sprechen. Da war ein Schulleiter, der sehr davon angegan war, wie Sie sich in der Frage der Förderstufe in Hofheim engagieren. Dieser Mann war zutiefst enttäuscht, als ich ihm verraten habe, daß Frau Dr. Engel auch eine derjenigen ist, die alles daransetzen wollen, die integrierte Gesamtschule als Regelschule in diesem Lande einzuführen, und dies nur aus Opportunitätsgründen im Augenblick ein wenig verschleiern wollen. Das steht doch auch in Ihrem Koalitionspapier!

(Beifall bei der CDU.)

Dann hat sich der Kollege Holzapfel hier noch einen vierten Punkt geleistet. Da habe ich eigentlich das Lachen bei den Kollegen von der SPD-Fraktion vermißt, die dem vergangenen Parlament bereits angehört haben. Er hat hier nämlich versucht, den Eindruck zu erwecken, als nähme die CDU in der Frage des Berufsgrundschuljahres eine zwiespältige Haltung ein und würde sie alle zwei Tage ändern. Und das ausgerechnet gerade noch in Frankfurt, dort nämlich, wo unser Freund und Kollege Trageser politisch wirkt.

Ich darf in Ihr Gedächtnis zurückrufen: In der letzten Legislaturperiode war es die CDU-Fraktion, die die Problematik des Berufsgrundschuljahres mit einem klaren Konzept in diesem Plenum zur Sprache gebracht hat. Sie haben alle möglichen Tricks versucht, unsere Initiative zu verhindern. Sie konnten es letztlich nicht. Wenn jemand in der Frage des Berufsgrundschuljahres Motor war und eine klare Linie im Lande Hessen verfolgte, dann war es die CDU, und die SPD eben genau nicht, die hier Seiltänze gemacht hat. Sie haben es ja damals auch von der Tribüne aus verfolgen können.

(Beifall bei der CDU.)

**Vizepräsident Schäfer:**

Herr Abg. Sälzer, da sind zwei Zwischenfragen. Zunächst eine des Abg. Holzapfel. Gestatten Sie sie?

(Sälzer [CDU]: Bitte!)

Herr Abg. Holzapfel!

**Holzappel (SPD):**

Herr Kollege Sälzer, könnten Sie uns nach dieser klaren Aussage erklären, weshalb Sie im Augenblick für einen Antrag sprechen, der zum Inhalt hat, in der Stadt Frankfurt keine Berufsgrundschuljahre zu genehmigen?

**Sälzer (CDU):**

Können wir die beiden Zwischenfragen zusammenfassen?

**Vizepräsident Schäfer:**

Herr Welteke, bitte!

**Welteke (SPD):**

Herr Abg. Sälzer, können Sie mir sagen, wie viele Eingangsstufen nach dem Schulentwicklungsplan der Stadt Frankfurt beantragt werden sollen, wie viele Gesamtschulen nach § 69 und wie viele Gesamtschulen nach § 8?

Bisher habe ich in der Begründung nur von Gesamtschulen nach § 69 gehört. Sie wollen aber auch alle anderen Maßnahmen nicht genehmigt wissen.

Können Sie mir das einmal mitteilen, da ich nicht weiß, in welcher Relation sich Ihre Begründung zu dem gesamten Schulentwicklungsplan verhält, indem Sie mir diese drei Zahlen nennen?

**Sälzer (CDU):**

Herr Kollege Welteke, ich darf mit Ihnen anfangen. Eine Frage kann ich ganz präzise beantworten. Ich bin der Auffassung, daß kein Schulversuch nach § 69 in Frankfurt zusätzlich eingerichtet werden kann.

Zu den anderen Fragen, Herr Kollege Welteke, nämlich wie viele Eingangsstufen in Frankfurt für ein sinnvolles Experiment erforderlich sind, wie viele schulformbezogene Gesamtschulen in Frankfurt einzurichten sind: Das, Herr Kollege Welteke, sind genau die Fragen, die ich hier nicht behandeln will, weil dies Fragen der Frankfurter Kommunalpolitik und des Frankfurter Schulträgers sind.

(Beifall bei der CDU. — Lachen bei der SPD. — Karl Schneider [SPD]: Davon reden Sie doch die ganze Zeit! Schauen Sie einmal, was Sie am Anfang gesagt haben! — Anhaltende lebhaftige Zurufe.)

**Vizepräsident Schäfer:**

Meine Damen und Herren, es besteht gar kein Grund zur Aufregung. Hier haben sich ein paar Zwischenfrager gemeldet. Herr Sälzer, sind Sie bereit, Zwischenfragen zu beantworten?

**Sälzer (CDU):**

Herr Präsident, ich beantworte jetzt erst einmal die beiden Zwischenfragen, die ich hier vorliegen hatte. Dann fahre ich weiter in meiner Rede fort, und dann können wir sehen, ob noch Zwischenfragen vorliegen.

(Lachen bei der SPD. — Krüger [F.D.P.]: Aber bleiben Sie so lustig!)

— Herr Kollege Krüger, ich weiß nicht, ob das eine Frage der Lustigkeit ist.

(Krüger [F.D.P.]: Sie machen es aber dazu! — Dr. Brans [F.D.P.]: Wie wäre es denn mit Sachlichkeit?)

Es geht hier um die Grundsatzfrage der Weiterentwicklung unseres Schulwesens und damit um die Zukunft unserer Kinder, und das ist keine Frage der Lustigkeit.

(Beifall bei der CDU. — Dr. Brans [F.D.P.]: Darum geht es in diesem Antrag eben nicht!)

**Sälzer**

Zum anderen verstehe ich ja Ihre Unruhe. Sie hatten gedacht, nach der Rede des Herrn Holzappel und nach dem Beitrag des Kultusministers seien Sie fein aus dem Schneider heraus.

(Frau Vorbeck [SPD]: Sind wir auch!)

Ich tue Ihnen den Gefallen nicht; das können Sie auch nicht von mir erwarten.

(Clauss [SPD]: Sie sälzern nur wieder! — Weitere lebhaftige Zurufe.)

**Vizepräsident Schäfer:**

Meine Damen und Herren, würden Sie bitte dem Herrn Sälzer Gelegenheit geben, die beiden Zwischenfragen, die noch offen sind, zu beantworten!

(Karl Schneider [SPD]: Mit Vergnügen! — Zuruf von der SPD: Da muß er erst noch denken!)

**Sälzer (CDU):**

Herr Präsident, ich danke Ihnen, daß Sie mir die Möglichkeit verschafft haben, hier weiterzureden.

Bei der Frage, mit der mich Herr Welteke ins Abseits führen will, geht es doch um folgendes: Sie haben sich bei Ihren Reden darauf vorbereitet, uns in die Ecke zu stellen, wir würden hier Kommunalpolitik mit anderen Mitteln im Landesparlament betreiben. Nun gehen aber alle Beiträge von uns nicht in die von Ihnen vorprogrammierte Richtung. Jetzt können Sie doch nicht von mir erwarten, daß ich Ihnen auf den Leim krieche, indem Sie mit einer Zwischenfrage versuchen, daß ich bei der Beantwortung genau den Fehler machen werde, den Sie von uns erwartet haben. Wir haben ihn aber gar nicht hier begangen.

(Beifall bei der CDU. — Lachen bei der SPD. — Karl Schneider [SPD]: Haben Sie aber gemacht!)

Insofern, Herr Kollege Holzappel, um dies noch einmal ganz deutlich zu sagen, spreche ich selbstverständlich auch in keiner Weise gegen die Einrichtung von Versuchen mit dem Berufsgrundschuljahr.

(Zurufe von der SPD.)

Ich wende mich aber ganz entschieden dagegen, um das noch einmal deutlich zu sagen, daß im Bereich der Stadt Frankfurt die integrierte Gesamtschule als Regelschule eingeführt werden soll. Dagegen wenden wir uns in der Tat geschlossen mit unserer ganzen politischen Kraft.

Herr Kollege Holzappel, Sie haben sich am Schluß Ihrer Ausführungen einige Gedanken über die Eintrittsvoraussetzungen bei der CDU gemacht. Nun, Sie wissen doch sehr wohl, daß es viele achtenswerte Sozialdemokraten gibt, die sich bei dem Namen Holzappel an Austrittsvoraussetzungen bei der SPD erinnern.

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

**Vizepräsident Schäfer:**

Herr Abg. Sälzer, Sie hatten an und für sich Herrn Krüger versprochen, noch eine Zwischenfrage zu beantworten.

Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache zu diesem Punkt geschlossen. Abg. Holzappel hat beantragt, diesen Antrag unmittelbar im Plenum zu erledigen, und zwar ihn abzulehnen. Ich gehe davon aus, daß dies der weitestgehende Antrag ist und stelle ihn zur Abstimmung.

Wer diesen Antrag der Fraktion der CDU — Drucks. 8/178 — ablehnen will, den bitte ich um das Handzeichen. Ich bitte auszuzählen. — Es werden 54 Stimmen für die Ablehnung festgestellt. Die Gegenprobe. — Ich stelle fest, daß der Antrag mit 54 gegen 44 Stimmen abgelehnt ist.

Ehe ich den Punkt 20 aufrufe, möchte ich bitten, daß sich die Fraktionsvorsitzenden einmal kurz darüber beraten, wie

*Vizepräsident Schäfer*

der weitere Verlauf unserer heutigen Sitzung sein soll. Es sind — um das einmal darzulegen — noch folgende Punkte zu behandeln: die Anträge unter Punkt 20, 21 und 22, der Bericht unter Punkt 23, die Empfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen unter Punkt 24, darüber hinaus noch Punkt 25 aus der Nachtragstagesordnung und der Bericht über die gestrige Sitzung des Haushaltsausschusses unter Punkt 26.

(Milde [CDU]: Die Punkte 23 bis 26 könnten wir doch gleich erledigen! — Stein [F.D.P.]: Die Berichte jetzt vorweg!)

— Die Berichte vorziehen? Ist das Haus damit einverstanden?

(Stein [F.D.P.]: Können wir nicht die anderen Punkte ohne Aussprache an die Ausschüsse überweisen?)

— Das wollen wir erst einmal feststellen. Nachdem kein Widerspruch erfolgt ist, rufe ich zunächst einmal den Tagesordnungspunkt 23 auf:

**Bericht und Empfehlung des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend Amt des Präsidenten der Gesamthochschule Kassel — Drucks. 8/160 zu Drucks. 8/45 —**

Berichterstatter ist Herr Abg. Rohlmann. Wird ein mündlicher Bericht gewünscht?

(Zurufe.)

— Auf mündliche Berichterstattung wird verzichtet. Wer der Empfehlung des Ausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Die Empfehlung ist einstimmig gebilligt.

Ich rufe Punkt 24 auf:

**Empfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen — Drucks. 8/162 —**

Wünscht jemand das Wort? — Dann darf ich feststellen, daß den Empfehlungen der Ausschüsse Zustimmung erteilt worden ist.

Ich rufe Punkt 25 auf:

**Bericht und Empfehlung des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Abg. Roth, Dr. Bartelt, Lenz, Demke, Runtsch, Weiß, Sturmowski, Jagoda (CDU) und Fraktion betreffend Prüfung der Flughafen Frankfurt (Main) AG durch den Landesrechnungshof — Drucks. 8/217 zu Drucks. 8/75 —**

Berichterstatter ist Herr Abg. Wilke. Wird mündlicher Bericht gewünscht?

(Zurufe.)

— Auf mündliche Berichterstattung wird verzichtet. Wer dem Ausschußbericht seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön! Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Ich stelle fest, daß der Bericht mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU gebilligt ist.

Ich rufe Punkt 26 auf:

**Bericht und Empfehlung des Haushaltsausschusses zu der Vorlage des Hessischen Ministers der Finanzen und des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik vom 12. Februar 1975 betreffend Konjunkturprogramm 1975 — Drucks. 8/247 —**

Die Drucksache ist Ihnen heute morgen vorgelegt worden. Berichterstatter ist Herr Abg. Wilke. Wird mündlicher Bericht gewünscht?

(Zurufe.)

— Das ist nicht der Fall. Dann darf ich die Damen und Herren, die diesem Bericht ihre Zustimmung geben wollen, um das Handzeichen bitten. Danke schön! Die Gegenprobe. — Wer enthält sich der Stimme? — Dieser Bericht ist einstimmig gebilligt.

*Vizepräsident Schäfer*

Nummehr sind noch die Punkte 20, 21 und 22 offen. Es ist jetzt 12.40 Uhr.

Herr Abg. Milde!

**Milde (CDU):**

Wir beantragen, den Punkt 22 direkt an den Ausschuß zu überweisen.

**Vizepräsident Schäfer:**

Es wird beantragt, den Punkt 22 ohne Aussprache an den Ausschuß zu überweisen.

Ich rufe den Punkt 22 auf:

**Antrag der Abg. Runtsch, Roth, Rippert, Friedrich, Frau Seitz (CDU) und Fraktion betreffend konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit — Drucks. 8/181 —**

Wer der Überweisung an den Ausschuß für Wirtschaft und Technik zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön! Gegenprobe! — Enthaltungen? — Keine Enthaltungen. Dann ist einstimmig so beschlossen.

Darf ich unterstellen, daß das Haus damit einverstanden ist, daß wir durchtagen? — Das ist der Fall. Dann darf ich die Damen und Herren bitten, sich daraut einzurichten.

Ich rufe nunmehr Punkt 20 der Tagesordnung auf:

**Antrag der Abg. Karl-Heinz Koch, Dr. Bartelt, Roth (CDU) und Fraktion betreffend Stand der Sonderprüfungen bei der Hessischen Landesbank — Drucks. 8/179 —**

Das Wort hat Herr Abg. Karl-Heinz Koch.

**Karl-Heinz Koch (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unser Antrag betreffend Stand der Sonderprüfungen bei der Hessischen Landesbank ist, wenn Sie ihn inhaltlich aufnehmen, im Grunde nichts anderes als eine Mahnung. Aber es ist eine dringende Mahnung. Denn der ungelöste Zustand, in dem sich die Hessische Landesbank befindet, stellt ein Problem dar, das nicht nur die Landesbank selbst, sondern auch die Regierung in hohem Maße belastet. Ehe nicht diese Sonderprüfungen, die wir gemeinsam beschlossen haben, durchgeführt sind, ehe nicht die Ergebnisse dieser Sonderprüfungen vorliegen, kann eine verantwortliche Stellungnahme zu der Vergangenheit hier nicht erfolgen. Aber, was schlimmer ist, es können auch keine entscheidenden Beschlüsse für die Gestaltung der Zukunft gefaßt werden. Die Hessische Landesbank braucht aber eine Zukunft, braucht eine Sicht in die Zukunft, wenn sie nicht ein Kostgänger des Landes und der Sparkassen auf Dauer werden soll, so wie sie das in den letzten beiden Jahren war.

(Beifall bei der CDU.)

Um diesen Weg in die Zukunft gestalten zu können, müssen die Verantwortlichkeiten der Vergangenheit klargestellt werden. Es muß hier darüber befunden werden, ob wir etwa einen Ministerpräsidenten mit der Mehrheit dieses Hauses gewählt haben, der die dringende Vermutung gegen sich gelten lassen muß, daß er nicht in der Lage war, ein bedeutendes wirtschaftliches Unternehmen dieses Landes zu führen, und daß er es dahin gebracht hat, daß 1,7 Milliarden DM Wertverlust in zwei Jahren entstanden sind. Das steht als Vermutung solange im Raum, als der politisch Verantwortliche nicht hier in diesem Hause mit den Unterlagen, die wir gefordert haben, hat darlegen können, daß er nicht mit seinen Befugnissen, Rechten und Einwirkungsmöglichkeiten die Verantwortung und Schuld dafür trägt, sondern andere. Diese Bank kann in diesem Lande und in anderen Ländern kein Vertrauen gewinnen, wenn die Spitze nach wie vor von einer Person gestellt wird, die das nicht widerlegt hat. Deshalb drängen wir auf diese Sonderprüfungen, damit das klargelegt wird.

(Beifall bei der CDU.)

Karl-Heinz Koch

Wir haben auch für die Zukunft die innere Ordnung der Bank neu zu gestalten. Wir können auch das nur tun, wenn wir wissen, was in der Vergangenheit falsch war. Es kann keine Lösung sein, daß die Regierung einerseits anbietet, in wichtigen Fragen der Entwicklung der Landesbank mit allen Fraktionen zu reden, und dann andererseits wesentliche Entscheidungen, wie etwa eine Änderung der Satzung, öffentlich verkündet, ohne auch nur ein einziges Wort mit den Fraktionen, jedenfalls nicht mit der Opposition, darüber gesprochen zu haben.

(Beifall bei der CDU.)

Wie soll denn Vertrauen in eine solche Satzung entstehen, die nicht — nach allem, was geschehen ist — auch von uns getragen wird? Denn worum geht es? Ich legte es hier schon einmal dar. Es geht um die Frage, ob die Kontrolle in dieser Anstalt überhaupt richtig geordnet ist. Es geht um die Grundfrage, ob auch künftig weiterhin die Kontrollierten ihre Kontrolleure selbst ernennen und berufen können, ob das in Ordnung ist, und ob auf diesem Weg die Bank in die Zukunft gehen kann. Es geht auch nicht an, daß in der Öffentlichkeit so getan wird, als ob eine neue Satzung bereits in Kraft wäre, obwohl im Staatsanzeiger als dem Veröffentlichungsblatt noch keine Silbe über diese Satzung zu lesen war.

Es ist auch notwendig, das Vertrauen in diese Landesbank um des anderen Partners willen herzustellen, nämlich um des Sparkassen- und Giroverbandes willen, der ja seine hohen Verpflichtungen als Gewährträger nur mit Hilfe der anderen deutschen Sparkassen erbringen kann und der diese Hilfen nur mobilisieren kann, wenn das Vertrauen der deutschen Sparkassen — und nicht nur der hessischen Sparkassen — in eine zukunftsichere Führung dieser Landesbank hergestellt wird. Denn wenn der Hessische Sparkassen- und Giroverband nicht mehr das Vertrauen in den anderen Ländern genießt, wenn wir nicht in der Lage sind — weil wir nichts hören und nicht gesagt bekommen, was denn in dieser Bank sich verändere —, daran mitzuwirken, daß dieses Vertrauen bundesweit wieder entsteht oder bestehen bleibt, soweit es noch da ist, dann werden die Sparkassen die ihr zukommenden Leistungen nicht erbringen können, und dann wird eines Tages die Gesamthaftung dazu führen, daß wir als Gesamtschuldner, als Land, auch noch die Teile der Sparkassen übernehmen müssen.

Deshalb ist es wichtig, das Vertrauen in die Landesbank in breitem Umfang wiederherzustellen durch öffentliche Darlegung dessen, was in der Vergangenheit war, durch Darlegung der Verantwortlichkeiten, geprüft durch eine unabhängige Organisation, und durch Darlegung einer Zukunftsperspektive, die es ermöglicht, an die Zukunft dieser Bank zu glauben.

Wir fordern deshalb dringend, daß die Vergangenheit alsbald bewältigt wird durch Darlegung und Vorlage dieser von uns begehrten Prüfungsunterlagen. Wir begehren dringend, daß die Zukunft der Landesbank in ihrer Konzeption — was Kapitalausstattung, was die Wertberichtigung, die Nachschußpflichten, die Gewährträgerhaftung angeht und was die zukünftige Geschäftspolitik angeht — in diesem Hause dargestellt, diskutiert und beschlossen wird und von gemeinsamem Vertrauen in die Zukunft getragen werden kann.

Die Regierung würde sich eines schweren Versäumnisses schuldig machen, wenn sie nicht alsbald erklärend und handelnd vor dieses Parlament treten würde und wenn sie nicht dafür sorgen würde, daß wir gemeinsam unsere Staatsbank, unsere Hessische Landesbank in die Lage versetzen, in eine vernünftige Zukunft gehen zu können.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Schäfer:

Das Wort hat der Minister der Finanzen.

Reitz, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will es kurz machen und mich dabei darauf beschränken, was in dem An-

Minister Reitz

trag angesprochen wurde, nämlich daß die Landesregierung ersucht wird, auf einen beschleunigten Abschluß der Sonderprüfung zu drängen und über die Ergebnisse im Haushaltsausschuß zu berichten.

Ich war ein wenig erstaunt, Herr Kollege Koch, daß Sie diesen Antrag zum Anlaß nehmen, die ganze Palette all dessen wieder aufzugreifen, was in Ihrem Antrag gar nicht angesprochen worden ist. Ich will deshalb zu diesem ganzen breiten Bereich nichts sagen. Wir haben uns ja oft genug in diesem Hause darüber gestritten. Das Thema der Landesbank ist ja mit unterschiedlichen Akzenten — ich sage es sehr vornehm — sehr oft hier behandelt worden. Ich halte nichts davon, daß wir hier die xte Auflage dieser Auseinandersetzung durchführen.

Zurück also zu Ihrem Antrag und zu der von Ihnen gewünschten Auskunftserteilung. Und da will ich auch gleich noch etwas anderes sagen, und das in aller Freundschaft, Herr Kollege Koch: Es ist ganz einfach nicht zulässig, wenn Sie hier formulieren, daß darüber zu entscheiden sei, ob der Ministerpräsident — ich habe das mitgeschrieben — in der Lage gewesen sei, dieses große Unternehmen zu führen. Es ist nicht Aufgabe eines Ministerpräsidenten, ein solches Unternehmen zu führen. Ich weiß, daß Sie das gar nicht so im Wortlaut gemeint haben. Aber ich bitte, auch bei solchen Formulierungen sorgfältig zu sein, weil damit in der Öffentlichkeit Vorwürfe erhoben werden, die ganz einfach nicht sachgerecht sind, die weder durch die Satzung noch durch die Rechtslage abgedeckt werden.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von der CDU.)

— Ich will mich nicht ereifern; jetzt bin ich schon wieder der Versuchung unterlegen, ein wenig temperamentvoller zu werden. Ich will das ganz ruhig und sachlich vortragen.

(Roth [CDU]: So wie bisher!)

— So wie bisher, in der bescheidenen und vornehmen Zurückhaltung, die Sie an mir kennen.

Am 5. September ist hier im Plenum beschlossen worden, diese Sonderprüfung durchzuführen. Das hat dazu geführt, daß die Landesregierung noch im September einen entsprechenden Beschluß gefaßt hat, um den Vertreter des Gewährträgers Land zu ermächtigen, sich im Sinne dieses Landtagsersuchens zu verhalten. Das ist auch dem anderen Gewährträger mitgeteilt worden. Der Verwaltungsrat hat in der nächsten Sitzung, die nach dieser Entscheidung des Landtags stattfand, nämlich am 6. November, von diesem Ersuchen und dem von den Gewährträgern vorgeschlagenen Prüfungsauftrag Kenntnis genommen. Nach dieser Verwaltungsratssitzung — ich wiederhole das Datum: 6. November — hat der Vorstand der Bank bereits am 12. November 1974 einen Prüfungsauftrag an ein renommiertes Unternehmen erteilt. Sie wissen, daß es gar nicht einfach ist — ich sage das einmal, ohne zu qualifizieren und Noten zu erteilen —, für eine solche Aufgabe ein wirklich leistungsfähiges Unternehmen zu finden, das die Garantie bietet, daß unbeeinflußt gearbeitet und geprüft und das Ergebnis vorgelegt wird und daß auch von der Qualität her ein brauchbares Ergebnis zu erwarten ist. Wir hoffen, ein solches Unternehmen gefunden zu haben. Dieser Auftrag ist bereits am 12. November erteilt worden.

Nun muß ich Ihnen etwas sagen, Herr Koch. Das betrifft den ersten Satzteil in Ihrem Antrag. Ich hoffe, daß er nicht so angenommen wird — darüber wird im Ausschuß zu reden sein —, weil ich dem nicht entsprechen kann. Ich sage das hier für die Landesregierung. Wir werden uns hüten, auf die beauftragte Prüfungsgesellschaft einzuwirken, daß sie diese Prüfung beschleunigt abschließen soll. Denn wenn ich das tue, könnte das als unzulässiger Versuch der Beeinflussung und der Behinderung der Arbeit dieser Gesellschaft gewertet werden. — Ich gehe davon aus, daß Sie das so nicht verstanden haben, und deswegen hoffe ich, daß wir uns im Ausschuß auf eine Formulierung verständigen können, die von mir als Auftrag angenommen werden kann. Aber so, wie das hier formuliert ist,



*Minister Reitz*

kann das nicht sein. Denn ich lege peinlichst Wert darauf — sowohl als Mitglied der Landesregierung als auch als Mitglied des Verwaltungsrates der Hessischen Landesbank —, auch nur den Schimmer des Verdachts zu vermeiden, als sei sowohl auf den Inhalt als auch auf die zeitliche Abwicklung eines solchen Prüfungsauftrags Einfluß zu nehmen.

Das ist ein Auftrag, der auch nicht innerhalb weniger Wochen erledigt werden kann. Er ist von dem Auftragnehmer in seinen gesamten jährlichen Geschäftsablauf einzuordnen. Eine Prüfungsgesellschaft, die Prüfungstermine einhalten muß, die ihren festen Kundenstamm hat, ist in der Abwicklung dieser jährlich wiederkehrenden Geschäfte an Termine gebunden, die es ihr gar nicht ermöglichen, alles, was jährlich an — um es einmal so zu sagen — Routineprüfungen anfällt, zu verschieben und erst einen Sonderauftrag auszuführen. Ich bitte daher um Verständnis dafür, daß das Ergebnis noch nicht vorliegt und daß es nach den Informationen, die ich habe, auch noch einige Monate auf sich warten lassen wird, ohne daß man eine schuldhaftige Verzögerung bei der Erfüllung dieses Auftrags unterstellen kann.

Was den hausinternen Untersuchungsausschuß betrifft: Herr Koch, darf ich Ihnen folgendes sagen — ich hoffe, daß Sie auch das verstehen —: Der Verwaltungsrat hat am 14. März den Beschluß gefaßt, den hausinternen Untersuchungsausschuß — wie Sie ihn genannt haben — einzusetzen, das heißt, Sachverständige der beiden Gewährträger und der Bank. Das Kabinett hat am 1. April entsprechend entschieden. Wir haben das am 29. April dem anderen Gewährträger mitgeteilt und gebeten, ebenfalls so zu verfahren und seine Vorschläge zu machen. Nachdem zunächst in den Monaten April, Mai, Juni — Sie kennen die Hektik des vorigen Jahres — einmal der Abschluß für 1973 unter Dach und Fach zu bringen war, bitte ich um Verständnis, daß uns das ganz einfach gebunden hat in einem Umfang, daß für die anderen Dinge gar kein Raum mehr blieb — das muß ich hier nicht im einzelnen auseinandersetzen —, auch wegen der zahlreichen parlamentarischen Initiativen, die damit verbunden waren; ich denke nur an die drei Großen Anfragen, die eine Fülle von intensiver Kleinarbeit bewirkt haben.

(Trageser [CDU]: Die aber nötig war!)

— Ich streite doch gar nicht darüber. Ich bitte nur um Verständnis für den Zeitablauf, Herr Trageser. Ich habe mich gar nicht darüber geäußert, ob das notwendig war oder nicht.

Jedenfalls ist dann am 24. Juli 1974 eine Aufgaben- und Bereichsaufteilung für diesen hausinternen Ausschuß vorgenommen worden. Dann kam im August Ihre Ankündigung, daß ein neutrales Wirtschaftsprüfungsunternehmen mit einer Sonderprüfung beauftragt werden soll. Das war für uns das Signal, die Arbeit des internen Ausschusses sofort einzustellen. Er hat diese Arbeit auch nicht wieder aufgenommen, weil auch das so interpretiert werden könnte, als solle der eigentliche Aufgabenbereich dieser externen Prüfung durch ein anderes neutrales Wirtschaftsunternehmen durch eine vorweggenommene interne Prüfung manipuliert, gefiltert, beeinträchtigt oder behindert werden. Das sind die Motive dafür gewesen, daß von dem Augenblick an, als das Parlament eine Sonderprüfung durch ein Wirtschaftsunternehmen von außen gewünscht hat, die Gewährträger gesagt haben: Nun ist Schluß mit dieser internen Überprüfung, weil wir auch nicht im entferntesten den Eindruck erwecken wollen, als sollte durch eine interne Maßnahme die von außen kommende Sonderprüfung unterlaufen oder in irgendeiner Form behindert werden.

Das ist der Sachstand. Mehr werde ich auch im Haushaltsausschuß nicht mitteilen können. Bitte nehmen Sie mir ab — ich lasse die Motive ganz offen —: Ich lege Wert darauf, daß dort möglichst bald ein Ergebnis vorliegt und daß dort auch deutlich gemacht wird, was an Verantwortlichkeit etwa nicht in der Sorgfalt gehandhabt worden ist, wie das nach Satzung und Gesetz notwendig war, und daß auch deutlich gemacht wird, was künftig notwendig ist, um Kontrolle und

*Minister Reitz*

Überwachung zu verbessern. Ich bin daran interessiert, daß das möglichst bald, möglichst umfassend, möglichst detailliert auf den Tisch kommt. Ich bitte um Verständnis dafür, daß ich auf Einzelheiten noch nicht eingehen kann, weil sie nicht vorliegen, und auch ich abwarten muß, bis der Bericht des Prüfungsunternehmens vorliegt.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

**Vizepräsident Schäfer:**

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Der Ältestenrat empfiehlt, diesen Antrag dem Haushaltsausschuß zu überweisen. Wünscht jemand dagegen zu sprechen? — Das ist nicht der Fall; dann ist so beschlossen.

Ich rufe nun **Punkt 21** auf:

**Antrag der Abg. Frau Seitz, Buss, Weiß, Trageser, Badeck, Brockmann, Firnhaber (CDU) und Fraktion betreffend Grund- und Fachstufen im beruflichen Schulwesen — Drucks. 8/180 —**

Frau Kollegin Seitz, Sie haben das Wort.

**Frau Seitz (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seit Jahren bemüht sich die CDU um die Verbesserung der beruflichen Bildung, insbesondere um die berufliche Schulbildung. Wir haben hier einen Antrag vorgelegt, der die Grund- und Fachstufen im beruflichen Schulwesen betrifft. Wir bitten darum, daß die Landesregierung beauftragt wird, die Planung der Fachstufen für die einzelnen Berufsfelder entsprechend der Vorlage der Grundstufen möglichst umgehend vorzulegen. Es ist Ihnen vielleicht bekannt, daß der Erlass des Kultusministers vom 27. März 1974 Vorschläge für die Errichtung von Grundstufen auf Berufsfeldbreite enthalten hat.

Lassen Sie mich hierzu noch eines bemerken: Diese Vorschläge, die in allen Kreisen und Städten von Bedeutung sind, wurden zwar den betroffenen Stellen vorgelegt, leider aber nicht allen Abgeordneten dieses Hauses. Ich darf doch darum bitten, daß in Zukunft, wenn wieder so weitreichende Vorschläge, die alle betreffen, erarbeitet und den Betroffenen zur Verfügung gestellt werden, auch die Abgeordneten dieses Hauses jeweils ein Exemplar bekommen, und nicht, wie das zur Zeit praktiziert wird, wenn überhaupt, dann nur Mitglieder der Fachausschüsse. Das wäre in dem Zusammenhang meine Bitte.

Zielrichtung dieser Vorlage ist die Verbindung der beruflichen Oberstufe mit der gymnasialen Oberstufe. Dies ist nicht mein Thema. Nach Meinung der CDU sollte zuerst die berufsschulische Bildung in Ordnung gebracht werden, damit die Jugendlichen auf diesem Gebiet ein volles Angebot bekommen. Erst wenn dies der Fall ist, sollten wir uns — abgesehen von einigen Versuchen — der anderen Aufgabe zuwenden.

In der Vorlage für die Berufsfelder in der Grundstufe wird ausgeführt — ich zitiere —:

Einen Schritt auf diesem Wege stellt die Neuordnung des Berufsschulunterrichts nach Stufen dar. Sie erfordert neben der Reform der Bildungsinhalte auch eine schulorganisatorische Neuordnung. Danach sind die Standorte für die Fachstufen und die verschiedenen Einrichtungen der Spezialstufe festzulegen.

Es ist also einzusehen, daß hier die Vorschläge für die Grundstufe eine wesentliche Bedeutung für die Fachstufe haben werden; denn es wird dort weiter ausgeführt:

Die Einrichtung einer Fachstufe setzt voraus, daß an der gleichen Schule auch eine Grundstufe für das entsprechende Berufsfeld geführt wird. Hingegen ist es durchaus möglich und im Interesse eines zweiten Berufsbildungsangebotes sogar wünschenswert, eigenständige Berufsschulen zu errichten.

Frau Seitz

Sie sehen also hieraus, daß die Festlegung der Grundstufen für die Fachstufen eine außerordentliche Bedeutung hat. Deshalb sind wir der Meinung, daß es sinnvoll und zweckmäßig gewesen wäre — und wir bitten darum, dieses nachzuholen —, auch die Vorschläge zur Fachstufe vorzulegen, weil zwar die Spezialstufen sicher dann noch auf der Fachstufe und Grundstufe aufbauen werden, aber im Moment die Fachstufen von entscheidender Bedeutung sind.

Gestatten Sie mir, daß ich zu den Vorschlägen zur Grundstufe noch auf eines hinweise. Mir scheint es so, als ob hier als Voraussetzung zu sehr die Ballungsräume genommen worden seien, die andere Voraussetzungen, andere Strukturen haben als die Flächenkreise. Die Verkehrsverhältnisse in Flächenkreisen sind von außerordentlicher Bedeutung. Ich möchte nur daran erinnern, welche Schwierigkeiten es zunächst gemacht hat, als die Berufsschulen in den Kreisen zentralisiert worden sind, als die Außenstellen aufgelöst worden sind, weil die Verkehrsprobleme für viele gerade in ländlichen Bereichen, gerade im Mittelgebirgslagen, von sehr starker Bedeutung sind.

Wenn wir hier jetzt eine Jahrgangsbreite anstreben, ähnlich wie sie auch im allgemeinbildenden Schulwesen angestrebt wird, und sie dann gleichzeitig im Ballungsraum mit der der schwächer besiedelten Flächenkreise in einen Zusammenhang bringen, so werden wir außerordentliche Schwierigkeiten hervorrufen, weil die Differenzierung und das breite Angebot hier nicht so möglich sein werden oder aber eine sehr starke Herausverlagerung von Berufsfeldern notwendig sein wird.

Ich bitte darum, daß bei den Überlegungen gleich unterschiedliche Jahrgangsbreiten für die Berufsschulen mit eingeplant werden, auch im Vergleich zu denen bei den allgemeinbildenden Schulen für schwächer besiedelte Kreise. Wir haben nämlich gerade bei der Reform des allgemeinbildenden Schulwesens erlebt, daß es doch entscheidend ist, ortsnahe Real- und gymnasiale Bildung angeboten zu haben. Egal welche Begründung sonst gegeben wird, so ist doch dies der Grund dafür gewesen, warum die Eltern bereit waren, ihre Kinder auf weiterführende Schulen zu schicken.

Wenn wir jetzt in der beruflichen Bildung keine Zentralisierung, sondern eine Verlagerung von ganzen Berufsfeldern in andere Bereiche durchführten, so könnten folgende Wirkungen entstehen: Jugendliche, die in den Ballungsräumen zur Schule gehen, könnten die verbesserte Infrastruktur im Ballungsraum zum Anlaß nehmen, nach Möglichkeit nicht mehr in ihr infrastrukturell schlechter ausgestattetes Gebiet zurückzukehren. Sie werden vielmehr versuchen, nach der Ausbildung Arbeitsplätze dort zu bekommen. Die Verhältnisse in den infrastrukturell schwachen Gebieten würden sich weiter verschlechtern. Oder aber Berufsfelder, die herausverlagert werden, würden möglicherweise nicht mehr genutzt; wenn das auch im Augenblick etwas anders aussieht, aber man muß solch eine Änderung ja auf lange Zeit ansehen. Die Jugendlichen werden diese weiten Schulwege möglicherweise scheuen und diese Berufe nicht mehr ergreifen. Somit könnte gerade in diesen Räumen, in denen die Infrastruktur verbessert werden soll, eine Verschlechterung eintreten.

Darum müßten die Grund- und Fachstufen in erreichbarer Nähe angeboten werden; ich möchte noch einmal sehr herzlich darum bitten. Ich denke an das Beispiel im Odenwaldkreis. Dort war zunächst der Bereich Landwirtschaft völlig nach Bensheim herausgelegt und verkehrsmäßig für einen großen Teil des Kreises gar nicht mehr erreichbar. Daß auch in den Ballungsräumen dadurch Probleme auftauchen, ist sicher klar. Aber wir sind der Meinung, daß die Planung von Fachstufen unbedingt vor der Festlegung von Grundstufen vorgelegt werden muß, damit die Durchsichtigkeit und Übersichtlichkeit für alle Betroffenen besser werden. Außerdem könnte dann eine ausgewogene Planung unter Beachtung der Infrastruktur erreicht werden. Ich möchte Sie sehr herzlich bitten, unseren Antrag zu unterstützen, damit wir gemeinsam eine optimale Planung durchführen können.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Schäfer:

Das Wort hat Herr Abg. Stöckl.

Stöckl (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der Fraktion der CDU stellt nach unserer Auffassung eine einsichtsvolle Unterstützung der Initiativen der Landesregierung dar, die Planung der Fachstufen für die einzelnen Berufsfelder entsprechend der Vorlage der Grundstufen möglichst umgehend vorzulegen. Dafür herzlichen Dank an die Opposition!

Abgesehen von dem verzeihbaren Irrtum, daß Berufsfelder nur im Bereich der Grundstufen, nicht aber im Bereich der Fachstufen an Berufsgruppen und Einzelberufen orientiert sind, entspricht das Anliegen der Opposition im vollen Umfang den Grundsätzen des Landesentwicklungsplans, dem Koalitionsabkommen zwischen der F.D.P. und der SPD sowie der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten vom 22. 1. 1945.

(Kanter [CDU]: So lange seid Ihr dran!)

Im übrigen ist nicht nur in Fachkreisen, sondern auch in der Öffentlichkeit bekannt, daß vor etwa einem Jahr die Vorschläge zur Einrichtung von Grundstufen und die Vorschläge für den Fachplan an überbetrieblichen Ausbildungsstätten vom Kultusminister und dem Minister für Wirtschaft und Technik der breiten Öffentlichkeit als Diskussionsgrundlage vorgelegt wurden, daß ferner bis zur Stunde etwa 400 Vorschläge eingegangen sind, und zwar in einer großen Bandbreite der gewünschten Diskussion, von den Schulen, Schulträgern, Lehrern, Abgeordneten, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden und anderen Stellen der Öffentlichkeit. Auf Grund der Auswertung wird das Kabinett demnächst endgültig über die Zuordnung der jeweiligen Grundstufen in den einzelnen Berufsbildungsbereichen dieses Landes beschließen. Dabei wird man davon ausgehen, wo Schwerpunkte zu bilden sind, weil wir wissen, daß die am stärksten besetzten Berufsfelder im Bereich des Metallgewerbes, der kaufmännischen Berufe und der ernährungswissenschaftlichen Berufe liegen.

Mit der Neuordnung des Berufsschulunterrichts nach den aufgezeigten Grund- und Fachstufen, die jetzt schrittweise in den nächsten Jahren durchgeführt wird, erreichen wir nicht nur eine Ordnung inhaltlicher Art, sondern auch einen sinnvollen, optimalen Einsatz der relativ kostbaren Einrichtungen im Bereich der beruflichen Schulen, weil wir diese Einrichtungen für eine bestimmte Schülerzahl voll einsetzen können. Die bisherige Praxis, daß jeder Schulträger die in seinem Einzugsgebiet vorhandenen beruflichen Bildungsbedürfnisse voll zu erfüllen meinte, wird in den nächsten Jahren der Vergangenheit angehören. Die Neuordnung wird somit im Hinblick auf den Bau und die Einrichtung und die Errichtung von beruflichen Schulzentren entscheidende Planungshilfen mittel- und langfristiger Art liefern.

Wie Frau Kollegin Seitz soeben angedeutet hatte, ist die CDU der Auffassung, daß die Planung von Grundstufen nur dann schulgerecht erfolgen kann, wenn die Planung für Fachstufen bekannt ist. Diese Auffassung teilen wir nicht; sie ist unserer Meinung nach schul- und weltfremd und widerspricht dem Gesetz einer stufenweisen Gestaltung echter Berufsschulreform. Wir gehen vielmehr davon aus, daß die Einrichtung von Fachstufen für das bisherige zweite und dritte Ausbildungsjahr nur dann möglich ist, wenn in der gleichen Stufe auch eine Grundstufe mit entsprechenden Berufsfeldern vorhanden ist oder geführt wird.

Vizepräsident Schäfer:

Herr Abg. Stöckl, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Seitz?



**Stöckl (SPD):**

Bitte zum Schluß!

Hingegen ist es durchaus möglich und im Interesse eines breiten Bildungsangebotes im Bereich der beruflichen Schulen, eigenständige Grundstufen zu errichten. Nur so ist es möglich, dem Prinzip eines engen und dichten Netzes an Standorten für die berufliche Grundbildung Rechnung zu tragen, wie Sie von der Opposition es auch in Ihrer Drucks. 7/4867 — Berufsschulbereich von Jugendlichen aus Gegenden mit ungünstigen Verkehrslagen — ausdrücklich verlangt haben. In der Breite des flachen Landes kann ich nur durch möglichst viele Grundstufen die Beschulung im ersten Berufsschuljahr sicherstellen.

Bis auf diesen Ausrutscher, meine Kollegin Frau Seitz, möchte ich Ihnen trotzdem danken, da Sie die Bemühungen der Landesregierung und der Koalition um die Reform der schulischen Bildung im Bereich der Berufsschule unterstützen. Sie haben nämlich bestimmt erkannt, daß wir uns auf dem richtigen Wege befinden, und wir nehmen an, daß Sie sicher nicht abseits stehen wollen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

**Vizepräsident Schäfer:**

Aber, Herr Stöckl, Kavalier sind Sie — jetzt noch die Zwischenfrage!

(Stöckl [SPD]: Bitte sehr!)

Bitte, Frau Abg. Seitz!

**Frau Seitz (CDU):**

Herr Kollege Stöckl, Sie haben leider eines nicht bedacht — darf ich noch einmal nachfragen? —: Sind Sie nicht mit mir der Meinung, daß es genau in der beruflichen Bildung von Bedeutung ist, weiterführende Berufsausbildungsmöglichkeiten ortsnah anzubieten, wie es im allgemeinbildenden Schulwesen ja erfolgreich praktiziert worden ist, und daß dieses

**Frau Seitz**

auch im Bereich der beruflichen Bildung geschehen muß, also hier die Grundstufen und die Fachstufen doch örtlich bezogen — auch nach der Verkehrssituation, nach der Infrastruktur — ausgerichtet sein müssen?

**Stöckl (SPD):**

Ich bin völlig Ihrer Meinung, daß die berufliche Bildung ein Bestandteil der zukünftigen Gesamtschule sein wird.

(Kanter [CDU]: Dieser Meinung sind wir nicht!)

Ich bin nur der Auffassung, daß sie induktiv entwickelt werden kann und nicht deduktiv, indem ich Fachstufen festlege, nachdem die Grundstufen noch nicht funktionsfähig sind. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

**Vizepräsident Schäfer:**

Meine Damen und Herren, es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich schließe die Aussprache. Der Antrag 8/180 soll nach dem Beschluß des Ältestenrats an den Kulturpolitischen Ausschuß — federführend — und an den Sozialpolitischen Ausschuß und den Ausschuß für Wirtschaft und Technik — beteiligt — überwiesen werden. Darf ich unterstellen, daß Sie damit einverstanden sind? — Das ist der Fall. Dann ist auch dieser Punkt erledigt.

Damit sind wir am Ende unserer heutigen Plenarsitzung. Ich darf allen Damen und Herren, die bis jetzt ausgeharrt haben, ein herzliches Dankeschön sagen, eine gute Heimfahrt wünschen und, was noch wichtiger ist, ein gesundes Wiedersehen.

(Allgemeiner Beifall.)

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß 13.15 Uhr.)